

**Monatsberichte der  
Deutschen  
Bundesbank**

**Juli 1992**



## Inhalt

- 4 **Kurzberichte**
- 15 **Die Wirtschaftsbeziehungen des vereinigten Deutschland zu den mittel- und osteuropäischen Reformländern**
- 23 **Der Einfluß des deutschen Vereinigungsprozesses auf die wirtschaftliche Entwicklung in den europäischen Partnerländern**
- 30 **Die Einlagensicherung in der Bundesrepublik Deutschland**
- 39 **Erklärung der Bundesbank zu DM-Emissionen**

### Statistischer Teil

- 2\* Bankstatistische Gesamtrechnungen
- 8\* Deutsche Bundesbank
- 10\* Kreditinstitute
- 46\* Mindestreserven
- 49\* Zinssätze
- 54\* Kapitalmarkt
- 60\* Öffentliche Finanzen
- 68\* Allgemeine Konjunkturlage
- 75\* Außenwirtschaft

Abgeschlossen am 10. Juli 1992

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet

Detailliertere statistische Angaben als in diesem Bericht finden sich in den „Statistischen Beiheften zu den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank“:

- Reihe 1 Bankenstatistik nach Bankengruppen
- Reihe 2 Wertpapierstatistik
- Reihe 3 Zahlungsbilanzstatistik
- Reihe 4 Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen
- Reihe 5 Die Währungen der Welt

ISSN 0012-0006

Deutsche Bundesbank, Frankfurt am Main,  
Wilhelm-Epstein-Straße 14  
Postanschrift Postfach 10 06 02  
6000 Frankfurt am Main 1

Fernruf (0 69) 158-1 Sammelnummer  
(0 69) 158 . . . und anschließend die  
gewünschte Hausrufnummer durchwählen

Telex Inland 4 1 227  
Ausland 4 14 431

Telefax (0 69) 5 60 10 71

# Kurzberichte

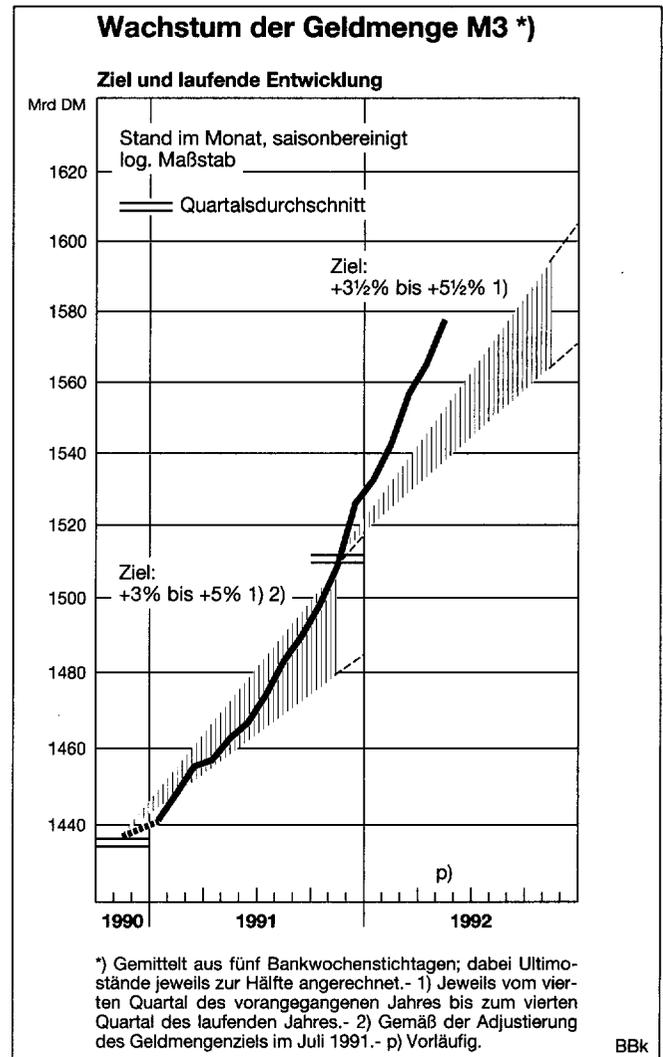
## Monetäre Entwicklung

Im Mai hat sich das kräftige monetäre Wachstum fortgesetzt. Die *Geldmenge M3* (Bargeldumlauf sowie die von inländischen Nichtbanken bei hiesigen Kreditinstituten gehaltenen Sichteinlagen, Termingelder unter 4 Jahren und Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist; im Monatsdurchschnitt gerechnet) übertraf in diesem Monat ihren Durchschnittsstand vom vierten Quartal 1991 nach vorläufigen Angaben mit einer saisonbereinigten Jahresrate von 9,0% nach 8,9% im April und 9,4% im März. Damit lag die Geldmenge im Mai unverändert deutlich über dem diesjährigen Zielkorridor von 3 1/2 % bis 5 1/2 %.

Unter den einzelnen *Komponenten* der Geldmenge expandierte im Verlauf des Mai nach Ausschaltung der Saisoneinflüsse der Bargeldumlauf wieder außergewöhnlich stark. Auch die Termineinlagen wuchsen weiterhin kräftig, wenn auch nicht so rasch wie in den Vormonaten. Die Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist wurden saisonbereinigt betrachtet ebenfalls deutlich aufgestockt. Dagegen wurden die Sichteinlagen abgebaut. Die kurzfristigen Auslandseinlagen inländischer Nichtbanken stiegen im Mai nach ersten Teilangaben kräftiger als in den Vormonaten. Die um solche Einlagen und kurzlaufende Bankschuldverschreibungen in Händen inländischer Nichtbanken erweiterte Geldmenge expandierte dementsprechend stärker als M3 in traditioneller Abgrenzung.

Von der *Kreditgewährung* der Banken an *Unternehmen und Privatpersonen* gingen im Mai wieder kräftige expansive Impulse auf den Geldschöpfungsprozeß aus, wenngleich sich das sehr hohe Expansions-tempo des Vormonats nicht wiederholt hat. Die kurzfristigen Ausleihungen, die von Monat zu Monat stärkeren Schwankungen unterliegen, wurden in merklich geringerem Umfang in Anspruch genommen. Die Nachfrage nach längerfristigen Krediten blieb dagegen kräftig. Insgesamt stiegen die Darlehen der Banken (einschl. Wertpapierkredite) an den privaten Sektor um 16,6 Mrd DM, verglichen mit 23,6 Mrd DM im April und 17,6 Mrd DM vor Jahresfrist. Im Verlauf der letzten sechs Monate wurden die Kredite an Unternehmen und Privatpersonen mit einer saisonbereinigten Jahresrate von gut 12% ausgeweitet.

Die *Kassendispositionen* der öffentlichen Hand beeinflussten die Geldmengenentwicklung im Mai ebenfalls in expansiver Richtung. Die öffentlichen Haushalte führten zwar ihre Verschuldung gegenüber dem Ban-



kensystem leicht zurück (um 0,6 Mrd DM), doch bauten sie ihre nicht zur Geldmenge zählenden Guthaben bei der Bundesbank um 5,7 Mrd DM ab.

Der Zahlungsverkehr der inländischen Nichtbanken mit dem Ausland hat dagegen das Geldmengenwachstum gebremst. Hier flossen wieder in größerem Umfang Mittel ab. Die *Netto-Auslandsforderungen der Kreditinstitute und der Bundesbank*, in deren Rückgang dieser Abfluß seinen statistischen Niederschlag findet, sanken um 7,8 Mrd DM, verglichen mit einem Rückgang von 6,6 Mrd DM im Vormonat, aber einem Zufluß von 0,3 Mrd DM im Mai vorigen Jahres.

Die *Geldkapitalbildung* der inländischen Nichtbanken, die schon in den Vormonaten nachgelassen hatte, hat sich im Mai weiter abgeschwächt. Sie bildete in diesem Monat nur ein geringes Gegengewicht zu den expansiven Impulsen, die von der Kreditexpansion ausgehen. Insgesamt kamen 7,4 Mrd DM längerfristige Anlagemittel auf gegenüber 8,5 Mrd

## Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang

Mrd DM; Veränderung im Zeitraum

Position	1992			Zum Vergleich: Mai 1991
	März	April	Mai p)	
I. Bankkredite an inländische Nichtbanken insgesamt	+ 20,4	+ 30,3	+ 15,9	+ 22,9
1. Kredite der Deutschen Bundesbank	+ 0,5	+ 1,1	+ 1,3	— 0,1
2. Kredite der Kreditinstitute 1)	+ 19,9	+ 29,2	+ 14,6	+ 23,0
davon:				
an Unternehmen und Private	+ 22,7	+ 23,6	+ 16,6	+ 17,6
darunter:				
kurzfristige Kredite an öffentliche Haushalte	+ 6,8	+ 3,7	+ 0,7	+ 6,2
— 2,8	+ 5,6	— 2,0	+ 5,4	
II. Netto-Forderungen der Kreditinstitute und der Bundesbank an das Ausland	— 5,8	— 6,6	— 7,8	+ 0,3
III. Geldkapitalbildung bei den Kreditinstituten aus inländischen Quellen insgesamt	+ 13,9	+ 8,5	+ 7,4	+ 12,6
darunter:				
Termingelder von 4 Jahren und darüber	+ 2,5	+ 3,5	+ 2,4	+ 2,3
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist	+ 0,4	— 1,0	— 0,2	— 0,3
Sparbriefe	+ 0,5	+ 0,0	+ 0,2	+ 1,1
Bankschuldverschreibungen im Umlauf 2)	+ 6,9	+ 4,1	+ 3,5	+ 8,4
IV. Zentralbankeinlagen inländischer öffentlicher Haushalte	+ 1,8	+ 7,3	— 5,7	+ 4,5
V. Sonstige Einflüsse	+ 6,0	— 1,2	— 7,2	— 4,0
VI. Geldmenge M3 (Saldo: I + II – III – IV – V)	— 7,2	+ 9,1	+ 13,7	+ 10,2
davon:				
Bargeldumlauf	— 1,0	+ 4,5	+ 0,4	+ 2,1
Sichteinlagen	— 2,4	+ 1,8	+ 4,5	+ 1,8
Termingelder unter 4 Jahren	— 1,9	+ 4,3	+ 9,3	+ 9,1
Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist	— 1,9	— 1,4	— 0,5	— 2,9
<b>Nachrichtlich:</b>				
M3 im Monatsdurchschnitt; Jahresrate gegenüber dem 4. Vj. 1991 in % 3)	+ 9,4	+ 8,9	+ 9,0	.

1 Einschl. Schatzwechsel- und Wertpapierkredite. — 2 Ohne Bankbestände. — 3 Veränderung der Geldmenge M3 im monatlichen Durchschnittsstand aus fünf Bankwochenstichtagen (Ultimostände jeweils zur Hälfte angerechnet) gegenüber dem Durchschnitt des vierten Quartals des Vorjahres auf Jahresrate umgerechnet, saisonbereinigt. — p Vorläufig.  
Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen. BBK

leichte Rückgänge zu verzeichnen (um 0,2 Mrd DM). Kapital und Rücklagen der Banken wurden um 1,5 Mrd DM aufgestockt.

DM im April und 12,6 Mrd DM im entsprechenden Vorjahrsmonat. Vor allem der Absatz von Bankschuldverschreibungen (3,5 Mrd DM) ließ merklich nach. Die langlaufenden Termingelder und der Verkauf von Sparbriefen erbrachten den Banken zusammengenommen 2,7 Mrd DM. Bei den Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist waren

Die Emissionstätigkeit am deutschen Rentenmarkt hat sich im Mai weiter abgeschwächt. Inländische Emittenten platzierten *Rentenwerte* im Kurswert von 28,0 Mrd DM nach 40,8 Mrd DM im Vormonat und 39,8 Mrd DM im Mai 1991. Im Vormonatsvergleich erscheint der statistisch ausgewiesene Absatzzrückgang allerdings überzeichnet, da in den Werten für April die Zuteilung von Titeln des Ausgleichsfonds Währungsumstellung in Höhe von 8,9 Mrd DM enthalten ist, mit der keine unmittelbare Beanspruchung des Rentenmarktes verbunden war. Im Mai spielte die Zuteilung solcher Papiere praktisch keine Rolle. Nach Abzug der Tilgungen und unter Berücksichtigung der Eigenbestandsveränderungen bei den Emittenten verblieb ein Netto-Absatz von 12,9 Mrd DM, verglichen mit 12,1 Mrd DM im April und 24,3 Mrd DM vor Jahresfrist. Darüber hinaus wurden im Mai ausländische Rentenwerte (einschl. ausländischer Investmentzertifikate) im Transaktionswert von 1,7 Mrd DM im Inland untergebracht. Insgesamt belief sich der Netto-Absatz in- und ausländischer Titel damit auf 14,6 Mrd DM gegenüber 17,2 Mrd DM im Vormonat und 29,3 Mrd DM im Mai 1991.

Vom gesamten Netto-Absatz inländischer Rentenwerte entfielen im Mai 8,3 Mrd DM auf Titel der *öffentlichen Hand*. Das ERP-Sondervermögen trat erstmals an den Rentenmarkt und begab Anfang des Monats eine zehnjährige Anleihe zu 8% mit einem Volumen von 5 Mrd DM, der Fonds „Deutsche Einheit“ stockte die im Januar begebene zehnjährige Anleihe um 4 Mrd DM und die im März aufgelegten vierjährigen Bundesschatzanweisungen um 5 Mrd DM auf. Im Ergebnis beliefen sich die Mittelaufnahmen dieser öffentlichen Emittenten auf 3,0 Mrd DM bzw. 3,4 Mrd DM. Die Länder und der Bund nahmen per saldo 1,1 Mrd DM bzw. 0,7 Mrd DM am Rentenmarkt auf, während die Anleiheverschuldung von Bahn und Post praktisch unverändert blieb. Die *Kreditinstitute* setzten eigene Schuldverschreibungen im Netto-Betrag von 4,6 Mrd DM ab. Davon entfielen 2,4 Mrd DM auf Kommunalobligationen und 1,3 Mrd DM auf Titel der Spezialkreditinstitute. Der Verkauf von Pfandbriefen erbrachte 0,8 Mrd DM (netto). Bei den „sonstigen“ Bankschuldverschreibungen blieb der Marktumlauf unverändert.

Am Markt für *DM-Auslandsanleihen*<sup>1)</sup> war die Emissionstätigkeit im Mai recht verhalten. Ausländische Emittenten setzten auf D-Mark lautende Schuldverschreibungen im Nominalwert von 1,1 Mrd DM ab. Nach Abzug der Tilgungen ergab sich ein leichter Rückgang des Umlaufs. Im einzelnen war im Inland

**Absatz und Erwerb von Rentenwerten \*)**

Zeit	Absatz insgesamt	Inländische Rentenwerte 1)				Ausländische Rentenwerte 2)	
		zusammen	darunter:		zusammen	darunter: Investmentzertifikate	
			Bankschuldverschreibungen	Anleihen der öffentlichen Hand			
1992 März	12,2	7,3	7,8	-0,4	4,8	1,9	
April	17,2	12,1	3,5	8,6	5,1	3,0	
Mai p)	14,6	12,9	4,6	8,3	1,7	1,7	
Zum Vergl.: 1991 Mai	29,3	24,3	11,5	12,8	5,0	0,9	

Zeit	Erwerb insgesamt	Nichtbanken 4)				Ausländer 2)
		Banken (einschl. Bundesbank 3)	zusammen		ausländische Rentenwerte	
			inländische Rentenwerte	ausländische Rentenwerte		
1992 März	12,2	0,1	16,2	11,4	4,8	-4,1
April	17,2	10,5	7,2	4,2	3,0	-0,4
Mai p)	14,6	5,6	5,9	5,0	1,0	3,1
Zum Vergl.: 1991 Mai	29,3	7,1	16,3	12,8	3,6	5,8

\* Einschl. ausländischer Investmentzertifikate, die jeweils den ausländischen Rentenwerten zugerechnet werden. — 1 Netto-Absatz zu Kurswerten plus/minus Eigenbestandsveränderungen bei den Emittenten. — 2 Transaktionswerte. — 3 Buchwerte; statistisch bereinigt. — 4 Als Rest errechnet. — p Vorläufig.  
Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen. BBK

ein Netto-Absatz von 0,5 Mrd DM zu verzeichnen, während ausländische Anleger ihre Bestände um 0,7 Mrd DM reduzierten.

Der Mittelzufluß bei inländischen *Investmentfonds* (Publikumsfonds) bewegte sich im Mai mit 0,6 Mrd DM auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau. Die Hälfte dieses Betrags entfiel auf Offene Immobilienfonds, während den Aktienfonds und den Rentenfonds 0,2 Mrd DM bzw. 0,1 Mrd DM zufließen. Bei den Spezialfonds kamen 1,8 Mrd DM auf.

Die Anlagebereitschaft der *inländischen Nichtbanken* am Rentenmarkt hat im Mai weiter nachgelassen. Sie investierten 5,0 Mrd DM in Anleihen inländischer Emittenten und erwarben darüber hinaus für 1,0 Mrd DM ausländische Titel. Bei letzteren handelte es sich im Ergebnis allein um ausländische Investmentzertifikate (1,7 Mrd DM), in der Hauptsache Anteilscheine der Luxemburger Kapitalanlagegesellschaften deutscher Banken, die zum Teil in kurzfristige DM-Anlagen investiert sind. Die *Kreditinstitute* stockten ihre Rentenportefeuilles um 5,6 Mrd DM auf. *Ausländische Investoren* erwarben im Mai für 3,1 Mrd DM inländische Rentenwerte, nachdem sie ihre Bestände an deutschen Anleihen in

1 Mit Wirkung vom 1. August 1992 ersetzt die Deutsche Bundesbank ihre „Erklärung zu DM-Auslandsemissionen“ vom 20. Juni 1989 durch eine neue „Erklärung zu DM-Emissionen“; vgl. hierzu S. 39 ff.

- 8 den beiden davorliegenden Monaten um insgesamt 4,5 Mrd DM hatten abschmelzen lassen. Wie üblich, konzentrierten sich ihre Zukäufe auf öffentliche Anleihen (2,6 Mrd DM).

Die Mittelaufnahmen inländischer Unternehmen am deutschen *Aktienmarkt* waren im Mai wieder etwas höher als in den Vormonaten. Die Emittenten platzierten junge Aktien im Kurswert von 2,8 Mrd DM nach 1,6 Mrd DM im April und 1,1 Mrd DM vor Jahresfrist. Gleichzeitig wurden ausländische Aktien im Transaktionswert von 1,6 Mrd DM im Inland untergebracht. Wie in den Vormonaten wurden sie praktisch ausschließlich von Nichtbanken erworben, die zugleich ihren Bestand an inländischen Dividendenwerten weiter aufstockten. Ausländische Anleger haben sich im Mai erstmals wieder am deutschen Aktienmarkt engagiert (0,8 Mrd DM), nachdem sie ihre Bestände an deutschen Dividendenwerten zuvor drei Monate lang vermindert hatten (um insgesamt 4,3 Mrd DM). Die Kreditinstitute ließen ihre Aktienportefeuilles um 0,2 Mrd DM abschmelzen, wovon allein inländische Titel betroffen waren.

### Kassenentwicklung des Bundes

Im *ersten Halbjahr 1992* betrug das Kassendefizit des Bundes nur 5 Mrd DM; im gleichen Vorjahrszeitraum war dagegen ein Defizit von 31 Mrd DM entstanden. Diese starke Verbesserung überzeichnet freilich die für das ganze Jahr zu erwartende Entwicklung erheblich. Zum einen fiel hier ins Gewicht, daß in den ersten Monaten des vergangenen Jahres die Ausgaben ungewöhnlich hoch gewesen waren, weil ein großer Teil der Leistungen an die neuen Bundesländer frühzeitig erbracht wurde und überdies beträchtliche Mittel zur Mitfinanzierung des Golfkrieges abflossen. Zum anderen schlugen in der ersten Hälfte des laufenden Jahres die Einnahmen wegen des von Mitte 1991 bis Mitte 1992 erhobenen Solidaritätszuschlages stärker zu Buche, als dies dem üblichen jahreszeitlichen Muster entspricht. Im Ergebnis wuchsen die Kasseneinnahmen um gut 14%, während die Ausgaben kaum über ihr Vorjahrsniveau hinausgingen. Infolge des niedrigen Defizits hielt sich auch der Kreditbedarf in engen Grenzen. Der Bund nahm in den ersten sechs Monaten nur Kredite in Höhe von netto 1,5 Mrd DM auf, wobei er sich – mit Ausnahme eines Tenders von Bundesschatzanweisungen Ende Januar – auf den Absatz aus den Daueremissionen und der Kurspflege beschränkte. Zur restlichen Finanzierung des Defizits reduzierte er seine Kassenguthaben um 3 Mrd DM. Gleichwohl beliefen sich die Kassenreserven Ende Juni noch auf 8,5 Mrd DM (davon waren 7,0 Mrd DM nach § 17 BBankG bei Geschäftsbanken angelegt).

Im *Juni* für sich genommen erzielte der Bund wegen des „großen Steuertermins“ einen Kassenüberschuß, der sich auf knapp 4½ Mrd DM belief und um 1 Mrd DM über das Vorjahrsergebnis hinausging. Zwar wuchsen die Ausgaben mit fast 11½% sehr kräftig, doch haben die Kasseneinnahmen noch stärker, nämlich um gut 13%, zugenommen; ausschlaggebend hierfür waren die zur Jahresmitte 1991 in Kraft getretenen steuerlichen Maßnahmen.

### Öffentliche Verschuldung

Im *Mai* griffen die Gebietskörperschaften wie schon in den vorangegangenen Monaten relativ wenig auf die Kreditmärkte zurück. Insgesamt betrug die Neuverschuldung 5½ Mrd DM gegenüber 15 Mrd DM im gleichen Vorjahrsmonat. Während sich beim Bund und bei den Gemeinden Bruttoaufnahme und Tilgungen nahezu die Waage hielten, reduzierten

<b>Kassenmäßige Entwicklung des Bundeshaushalts *)</b>				
<b>Mrd DM</b>				
Position	Januar/Juni		Juni	
	1991	1992 p)	1991	1992 p)
Kasseneinnahmen	188,56	215,40	36,06	40,83
Kassenausgaben	219,69	220,29	32,76	36,45
Kassenüberschuß (+) bzw. -defizit (-)	-31,13	- 4,89	+ 3,29	+ 4,37
Finanzierung				
1) Veränderung der Kassenmittel 1)	- 5,30	- 3,08	+ 0,94	+ 3,11
2) Veränderung der Buchkredite der Bundesbank	—	—	—	—
3) Veränderung der Kreditmarktverschuldung insgesamt	+ 16,41	+ 1,54	- 2,43	- 1,31
a) Unverzinsliche Schatzanweisungen	- 0,01	—	—	—
b) Finanzierungsschätze	+ 3,06	+ 3,79	+ 0,21	- 0,09
c) Bundesschatzanweisungen	- 4,18	+ 1,68	- 3,21	- 0,59
d) Bundesobligationen	+ 6,86	+ 10,63	+ 1,20	+ 1,34
e) Bundesschatzbriefe	+ 3,14	+ 1,30	+ 0,76	+ 0,13
f) Anleihen	+ 16,72	- 6,70	- 1,04	- 1,77
g) Bankkredite	- 9,56	- 8,46	- 0,61	- 0,34
h) Darlehen von Sozialversicherungen	+ 0,79	+ 0,18	+ 0,20	—
i) Darlehen von sonstigen Nichtbanken	- 0,36	- 0,83	+ 0,07	—
j) Sonstige Schulden	- 0,06	- 0,05	- 0,01	- 0,01
4) Schwebende Verrechnungen	+ 8,82	—	—	—
5) Einnahmen aus Münzgutschriften	0,60	0,30	0,07	0,05
6) Summe 1-2-3-4-5	-31,13	- 4,89	+ 3,29	+ 4,37
<b>Nachrichtlich:</b>				
Zunahme bzw. Abnahme gegenüber dem Vorjahr in %				
Kasseneinnahmen	+ 19,4	+ 14,2	+ 21,2	+ 13,2
Kassenausgaben	+ 31,6	+ 0,3	+ 19,8	+ 11,3

\* Bei den als Kasseneinnahmen und -ausgaben nachgewiesenen Kassentransaktionen handelt es sich um die Ein- und Auszahlungen auf die bzw. von den bei der Deutschen Bundesbank unterhaltenen Konten des Bundes. Von den Ergebnissen der amtlichen Finanzstatistik weichen die Kasseneinnahmen bzw. -ausgaben vor allem deshalb ab, weil sie nicht im Zeitpunkt ihrer haushaltsmäßigen Verbuchung, sondern im Zeitpunkt des effektiven Ein- und Ausgangs erfaßt werden und weil über die Konten des Bundes Transaktionen für die Europäischen Gemeinschaften abgewickelt werden, die nicht im Bundeshaushalt selbst, sondern in Anlagen dazu verbucht werden. — 1 Einlagen bei der Bundesbank und sonstige Guthaben. — p Vorläufig. Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen. BBk

die Länder ihre Marktverschuldung sogar um 0,8 Mrd DM. Größter Kreditnehmer war der Fonds „Deutsche Einheit“, der Ende Mai anstelle des Bundes einen Schatzanweisungstender durchführte. Unter Einschluß der Abgabe von Anleihen aus dem Marktpflegebestand betrug die Nettokreditaufnahme des Fonds knapp 3½ Mrd DM. Daneben beschaffte sich auch das ERP-Sondervermögen, das wegen der Programme zur Gewährung zinsverbilligter Darlehen für den wirtschaftlichen Aufbau in den neuen Bundesländern einen beträchtlichen Kreditbedarf hat, netto 2¾ Mrd DM. Diese Mittel

stammten aus der erstmaligen Emission einer Anleihe, die einschließlich der für die Marktpflege vorgehaltenen Bestände ein Volumen von 5 Mrd DM hat.

Unter den übrigen öffentlichen Kreditnehmern griff im Mai allein die Treuhandanstalt in größerem Umfang auf die Kreditmärkte zurück (netto 2,3 Mrd DM). Die Bundesbahn nahm nur netto 0,3 Mrd DM auf, während die Post per saldo 0,5 Mrd DM tilgte.

Im Juni beschränkte sich der Bund angesichts seiner flüssigen Kassenlage erneut auf den Absatz aus den Daueremissionen und die Marktpflege. Da diese Finanzierungsquellen bei tendenziell leicht steigenden Zinssätzen wenig ergiebig waren, reduzierte sich die Verschuldung des Bundes nach Abzug der Tilgungen um 1,3 Mrd DM. Insgesamt betrug die Nettokreditaufnahme des Bundes im ersten Halbjahr 1992 – wie erwähnt – erst 1,5 Mrd DM, so daß der überwiegende Teil des diesjährigen Bedarfs in der zweiten Jahreshälfte zu decken sein wird; die vorhandenen Kassenbestände werden es ihm dabei freilich erleichtern, sich flexibel auf die jeweilige Marktlage einzustellen. Der Fonds „Deutsche Einheit“ nahm im Juni erneut in beträchtlichem Umfang Mittel auf (2,2 Mrd DM). Im Gegensatz zum Bund hat der Fonds in der ersten Jahreshälfte mit netto 16 Mrd DM bereits den größten Teil seines Jahresbedarfs von 24 Mrd DM finanziert.

## Auftragseingang

Die Nachfrage nach westdeutschen Industrieerzeugnissen war im Mai etwas niedriger als im Vormonat. Im Mittel der beiden Monate April und Mai blieben die Auftragseingänge beim *Verarbeitenden Gewerbe* saisonbereinigt um 3% hinter dem relativ hohen Stand des ersten Quartals zurück. Die Bestellungen gingen damit dem Werte nach nur wenig über das vergleichbare Vorjahrsergebnis hinaus, dem Volumen nach unterschritten sie es um 1%. Sowohl im Inlands- als auch im Auslandsgeschäft ist die Nachfrage im April/Mai gegenüber den Vormonaten gesunken, und zwar in etwa gleichem Ausmaß. Der Rückgang der Bestellungen heimischer und ausländischer Kunden erstreckte sich auf alle Hauptbereiche des Verarbeitenden Gewerbes.

Das *Bauhauptgewerbe* verbuchte im April (über den die Informationen nicht hinausreichen) wesentlich weniger Aufträge als in den Monaten zuvor. Dahinter steht freilich in der Hauptsache eine Normalisierung der witterungsbedingt besonders hohen Ordertätigkeit zu Jahresbeginn, als zeitlich vorgezogene Aufträge eingegangen waren. In Anbetracht dessen läßt sich die Stärke der Nachfrage nach Bauleistungen wohl am ehesten im Vergleich zum entsprechenden Vorjahrsmonat messen, dessen Stand nominal um 8 1/2% und real um 3 1/2% übertroffen wurde. Am kräftigsten nahmen binnen Jahresfrist die Wohnungsbauaufträge zu.

## Produktion

Die Erzeugung des *Verarbeitenden Gewerbes* ging im Mai, saisonbereinigt betrachtet, etwas über das Ergebnis des Vormonats hinaus. Dabei mag mitgespielt haben, daß es im Zusammenhang mit den Osterfeiertagen, die 1992 in den April fielen, zu Produktionsverschiebungen gekommen war. In den beiden ersten Frühjahrsmonaten lag die industrielle Fertigung im Mittel um 1% niedriger als im ersten Quartal (an dessen Beginn offenbar gegen Ende vorigen Jahres aufgeschobene Produktion nachgeholt worden war). Das vergleichbare Vorjahresniveau wurde damit in etwa wieder erreicht. Lediglich im Verbrauchsgütergewerbe wurde in den beiden ersten Frühjahrsmonaten mehr produziert als nach dem Jahresbeginn, in den anderen Hauptbereichen hingegen weniger.

## Zur allgemeinen Wirtschaftslage in Westdeutschland

## Saisonbereinigt 1)

Zeit	Auftragseingang; 1985 = 100				
	Verarbeitendes Gewerbe 2) 3)				Bauhauptgewerbe Werte
	Werte insgesamt	davon:			
		insgesamt	aus dem Inland		
			darunter: Investitionsgütergewerbe	aus dem Ausland	
1991 3. Vj.	134,1	143,2	157,5	119,1	170,7
4. Vj.	132,3	142,6	157,2	115,6	179,0
1992 1. Vj.	135,7	146,6	162,5	117,9	187,0
Febr.	137,2	148,8	165,5	118,3	196,7
März	134,5	144,0	159,7	119,1	179,5
April	131,6	142,6	157,7	113,5	167,2
Mai p)	131,3	141,8	155,0	114,2	.
Produktion 4); 1985 = 100					
Verarbeitendes Gewerbe					
darunter:					
	insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgütergewerbe	Verbrauchsgütergewerbe	Bauhauptgewerbe
1991 3. Vj.	122,6	111,6	126,7	123,8	
4. Vj.	120,5	111,1	124,3	122,1	130,7
1992 1. Vj.	124,0	117,3	126,9	122,8	136,6
Febr.	125,1	119,4	127,9	123,9	141,5
März	123,0	117,1	125,6	121,6	134,9
April	122,1	114,1	125,3	122,1	134,5
Mai p)	123,3	115,0	126,1	126,7	131,0
Arbeitsmarkt 3)					
	Erwerbstätige 5) p)	Offene Stellen	Kurzarbeiter 6)	Arbeitslose	Arbeitslosenquote 7)
Anzahl in 1000					
1991 4. Vj.	29 335	325	183	1 686	5,6
1992 1. Vj.	29 427	340	243	1 695	5,5
2. Vj.	.	340	241	1 768	5,8
März	29 460	346	266	1 720	5,6
April	29 462	343	247	1 763	5,7
Mai	8) 29 466	337	246	1 781	5,8
Juni	.	332	229	1 802	5,9
Preise; 1985 = 100					
	Weltrohstoffpreise 9)	Einfuhrpreise 3)	Erzeugerpreise gewerblicher Produkte	Preisindex für die Lebenshaltung 10)	Baupreise 11)
1991 4. Vj.	46,3	82,2	104,3	112,7	126,5
1992 1. Vj.	42,1	81,2	104,3	113,5	128,2
2. Vj.	45,4	.	.	114,6	.
März	43,1	81,2	104,7	114,1	.
April	44,6	81,1	104,8	114,2	.
Mai	45,2	81,0	105,0	114,7	.
Juni	46,4	.	.	115,0	.

1 Saisonbereinigt mit dem Census-Verfahren X-11. — 2 Ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe. — 3 Saisonfaktoren neu berechnet. — 4 Nettoproduktionsindex für fachliche Unternehmensteile. — 5 Im Inland. — 6 Nicht saisonbereinigt. — 7 Arbeitslose in % aller Erwerbspersonen (ohne Soldaten). — 8 Ursprungswert: Erste vorläufige Schätzung des Statistischen Bundesamtes. — 9 HWWA-Index in DM. — 10 Alle privaten Haushalte. — 11 Gesamtwirtschaftliches Baupreisniveau, eigene Berechnung. — p Vorläufig. BBK

Die *Bautätigkeit* hat sich nach dem Ende des ersten Quartals, in dem sie durch die milde Witterung begünstigt worden war, wieder normalisiert; saisonbereinigt betrachtet, waren die Leistungen des Bauhauptgewerbes damit im Schnitt der beiden Monate April und Mai niedriger als im ersten Quartal. Das entsprechende Vorjahrsergebnis überschritten sie um reichlich 2½ %.

#### Arbeitsmarkt

Die Lage auf dem westdeutschen Arbeitsmarkt hat sich in den Frühjahrsmonaten eingetrübt. Die Expansion der Beschäftigung ist zum Stillstand gekommen, und die Arbeitslosigkeit nahm zu. Saisonbereinigt betrachtet, belief sich die *Zahl der in Westdeutschland Erwerbstätigen* im Mai – einer ersten Schätzung des Statistischen Bundesamtes zufolge – auf 29,47 Millionen; das waren praktisch ebensoviele wie im März, freilich 310 000 oder 1,1 % mehr als vor Jahresfrist. Der Bestand an bei den Arbeitsämtern erfaßten *offenen Stellen* hat in jüngster Zeit abgenommen; Ende Juni waren saisonbereinigt 330 000 unbesetzte Arbeitsplätze gemeldet, womit der Stand im März um rund 15 000 und das vergleichbare Vorjahrsergebnis um knapp 10 000 unterschritten wurde. Ende Juni betrug die *Zahl der Arbeitslosen* nach Ausschaltung saisonaler Schwankungen 1,80 Millionen (entsprechend einer Arbeitslosenquote von 5,9%); gegenüber dem Jahresende 1991 und dem Stand Mitte vorigen Jahres bedeutet dies eine Zunahme um 125 000. In *Kurzarbeit* standen Mitte Juni 230 000 Arbeitnehmer, 65 000 mehr als ein Jahr zuvor.

#### Preise

Auf den *internationalen Märkten* sind die Dollarnotierungen für Rohstoffe und Energie im Verlauf des Frühjahrs kräftig gestiegen. Dem hat in jüngster Zeit die Aufwertung der D-Mark gegenüber der amerikanischen Währung teilweise entgegengewirkt. In D-Mark gerechnet, haben sich Rohstoffe und Energieträger zusammen im Mai und Juni erheblich verteuert. Dennoch sind *Einfuhrgüter* insgesamt im Mai (bis zu dem die Informationen reichen) saisonbereinigt gegenüber dem Vormonat etwas billiger geworden; ihren entsprechenden Vorjahrsstand unterschritten sie damit um 2½ %. Auf der *industriellen Erzeugerstufe* hielt hingegen im gleichen Monat der Preisauftrieb an; im Vergleich zum Vorjahr betrug die Teuerungsrate 2%. Auch der *Preisindex für die Lebenshaltung* ist im Juni saisonbereinigt erheblich gestie-

gen, freilich nicht so stark wie ein Jahr zuvor, so daß sich der Vorjahrsabstand auf 4,3% verringerte (April und Mai: 4,6%).

#### Ostdeutschland

Aktuelle Informationen über die ostdeutsche Wirtschaft sind lediglich für das Verarbeitende Gewerbe und das Bauhauptgewerbe verfügbar, in denen die Entwicklung höchst unterschiedlich verläuft. Im folgenden werden die für diese beiden Bereiche vorliegenden Angaben kommentiert, wobei behelfsmäßig anhand der westdeutschen Faktoren die Saisonbewegung ausgeschaltet ist. Nach wie vor fehlen Angaben über andere Teile der ostdeutschen Wirtschaft (z. B. den Handel), so daß man sich kein umfassendes Bild von der derzeitigen Wirtschaftslage in den neuen Bundesländern machen kann.

#### Auftragseingang

Die Bestellungen beim *Verarbeitenden Gewerbe* haben saisonbereinigt im April, bis zu dem die vorliegenden Angaben reichen, gegenüber dem Vormonat recht deutlich, gegenüber dem durchschnittlichen Stand des ersten Quartals jedoch nur leicht zugenommen. Hinter dem Niveau von Ende vergangenen Jahres und dem vergleichbaren Vorjahrsergebnis blieben sie jedoch weiterhin erheblich zurück. Maßgeblich für die Schwäche der Ordertätigkeit war die tendenziell rückläufige Nachfrage aus dem Ausland, insbesondere wohl aus den ehemaligen Ostblockstaaten. Die Bestellungen aus dem Inland, deren Entwicklung schon seit längerer Zeit aufwärtsgerichtet ist, sind hingegen im April weiter gestiegen.

Die Auftragseingänge im *Bauhauptgewerbe* waren saisonbereinigt im gleichen Monat zwar höher als im März, aber niedriger als in den beiden ersten Monaten des Jahres. Wie in Westdeutschland dürfte auch dieser Rückgang den Witterungseinflüssen zuzuschreiben sein, die die Ordertätigkeit nach dem Jahresbeginn begünstigt hatten. Wie stark die Nachfrage nach Bauleistungen auch im Berichtsmonat war, ist daran zu erkennen, daß sie das vergleichbare Vorjahrsergebnis um rund zwei Drittel übertraf. Während sich die öffentliche Hand erneut eher zurückhielt, setzte sich die Expansion der gewerblichen Bauaufträge fort. Auch im Wohnungsbau war die Nachfrage lebhaft.

## Ausgewählte Wirtschaftszahlen für Ostdeutschland

### Ursprungswerte

Zeit	Auftragseingang, 2. Halbjahr 1990 = 100					
	Verarbeitendes Gewerbe					
	Werte insgesamt		darunter: Inland		Bauhauptgewerbe	
	Index	% gegen Vorjahr	Index	% gegen Vorjahr	Index	% gegen Vorjahr
1991 3. Vj.	76,2	— 29,9	71,7	— 33,9	181,6	84,6
4. Vj.	82,1	— 10,0	72,7	— 20,5	171,3	68,5
1992 1. Vj.	76,5	— 7,0	77,6	0,3	164,8	91,4
Febr.	65,0	— 2,8	70,4	5,5	152,8	109,3
März	70,9	— 23,6	74,7	4,0	194,5	88,8
April	76,2	— 5,1	81,5	15,1	189,7	65,0
Produktion, 2. Halbjahr 1990 = 100 1)						
Verarbeitendes Gewerbe						
insgesamt		darunter: Investitionsgüter- gewerbe		Bauhauptgewerbe		
	Index	% gegen Vorjahr	Index	% gegen Vorjahr	Index	% gegen Vorjahr
1991 3. Vj.	65,5	— 38,0	56,2	— 47,3	108,7	7,1
4. Vj.	69,9	— 25,7	58,5	— 37,2	105,4	7,2
1992 1. Vj.	63,2	— 4,1	48,8	— 12,7	94,6	12,0
Febr.	60,3	— 2,7	47,2	— 10,9	89,1	37,7
März	67,5	2,7	51,8	— 3,5	108,5	10,2
April	62,1	3,0	46,1	— 7,2	108,0	7,4
Arbeitsmarkt						
	Offene Stellen 2)	Kurz- arbeiter 3)	Beschäf- tigte in ABM 2)	Teil- nehmer an Fort- bildung, Umschu- lung 2)	Arbeits- lose 2)	Arbeits- losen- quote 2) 4)
Anzahl in 1 000						
1991 4. Vj.	38,7	1 112,6	357,0	395,4	1 037,5	11,8
1992 1. Vj.	36,1	511,1	396,4	458,3	1 254,2	.
2. Vj.	31,4	440,1	403,7	506,9	1 172,3	14,4
April	31,3	466,3	404,5	507,3	1 196,0	14,7
Mai	30,2	436,5	404,9	510,3	1 149,1	14,1
Juni	31,9	417,4	401,9	509,3	1 123,2	13,8
Preise						
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (im Inlandsabsatz)		Baupreise		Preisindex für die Lebens- haltung 5)		
	1989 = 100	% gegen Vorjahr	1989 = 100	Wohn- gebäude	Straßen- bau	Juli 1990 bis Juni 1991 = 100
						% gegen Vorjahr
1991 3. Vj.	63,1	— 0,4	166,1	116,5	106,9	13,3
4. Vj.	63,2	1,1	170,8	119,8	117,8	21,5
1992 1. Vj.	63,6	0,4	176,8	123,1	119,3	15,6
März	63,8	0,9	.	.	119,8	15,1
April	63,9	1,1	.	.	120,0	14,2
Mai	63,8	1,1	.	.	120,6	14,2

1 Index für fachliche Unternehmensteile; arbeitstäglich bereinigt. — 2 Stand am Monatsende, Vierteljahreswerte: Durchschnitte. — 3 Stand zur Monatsmitte; Vierteljahreswerte: Durchschnitte. — 4 Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen; ab Januar 1992 berechnet auf Basis neuer Zahlen für alle Erwerbspersonen. — 5 Alle Arbeitnehmerhaushalte. BBk

## Produktion

Die Erzeugung des *Verarbeitenden Gewerbes* erreichte im April saisonbereinigt nicht ganz das niedrige Niveau des ersten Quartals, in dem sie im Vergleich zum letzten Vierteljahr 1991 zurückgegangen war. Das entsprechende Vorjahrsniveau überschritt die Industrieproduktion freilich um 3%. Während sich im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe in der letzten Zeit eine Belebung abzeichnete, zeigte im Investitionsgüterbereich die Entwicklungsrichtung eher weiter nach unten.

Mit dem Wegfall der außerordentlich günstigen Witterungsbedingungen hat sich im April die *Bauproduktion* normalisiert. Ihre Aufwärtstendenz wird daran deutlich, daß sie – trotz einer möglichen Beeinträchtigung durch die Osterfeiertage – den vergleichbaren Vorjahrsstand um 7 1/2 % übertraf. Es ist nicht auszuschließen, daß die Leistungen des Bauhauptgewerbes noch stärker über das vergleichbare Vorjahrsergebnis hinausgingen. Deren Ermittlung stützt sich nämlich auf eine Schätzung der Produktivität, die die tatsächliche Entwicklung möglicherweise unterzeichnet. Auch die im Rahmen von Werkverträgen erbrachten Leistungen, denen in Ostdeutschland wohl ein größeres Gewicht als im Westen zukommt, sind darin nicht enthalten.

## Arbeitsmarkt

Der Rückgang der *Arbeitslosigkeit* hat sich auch im Juni fortgesetzt. Ende vergangenen Monats waren in den neuen Bundesländern (nicht saisonbereinigt) 1,12 Millionen Personen als erwerbslos bei den Arbeitsämtern registriert; gegenüber dem Vormonat bedeutete dies eine Abnahme um 25 000 sowie im Vergleich zum Jahresbeginn um 220 000, wofür freilich auch saisonale Gründe eine Rolle spielen. Auch die *Zahl der Kurzarbeiter* ist weiter gesunken, und zwar auf 415 000 Mitte Juni. Das waren 100 000 weniger als noch zum Jahresanfang. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit seit Beginn des Jahres war stärker als die Zunahme der Zahl durch *arbeitsmarktpolitische Maßnahmen* begünstigter Personen. Im Juni nahmen 510 000 Personen an Weiterbildungskursen und 400 000 an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen teil; Altersübergangsgeld erhielten 510 000 Personen. Insgesamt waren damit 1,42 Millionen Personen in die genannten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen einbezogen, rund 140 000 mehr als im Januar.

## Preise

Auch in Ostdeutschland hat sich der Preisauftrieb auf der *Verbraucherstufe* bis zuletzt fortgesetzt, doch ist er nicht so stark wie zur gleichen Vorjahreszeit. Daher sinkt tendenziell die Teuerungsrate gegenüber dem Vorjahr schon seit längerem. Im Mai belief sie sich auf 14,2%, im Januar hatte sie noch 15,9% betragen. Vor allem bei gewerblichen Waren verläuft die Preisentwicklung inzwischen ähnlich der in Westdeutschland. Hier dürfte die Anpassung der Preise an marktwirtschaftliche Bedingungen weitgehend abgeschlossen sein. Dies gilt jedoch insbesondere nicht für Wohnungsmieten, wo weiterhin strukturelle Preisbewegungen anstehen.

Im *Leistungsverkehr Deutschlands* mit dem Ausland – dem zusammengefaßten Ergebnis des Außenhandels, der Dienstleistungen und der Übertragungen – stieg das Defizit von 1,9 Mrd DM im April auf 4,1 Mrd DM im Mai. Schaltet man die Saisoneinflüsse aus, so ergab sich von April auf Mai 1992 ein noch deutlicherer Anstieg des Leistungsbilanzdefizits.

Im *Außenhandel* sank der Überschuß, den Berechnungen des Statistischen Bundesamtes zufolge, von 2,3 Mrd DM im April auf 1,1 Mrd DM im Berichtsmonat. Nach Ausschaltung der Saisoneinflüsse war die Handelsbilanz im Mai nahezu ausgeglichen. Sowohl die Ausfuhren als auch die Einfuhren waren im Berichtsmonat, saisonbereinigt betrachtet, niedriger als in den ersten Monaten dieses Jahres. Faßt man jedoch – um Zufallseinflüsse weitgehend auszuschalten – die Ergebnisse für die Monate März bis Mai zusammen und vergleicht sie mit dem vorangegangenen Dreimonatszeitraum, so haben die Exporte saisonbereinigt um 3% und die Importe um 1% zugenommen.

Zum Anstieg des Leistungsbilanzdefizits im Mai dieses Jahres hat nicht zuletzt beigetragen, daß sich die *Dienstleistungsbilanz* stärker passivierte; nach einem leichten Überschuß im April (0,3 Mrd DM) ergab sich im Berichtsmonat ein Defizit von 1,8 Mrd DM. Ausschlaggebend für den Umschwung waren die – stärkeren monatlichen Schwankungen unterliegenden – Netto-Kapitalerträge aus dem Ausland, die von 2,9 Mrd DM im April auf 1,0 Mrd DM im Mai zurückgingen. Gleichzeitig schloß der Auslandsreiseverkehr weiterhin mit einem hohen Defizit ab (3,0 Mrd DM). In der *Übertragungsbilanz* verringerte sich dagegen der Passivsaldo um 0,6 Mrd DM auf 3,8 Mrd DM, wobei niedrigere Nettzahlungen Deutschlands an die Europäischen Gemeinschaften den Ausschlag gaben.

Im *langfristigen Kapitalverkehr* mit dem Ausland sind im Mai mit 1,0 Mrd DM (netto) beträchtlich weniger Mittel abgeflossen als im April, als sich der Netto-Kapitalexport auf 7,3 Mrd DM belaufen hatte. Entscheidend für den Rückgang der Kapitalabflüsse war die Entwicklung der Wertpapiertransaktionen mit dem Ausland, die im Mai mit einem Netto-Kapitalimport von 1,4 Mrd DM abschlossen, während im April noch 7,7 Mrd DM exportiert worden waren (jeweils einschließlich der Transaktionen mit Schuldscheinen inländischer öffentlicher Stellen gerechnet). Ausländer legten im Mai per saldo 4,4 Mrd DM in deutschen Wertpapieren an, und zwar vorwie-

**Wichtige Posten der Zahlungsbilanz**

Mio DM

Position	1991	1992	
	Mai	April	Mai p)
<b>A. Leistungsbilanz</b>			
Außenhandel			
Ausfuhr (fob)	54 551	60 420	52 160
Einfuhr (cif)	55 228	58 090	51 030
Saldo	— 676	+ 2 330	+ 1 130
nachrichtlich:			
Saisonbereinigte Werte			
Ausfuhr (fob)	55 800	60 500	53 800
Einfuhr (cif)	57 300	55 400	53 300
Ergänzungen zum Warenverkehr 1) und Transithandel	— 561	— 197	+ 343
Dienstleistungen	+ 77	+ 311	— 1 800
Übertragungen	— 3 642	— 4 367	— 3 800
Saldo der Leistungsbilanz	— 4 802	— 1 924	— 4 127
<b>B. Kapitalbilanz</b> (Nettokapitalexport: —)			
Langfristiger Kapitalverkehr			
Direktinvestitionen	— 1 336	— 1 551	— 1 574
Deutsche Anlagen im Ausland	— 1 581	— 1 346	— 1 481
Ausländische Anlagen im Inland	+ 245	— 204	— 93
Wertpapiere 2) zuzüglich Schuldscheine inländischer öffentlicher Stellen	+ 1 679	— 7 733	+ 1 387
Wertpapiere	+ 1 921	— 6 879	+ 1 913
Schuldscheine	— 242	— 855	— 526
Kredite der Banken	— 2 803	+ 2 622	+ 524
Kredite öffentlicher Stellen	— 209	— 214	— 240
Sonstiges	— 513	— 402	— 1 090
Saldo	— 3 181	— 7 278	— 993
Kurzfristiger Kapitalverkehr			
Kreditinstitute	+ 4 938	+ 6 082	+ 9 290
Wirtschaftsunternehmen 3)	+ 6 063	— 2 234	+ 3 713
Öffentliche Hand	— 924	+ 4 334	— 5 679
Saldo	+ 10 077	+ 8 182	+ 7 324
Saldo der gesamten Kapitalbilanz	+ 6 896	+ 904	+ 6 331
<b>C. Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen (Restposten) 4)</b>	— 1 254	+ 2 066	— 334
<b>D. Ausgleichsposten zur Auslands- position der Bundesbank 5)</b>	— 68	— 96	+ 173
<b>E. Veränderung der Netto-Auslands- aktiva der Bundesbank (Zunahme: +) 6)</b> (A + B + C + D)	+ 771	+ 951	+ 2 043

1 Hauptsächlich Lagerverkehr auf inländische Rechnung und Absetzung der Rückwaren und der Lohnveredelung. — 2 Ohne Direktinvestitionen. — 3 Mai 1992 vorläufig ohne die noch nicht bekannte Veränderung der Handelskredite (siehe Anm. 4). — 4 Mai 1992 noch einschl. Veränderung der Handelskredite. — 5 Differenzen zwischen den Transaktionswerten und den im Wochenausweis zu Bilanzkursen ausgewiesenen Veränderungen der Auslandsposition. — 6 Bewertet zu Bilanzkursen. — p Vorläufig.  
Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen. BBk

ländischer Wertpapiere durch Inländer von netto 5,4 Mrd DM im April auf netto 2,5 Mrd DM im Mai. In den sonstigen Bereichen des langfristigen Kapitalverkehrs überwogen per saldo die Kapitalabflüsse; insbesondere wurden durch Direktinvestitionen netto 1,6 Mrd DM exportiert.

Im statistisch erfaßten *kurzfristigen Kapitalverkehr* sind im Mai per saldo 7,3 Mrd DM zugeflossen, verglichen mit 8,2 Mrd DM im April. Zum einen wurden von den Kreditinstituten, deren kurzfristige Auslandsforderungen deutlich zurückgingen, kurzfristige Gelder in Höhe von netto 9,3 Mrd DM importiert. Zum anderen überwogen auch bei den inländischen Wirtschaftsunternehmen die Geldzuflüsse (3,7 Mrd DM). Die öffentliche Hand hat dagegen im Berichtsmonat für 5,7 Mrd DM (netto) kurzfristige Mittel exportiert.

Die *Netto-Auslandsaktiva* der Bundesbank – bewertet zu Bilanzkursen – sind im Mai um 2,0 Mrd DM gestiegen. Im Juni haben die Netto-Auslandsaktiva ebenfalls um 2,0 Mrd DM zugenommen.

gend in Anleihen; im Vormonat waren noch für 1,5 Mrd DM (netto) inländische Wertpapiere verkauft worden. Auf der anderen Seite sank der Erwerb aus-

# Die Wirtschaftsbeziehungen des vereinigten Deutschland zu den mittel- und osteuropäischen Reformländern

Die wirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands zu den ehemals fest im „Ostblock“ integrierten Ländern Mittel- und Osteuropas haben sich in den vergangenen zwei Jahren grundlegend gewandelt. Zum einen löste sich der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) mit seinen zuvor scheinbar festgefügt Strukturen auf, und die von ihren bisherigen politischen und wirtschaftlichen Abhängigkeiten befreiten Länder haben damit begonnen, sich neue Lieferquellen und Absatzmärkte im Ausland zu erschließen. Die westdeutsche Wirtschaft hat diesen Umorientierungsprozeß nach Kräften unterstützt. Zum anderen waren aber auch mit der deutschen Einigung nachhaltige Veränderungen für die mittel- und osteuropäischen Nachbarländer wie für die deutsche Wirtschaft selbst verbunden. Der vorliegende Beitrag zeigt, wie sich die Wirtschaftsbeziehungen Deutschlands zu den mittel- und osteuropäischen Reformländern unter dem Einfluß der historischen Ereignisse der letzten beiden Jahre entwickelt haben.<sup>1)</sup> Zu dieser Ländergruppe zählen hier die ehemaligen europäischen Staatshandelsländer, nämlich die frühere Sowjetunion, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Bulgarien, Rumänien und Albanien.

Der Zusammenbruch des planwirtschaftlichen Systems ist mit einem scharfen Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion in diesen Ländern einhergegangen, der aufgrund des hohen Spezialisierungsgrades und der daraus resultierenden Lieferabhängigkeiten der einzelnen Volkswirtschaften von der außenwirtschaftlichen Seite verstärkt wurde. Angesichts der hohen, über die Jahrzehnte hinweg aufgestauten Konsum- und Investitionsbedürfnisse fand diese Entwicklung in den meisten Reformländern ihren Niederschlag in Leistungsbilanzdefiziten, die nur deshalb nicht ins Uferlose wuchsen, weil die großenteils desolate Finanzsituation den Verschuldungsmöglichkeiten dieser Länder und damit auch den Importsteigerungen enge Grenzen zog. Wegen der Zurückhaltung der internationalen Finanzmärkte waren die Länder des östlichen Europa in ihrer „Zahlungsbilanzfinanzierung“ weitgehend auf staatliche und staatlich verbürgte Finanzleistungen aus dem Westen angewiesen.

Deutschland hat mit Abstand den größten Anteil an diesen Hilfen und ist zugleich bevorzugter Handelspartner dieser Ländergruppe. Im Ergebnis entfiel 1991 auf die deutsche Wirtschaft gut ein Drittel des Außenhandels der mittel- und osteuropäischen Länder mit den westlichen Industrieländern. Aus deutscher Sicht hat der Handel mit dem östlichen

<sup>1</sup> Der Beitrag schließt damit an einen früheren Bericht über „Neuere Tendenzen im Außenwirtschaftsverkehr mit den Staatshandelsländern“ an, der erschienen ist in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 41. Jg., Nr. 7, Juli 1989, S. 19 ff. Das umfassende Datenmaterial über die regionalen Zahlungsbilanzen ist dem Statistischen Beiheft zu den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank (Reihe 3, Zahlungsbilanzstatistik) für Juli 1992 beigelegt.

### Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in den mittel- und osteuropäischen Reformländern

in %

Land	Wirtschaftswachstum 1)		Inflation 2)		Leistungsbilanz 3)	
	1990	1991	1990	1991	1990	1991
Ehemalige Sowjetunion	- 2	-17	+ 6	+ 86	-1,2	- 0,2
Bulgarien	-11	-25	+ 26	+460	-5,3	-12,1
Polen	-12	- 8	+586	+ 70	4,0	- 2,1
Rumänien	- 7	-12	+ 5	+164	-8,7	- 7,7
Tschechoslowakei	- 0	-16	+ 11	+ 59	-2,9	2,1
Ungarn	- 4	- 8	+ 33	+ 33	1,2	1,4
Insgesamt 4)	- 3	-17	+ 22	+ 93	-1,1	- 0,7

1 Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr. — 2 Veränderung der Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahr. — 3 In % des Bruttoinlandsprodukts. — 4 Einschl. Albanien sowie Jugoslawien.

Quelle: Internationaler Währungsfonds, World Economic Outlook, Mai 1992. BBk

### West- und ostdeutscher Außenhandel mit den mittel- und osteuropäischen Reformländern

Mrd DM

Land	Ausfuhren (fob)			Einfuhren (cif)		
	1989	1990	1991	1989	1990	1991
<b>Westdeutscher Außenhandel</b>						
Ehemalige Sowjetunion	11,5	10,4	8,6	8,6	9,1	9,9
Übrige Reformländer	13,0	13,1	17,4	10,7	12,7	16,5
darunter:						
Bulgarien	1,5	0,8	0,7	0,3	0,4	0,5
Polen	4,5	4,7	7,5	3,6	5,2	6,5
Rumänien	0,6	1,1	1,0	1,5	1,1	1,1
Tschechoslowakei	2,7	3,1	4,3	2,5	2,7	4,4
Ungarn	3,7	3,4	3,8	2,7	3,3	4,0
Insgesamt	24,5	23,5	26,0	19,2	21,8	26,4
<b>Ostdeutscher Außenhandel 1)</b>						
Ehemalige Sowjetunion	16,6	17,8	9,6	15,1	9,1	4,7
Übrige Reformländer	12,4	12,1	2,4	11,1	5,7	1,9
darunter:						
Bulgarien	1,4	1,4	0,1	1,2	0,5	0,0
Polen	3,1	2,9	1,0	2,9	1,8	0,8
Rumänien	1,4	1,5	0,2	1,3	0,4	0,1
Tschechoslowakei	3,8	3,4	0,6	3,1	1,7	0,7
Ungarn	2,6	2,7	0,4	2,4	1,2	0,3
Insgesamt	29,0	29,8	11,9	26,1	14,9	6,5

1 Angaben bis Mitte 1990 vom Statistischen Bundesamt behelfsmäßig in D-Mark sowie auf die Abgrenzung westdeutscher Daten umgerechnet. Ab Juli 1990 sind die Transaktionen Ostdeutschlands in der gesamtdeutschen Zahlungsbilanz enthalten. Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen. BBk

Europa dennoch bislang nur ein relativ geringes Gewicht (5 1/2 % der Gesamtausfuhren und -einfuhren). Zwar hat die westdeutsche Wirtschaft ihre Handelsbeziehungen mit diesen Ländern in den letzten beiden Jahren merklich ausweiten können. Nach dem Zerfall der einst engen wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen der DDR und den anderen

Mitgliedsländern des früheren RGW hat die ostdeutsche Wirtschaft aber gleichsam über Nacht ihre wichtigsten Absatzmärkte verloren; gleichzeitig hat sich die ostdeutsche Wirtschaft bei ihren Importen auf westliche Lieferquellen umorientiert. Der Leistungsaustausch der neuen Bundesländer mit den mittel- und osteuropäischen Reformländern muß nun zu einem großen Teil auf marktwirtschaftlicher Basis erst neu aufgebaut werden.

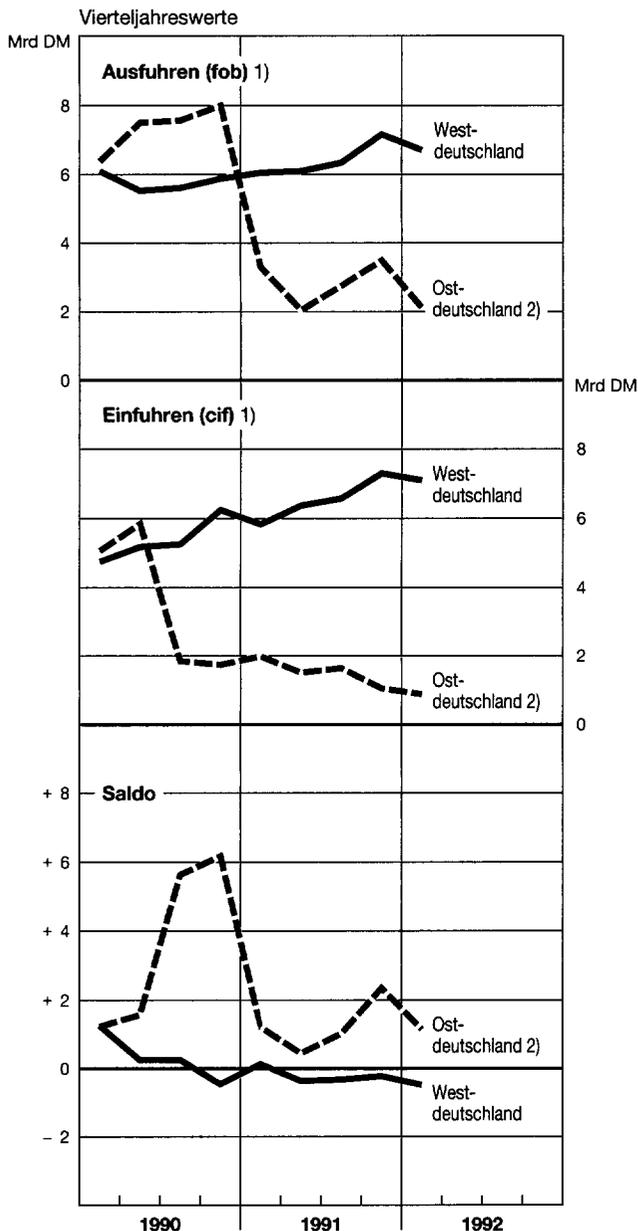
### Der Leistungsverkehr mit den Reformländern im einzelnen

Angesichts der unterschiedlichen Ausgangssituation und der daraus resultierenden verschiedenartigen Anpassungszwänge müssen die außenwirtschaftlichen Beziehungen der alten und der neuen Bundesländer getrennt betrachtet werden.

Auf der *Ausfuhrseite* haben die *westdeutschen* Unternehmen ihre Lieferungen in die mittel- und osteuropäischen Länder im Verlauf der letzten beiden Jahre trotz der dort in Gang befindlichen Wandlungsprozesse und der damit verbundenen Friktionen im Ergebnis etwas erhöht. Zwar reduzierten sich die westdeutschen Ausfuhren im Zusammenhang mit dem scharfen Produktionsrückgang in der ehemaligen Sowjetunion und wegen des dortigen Devisenmangels dem Werte nach um etwa 25% (real um schätzungsweise 15%); erst im Verlauf von 1991 haben sich die Lieferungen dorthin stabilisiert. Die westdeutschen Ausfuhren in die übrigen Reformländer haben von 1989 bis 1991 aber um etwa ein Drittel zugenommen. Zusammengenommen lagen die westdeutschen Exporte in die Gruppe der Reformländer 1991 mit 26 Mrd DM um 6% über ihrem Vergleichswert von 1989. Ausschlaggebend dafür war offensichtlich der hohe Bedarf der Abnehmerländer an industriell gefertigten Produkten westlichen Ursprungs. Ähnlich wie dies in der Frühphase des deutschen Einigungsprozesses beobachtet werden konnte, sind nämlich insbesondere die Lieferungen von Verbrauchsgütern nach Mittel- und Osteuropa kräftig gestiegen. In merklich geringerem Umfang gilt dies für Investitionsgüter, die bislang gut die Hälfte der gesamten westdeutschen Exporte dorthin ausmachten.

Ganz anders haben sich die *Exporte der neuen Bundesländer* nach Mittel- und Osteuropa entwickelt. Sie beliefen sich 1991 auf 40% ihres Wertes von 1989, wobei freilich diese Wertangaben kaum vergleichbar sind, da die Zahlen für 1989 auf (provisorisch umge-

## West- und ostdeutscher Außenhandel mit den mittel- und osteuropäischen Reformländern \*)



\*) Albanien, Bulgarien, Polen, Rumänien, ehemalige Sowjetunion, Tschechoslowakei und Ungarn.- 1) Spezialhandel.- 2) Angaben bis Mitte 1990 vom Statistischen Bundesamt behelfsmäßig in D-Mark sowie auf die Abgrenzung westdeutscher Daten umgerechnet.

BBk

rechneten) Preisen in Mark der DDR und die Zahlen für 1991 auf DM-Marktpreisen basieren. Ein realistischer Umrechnungskurs läßt sich im Grunde nicht nennen – nicht zuletzt wegen der unterschiedlichen Preisgestaltung in der ehemaligen DDR. Die Produkte der Unternehmen aus den neuen Bundesländern konkurrieren nunmehr auch auf ihren traditionellen Absatzmärkten mit den Erzeugnissen der übrigen

Industrieländer und werden nur noch gegen konvertible Währungen verkauft. Nur in der zweiten Jahreshälfte von 1990 war es den ostdeutschen Unternehmen noch möglich, ihre vor dem Eintritt in die deutsch-deutsche Währungsunion eingegangenen Lieferverpflichtungen auf Basis von Transferrubel (TR) abzurechnen. Um unvermeidbare Härten zu vermeiden, war den ostdeutschen Exporteuren für ihre Verkäufe an die ehemaligen RGW-Partner ein fester Umtauschkurs von 1 TR = 2,34 DM garantiert worden.<sup>2)</sup> Darüber hinaus wurden den exportierenden Unternehmen zeitweise direkte Subventionen gewährt, um sie in die Lage zu versetzen, trotz gestiegener Kosten ihren Lieferverpflichtungen nachkommen zu können. Die ostdeutschen Ausfuhren hielten sich daher 1990 – trotz des Übergangs zur deutsch-deutschen Währungsunion und der damit eigentlich erfolgten Loslösung aus dem RGW – noch auf dem relativ hohen Niveau der Vorjahre. Nachdem diese großzügigen Übergangsregelungen zum Jahresende 1990 ausgelaufen waren, fielen die ostdeutschen Exporte nach Mittel- und Osteuropa schlagartig auf weniger als die Hälfte. Besonders ausgeprägt waren dabei die Ausfälle im Exportgeschäft mit den mittel- und osteuropäischen Ländern außerhalb der ehemaligen Sowjetunion.

Auch auf der *Importseite* gibt es eine gegenläufige Entwicklung zwischen den alten und den neuen Bundesländern. Innerhalb der letzten beiden Jahre sind die *westdeutschen* Einfuhren aus den Reformländern um fast 40% gestiegen. Insbesondere die Länder außerhalb der ehemaligen Sowjetunion konnten ihre Lieferungen nach Deutschland kräftig verstärken – allen voran die Staaten, die im Reformprozeß schon relativ große Fortschritte gemacht haben, wie Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn. Die Lieferungen aus diesen drei Ländern nach Deutschland haben sich in den letzten beiden Jahren fast verdoppelt. Die Einfuhren aus der ehemaligen Sowjetunion, die mit beträchtlichen Liefer-schwierigkeiten zu kämpfen hatte, sind dagegen „nur“ um 16% gestiegen. Nach wie vor handelt es sich dabei größtenteils (zu etwa 90%) um Energieträger sowie Grundstoffe und Produktionsgüter. Bei den Importen aus den übrigen Reformländern hat sich der Anteil solcher Produkte jedoch merklich reduziert. Mehr als die Hälfte der Einfuhren aus diesen Ländern setzt sich nun aus Investitions- und Verbrauchsgütern zusammen.

Im Unterschied zu den westdeutschen sind die *ostdeutschen* Einfuhren aus Mittel- und Osteuropa

<sup>2)</sup> Diese Relation ist abgeleitet aus dem ursprünglichen Kurs von 1 TR = 4,67 VM (Valutamark) und dem Konversionssatz für die Mark der DDR zur D-Mark von 2:1.

<b>Dienstleistungs- und Übertragungsbilanz gegenüber den mittel- und osteuropäischen Reformländern</b>			
<b>Mio DM</b>			
Position	1989	1990	1991
<b>Dienstleistungen</b>			
Kapitalerträge			
Einnahmen	1 344	1 853	2 908
Ausgaben	245	213	257
Saldo	1 100	1 640	2 651
darunter:			
Ehemalige Sowjetunion	423	699	1 643
Übrige Reformländer	676	941	1 008
Einnahmen von militärischen Dienststellen der ehemaligen Sowjetunion	—	1 162	2 100
Reiseverkehr (Saldo)	— 678	— 699	— 745
Transporte und Versicherungen (Saldo)	48	35	— 395
Übrige Dienstleistungen	— 778	— 806	—1 445
Dienstleistungen insgesamt	— 308	1 332	2 166
darunter:			
Ehemalige Sowjetunion	498	2 029	4 076
Übrige Reformländer	— 806	— 697	—1 910
<b>Übertragungen</b>			
Überleitungsabkommen mit der ehemaligen Sowjetunion	—	—	—2 248
Hilfslieferungen des Bundes und andere öffentliche Leistungen 1)			
Ehemalige Sowjetunion	0	—1 077	—1 664
Übrige Reformländer	— 232	— 512	— 461
Schuldenerlaß gegenüber Polen	—	— 760	— 657
Private Leistungen			
Ehemalige Sowjetunion	— 65	— 72	— 361
Übrige Reformländer	— 295	— 300	— 352
Übertragungen insgesamt	— 591	—2 720	—5 743
darunter:			
Ehemalige Sowjetunion	— 65	—1 148	—4 273
Übrige Reformländer	— 526	—1 572	—1 470
1 Ohne Schuldenerlaß.			BBk

nach der deutschen Währungsunion und der Öffnung der Reformländer nach Westen sowie der faktischen Auflösung des RGW drastisch gesunken. Im Jahre 1991 beliefen sie sich nur noch auf ein Viertel der Bezüge von 1989 (wenn man die oben bereits angesprochenen Bewertungsprobleme dabei außer acht läßt). Maßgebend für diesen Rückgang war, daß sich die Nachfrage in Ostdeutschland ab Mitte 1990 fast ausnahmslos auf Westwaren richtete. Teilweise waren die Reformländer aber auch gar nicht mehr in der Lage, zu den vereinbarten Bedingungen zu liefern, so daß viele der Verträge annulliert werden mußten. Erst Anfang 1992 scheint diese Abwärtsbewegung zum Stillstand gekommen zu sein.

Die Leistungsbilanz mit Mittel- und Osteuropa wird nach wie vor vom Warenaustausch dominiert. Gleichwohl haben in den letzten zwei Jahren auch die

3 Davon sind 3 Mrd DM in den „DM-Überleitungsfonds“ zu zahlen, mit dem die laufenden Truppenkosten beglichen werden. Zusätzlich werden der ehemaligen Sowjetunion von deutscher Seite Transportkosten für den Truppenabzug im Betrag von 1 Mrd DM erstattet; weitere 7,8 Mrd DM müssen für das Wohnungsbauprogramm zugunsten der abziehenden sowjetischen Truppen aufgewendet werden, und 0,2 Mrd DM werden für Ausbildungs- und Umschulungsprogramme bezahlt. Darüber hinaus

*Dienstleistungstransaktionen* an Bedeutung gewonnen. Auf der Einnahmeseite standen dabei die dort verbuchten Kapitalerträge sowie Verkäufe von Waren und Diensten an die in Ostdeutschland stationierten Truppen der ehemaligen Sowjetunion im Vordergrund. Im vergangenen Jahr entfielen auf diese beiden Positionen 2,9 Mrd DM bzw. 2,1 Mrd DM. Die deutschen Dienstleistungsausgaben betrafen vor allem Reiseverkehrausgaben und verschiedene andere Dienstleistungsarten wie Transport- und Bauleistungen sowie Arbeitsentgelte und Lohnveredelung. Per saldo wies die Dienstleistungsbilanz des vereinten Deutschland mit den Reformländern 1991 einen Überschuß von 2,2 Mrd DM auf. Allerdings handelt es sich dabei zum großen Teil nicht um echte Einnahmen der deutschen Volkswirtschaft aus dem Ausland; vielmehr handelt es sich um Leistungen an die Reformländer, die unentgeltlich erbracht wurden und deshalb in der Übertragungsbilanz entsprechend gegengebucht werden. So wurden die Zinsen für die zu Vorzugskonditionen gewährten Kredite an die Reformstaaten den kreditgebenden Banken zum Teil aus inländischen öffentlichen Mitteln gezahlt. Vor allem aber bei den „Einnahmen von militärischen Dienststellen“ handelt es sich zu einem großen Teil um keine „echten“ Dienstleistungsexporte an das Ausland, die entsprechende Zahlungseingänge für die deutsche Volkswirtschaft zur Folge hatten. Im vergangenen Jahr wurden etwa zwei Drittel davon aus Mitteln des sog. „DM-Überleitungsfonds“ bezahlt, der aus dem Bundeshaushalt gespeist wird.

Die gesamten *unentgeltlichen Leistungen* Deutschlands an die mittel- und osteuropäischen Reformländer beliefen sich 1991 per saldo auf 5,7 Mrd DM; zwei Jahre zuvor waren es nur 0,6 Mrd DM gewesen. Mehr als ein Drittel der vom vereinigten Deutschland im vergangenen Jahr an die Reformländer geleisteten Übertragungen geht auf das bereits erwähnte „Überleitungsabkommen“ zurück, das im Sommer 1990 mit der Sowjetunion abgeschlossen worden war und den Abzug der sowjetischen Truppen aus Ostdeutschland regelt. Entsprechend diesem Abkommen ist Deutschland bis 1994 zu unentgeltlichen Leistungen von insgesamt 12 Mrd DM verpflichtet,<sup>3)</sup> wovon 1991 2,2 Mrd DM ausgezahlt wurden. Zusätzlich wurden für die Sowjetunion 1990 weitere 1,1 Mrd DM und 1991 rund 1,7 Mrd DM in Form von Hilfslieferungen des Bundes und durch andere öffentliche Leistungen bereitgestellt. Die übrigen Reformländer erhielten 1990 und 1991 jeweils gut 1 Mrd DM (teilweise durch direkte Zahlungen, teilweise in Form

wurde ein zinsloser Finanzkredit über 3 Mrd DM gewährt. In dem Betrag von 12 Mrd DM sind die Zinssubventionen nicht enthalten.

<b>Leistungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland gegenüber den mittel- und osteuropäischen Reformländern *)</b>			
<b>Mrd DM</b>			
<b>Position</b>	<b>1989</b>	<b>1990</b>	<b>1991</b>
<b>Ausfuhr 1)</b>	23,8	38,0	35,6
darunter:			
Ehemalige Sowjetunion	11,6	20,2	18,0
Übrige Reformländer 2)	12,3	17,9	17,6
<b>Einfuhr 1)</b>	16,7	22,4	27,5
darunter:			
Ehemalige Sowjetunion	8,3	11,6	13,6
Übrige Reformländer 2)	8,4	10,9	13,9
<b>Warenhandel (Saldo 3)</b>	7,3	15,9	9,0
darunter:			
Ehemalige Sowjetunion	3,4	8,8	4,7
Übrige Reformländer 2)	3,9	7,2	4,3
<b>Dienstleistungen (Saldo)</b>	— 0,3	1,3	2,2
darunter:			
Ehemalige Sowjetunion	0,5	2,0	4,1
Übrige Reformländer 2)	— 0,8	— 0,7	— 1,9
<b>Übertragungen (Saldo)</b>	— 0,6	— 2,7	— 5,7
darunter:			
Ehemalige Sowjetunion	— 0,1	— 1,1	— 4,3
Übrige Reformländer 2)	— 0,5	— 1,6	— 1,5
<b>Leistungsbilanz</b>	6,4	14,6	5,4
darunter:			
Ehemalige Sowjetunion	3,8	9,7	4,5
Übrige Reformländer 2)	2,6	4,9	1,0
* Ab Juli 1990 einschl. Transaktionen des Gebiets der ehemaligen DDR mit dem Ausland. — 1 Auf fob-Basis. Einschl. Ergänzungen zum Warenverkehr. — 2 Albanien, Bulgarien, Polen, Tschechoslowakei, Rumänien und Ungarn. — 3 Einschl. Transithandel. Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen. BBK			

des Schuldenerlasses). Außerdem wurden in den vergangenen zwei Jahren umfangreiche private unentgeltliche Leistungen erbracht. Weitere Hilfsmittel für die Reformländer hat Deutschland über internationale Organisationen wie die Europäische Gemeinschaft, den Internationalen Währungsfonds und die Weltbank aufgebracht. In der regionalen Gliederung der Zahlungsbilanz werden diese Aufwendungen allerdings nicht Mittel- und Osteuropa zugeordnet, sondern als Leistungen an die entsprechenden Organisationen ausgewiesen.

Im Gesamtergebnis schloß die deutsche *Leistungsbilanz* gegenüber der Gruppe der Reformländer 1991 mit einem Überschuß von 5½ Mrd DM ab. In ähnlicher Größenordnung hatte sich der Aktivsaldo der Bundesrepublik gegenüber dieser Ländergruppe bereits vor der deutschen Einigung und den beginnenden Auflösungserscheinungen im Block der ehemaligen Staatshandelsländer bewegt. Nur im „Einigungsjahr“ 1990 selbst, in dem die Exporttätigkeit der ostdeutschen Wirtschaft durch die oben geschilderten Fördermaßnahmen künstlich hoch gehalten

worden war, erreichte der deutsche Leistungsbilanzüberschuß mit den mittel- und osteuropäischen Ländern mit knapp 15 Mrd DM vorübergehend fast das Dreifache; über die Bedienung der unter anderem in diesem Zusammenhang angesammelten Transferrubel-Forderungen wird noch verhandelt. Die Devisenknappheit setzt der Ausweitung der Defizite der Reformländer recht enge Grenzen. Im übrigen geht der Zusammenbruch des alten Systems mit einer außenwirtschaftlichen Neuorientierung einher. Allerdings wird es angesichts der Stockungen und Friktionen im Wirtschaftsablauf dieser Länder noch einige Zeit dauern, bis sich Handels- und Dienstleistungsbeziehungen herausgebildet haben, die dem westlichen Standard entsprechen.

### **Der Kapitalverkehr mit den mittel- und osteuropäischen Reformländern**

Eines der konkreten Hindernisse, die einem stärkeren Rückgriff der Reformländer auf die Ressourcen der westlichen Welt im Wege stehen, ist die zunehmend verschlechterte Kreditwürdigkeit der meisten Staaten dieser Ländergruppe. Nur Ungarn, das sich in seinen Reformanstrengungen in einer Vorreiterrolle befindet, und die Tschechoslowakei waren in der Lage, sich gleichsam aus eigener Kraft auf den internationalen Kapitalmärkten zu verschulden. Die Mehrzahl der mittel- und osteuropäischen Reformländer war dagegen auf öffentliche Darlehen oder öffentlich garantierte Bankkredite angewiesen. Auch die Bundesregierung hat den Kapitalexport in diese Länder durch direkte oder indirekte Garantien unterstützt. Per saldo stellte Deutschland den Staaten Mittel- und Osteuropas in den ersten beiden Jahren des wirtschaftlichen und politischen Umbruchs – statistisch im einzelnen erfaßbare – Finanzmittel in Höhe von 27½ Mrd DM zur Verfügung. Darüber hinaus dürften durch Handelskredite deutscher Lieferanten, die allerdings wohl weitgehend über die Hermes-Versicherung abgedeckt sind und insoweit ebenfalls dem großen Block der öffentlich besicherten Finanzleistungen an die Reformländer zugerechnet werden können, zusätzlich etwa 3 Mrd DM in diese Ländergruppe geflossen sein. Die deutschen Kapitalexporte gingen damit in den letzten beiden Jahren weit über das gleichzeitige Leistungsbilanzdefizit der Reformstaaten gegenüber Deutschland (20 Mrd DM) hinaus. Auf die Reformländer entfiel in dieser Zeit mehr als ein Drittel der gesamten deutschen Netto-Kapitalexporte in das Ausland (76 Mrd DM).

<b>Kapitalverkehr mit den mittel- und osteuropäischen Reformländern *)</b>			
Mrd DM; Netto-Kapitalexport: —			
Position	1989	1990 °)	1991 °)
<b>Kapitalexport nach Mittel- und Osteuropa</b>	— 4,8	—20,3	— 7,4
darunter:			
Direktinvestitionen	— 0,1	— 0,3	— 1,2
Ehemalige Sowjetunion	— 0,0	— 0,0	+ 0,1
Übrige Reformländer	— 0,1	— 0,2	— 1,3
Ausländische Wertpapiere	— 1,5	— 1,7	— 0,9
Ehemalige Sowjetunion	— 0,9	— 0,4	— 0,0
Übrige Reformländer	— 0,6	— 1,3	— 0,9
Kurzfristige Forderungen der Kreditinstitute	— 1,0	— 9,1	— 0,0
Ehemalige Sowjetunion	— 0,6	+ 1,3	+ 0,3
Übrige Reformländer 1)	— 0,4	—10,4	— 0,4
Langfristige Forderungen der Kreditinstitute	— 1,9	— 9,2	— 5,7
Ehemalige Sowjetunion	— 1,3	— 9,4	— 5,3
Übrige Reformländer	— 0,6	+ 0,2	— 0,4
Langfristige Darlehen öffentlicher Stellen	— 0,3	— 0,3	+ 0,5
Ehemalige Sowjetunion	+ 0,0	— 0,7	— 0,1
Übrige Reformländer	— 0,3	+ 0,4	+ 0,6
<b>Kapitalimport aus Mittel- und Osteuropa</b>	+ 0,5	— 0,0	+ 0,2
darunter:			
Deutsche Wertpapiere	+ 0,1	— 0,1	+ 0,0
Kurz- und langfristige Verbindlichkeiten deutscher Kreditinstitute	+ 0,4	+ 0,3	— 0,1
<b>Saldo des statistisch erfaßten Kapitalverkehrs</b>	— 4,3	—20,4	— 7,3
Nachrichtlich:			
In den Kapitalverkehrszahlen nicht enthaltene Handelskredite (netto) s)	+ 0,6	—10,7	+ 7,8
* Ehemalige Sowjetunion, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Albanien. — ° Ab Juli 1990 einschl. Transaktionen des Gebiets der ehemaligen DDR mit dem Ausland. — 1 Einschl. Internationale Bank für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (IBWZ). — s Geschätzt. Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen. BBK			

Die *Struktur der deutschen Kapitalexperte* nach Mittel- und Osteuropa ist von dem hohen Anteil der größtenteils öffentlich besicherten *Bankkredite* geprägt. Im Ergebnis stiegen die *langfristigen* Forderungen deutscher Banken in den letzten beiden Jahren um 15 Mrd DM. Hierbei handelt es sich fast ausnahmslos um von der Bundesregierung verbürgte Mittel für die ehemalige Sowjetunion. Allein im Juli 1990 erhielt die Sowjetunion einen Großkredit eines westdeutschen Bankenkonsortiums im Umfang von 5 Mrd DM. Der bereits erwähnte zinslose Finanzkredit aus dem „Überleitungsvertrag“ schlug sich im Jahre 1990 in einem Zuwachs der Bankenforderungen in Höhe von 2 Mrd DM und 1991 in Höhe von 1 Mrd DM nieder. Daneben wurden der ehemaligen Sowjetunion umfangreiche, über die Hermes-Versicherung verbürgte Exportfinanzierungen von den Banken gewährt. Bei den im Jahre 1990 kräftig gestie-

4 Im Auslandsvermögensstatus werden diese Forderungen, die ursprünglich gegenüber der Internationalen Bank für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (IBWZ) entstanden waren, als langfristige Bankenforderungen gegenüber den einzelnen Schuldnerländern ausgewiesen. Siehe dazu die näheren Ausführungen im nächsten Abschnitt.

5 Der Vergleich der letzten beiden Jahre mit dem vorangegangenen Jahr ist grundsätzlich nicht unproblematisch, da sich die Zahlenangaben für

genen *kurzfristigen* Bankenforderungen handelt es sich im wesentlichen um die von der Staatsbank (Berlin) gehaltenen Transferrubel.<sup>4)</sup>

Die *Wertpapiertransaktionen* mit den Reformländern Mittel- und Osteuropas spielen bislang nur eine sehr geringe Rolle. Die jährlichen Anlagen deutscher Investoren in DM- und Fremdwährungspapieren mittel- und osteuropäischer Schuldner bewegten sich in den letzten beiden Jahren, ähnlich wie zuvor, in Größenordnungen von 1 Mrd DM bis 2 Mrd DM.<sup>5)</sup> Der größte Teil der Zukäufe entfiel auf DM-Anleiheemissionen Ungarns (per saldo 1 ½ Mrd DM), deren Netto-Absatz nahezu vollständig am deutschen Markt untergebracht werden konnte.<sup>6)</sup> Im Gegensatz zu früheren Jahren mußten diese Anleihen jedoch mit einem deutlich höheren Zinskupon im Vergleich zu Bundesanleihen ausgestattet werden. Außer von Ungarn wurden im Jahre 1990 auch noch von der Tschechoslowakei und der Sowjetunion DM-Anleihen am deutschen Markt plziert. Im Verlauf von 1991 kam die Emissionstätigkeit von Schuldnern aus Mittel- und Osteuropa (mit Ausnahme Ungarns) im DM-Bereich aber praktisch zum Erliegen.

Erstmals wurden in den beiden vergangenen Jahren auch in etwas größerem Umfang deutsche *Direktinvestitionen* in den mittel- und osteuropäischen Ländern vorgenommen. Im Jahre 1990 investierten deutsche Unternehmen in ausländische Betriebsstätten und Tochtergesellschaften in Mittel- und Osteuropa 0,3 Mrd DM und 1991 1,2 Mrd DM. Allerdings konzentrierten sich diese Mittel praktisch ausschließlich auf Ungarn und die Tschechoslowakei, die bis dahin wohl die günstigsten Standortbedingungen für ausländische Direktinvestitionen schaffen konnten. In diesen Ländern sind die wirtschaftlichen, rechtlichen und organisatorischen Reformen als Grundvoraussetzung für ein langfristiges unternehmerisches Engagement am weitesten gediehen.

### **Die deutschen Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber den mittel- und osteuropäischen Reformländern**

Zusammenfassend ist die außenwirtschaftliche Verflechtung zwischen dem vereinigten Deutschland und seinen mittel- und osteuropäischen Nachbarstaaten im Hinblick auf den realen Leistungsaustausch also noch verhältnismäßig gering, und in bezug auf den Kapitalverkehr ist sie nur von recht „einseitiger“ Natur. Dies spiegelt sich auch in der

die Zeit vor Mitte 1990 auf die alte Gebietsabgrenzung der Bundesrepublik Deutschland beziehen. Quantitativ schlagen die darauf zurückgehenden Unterschiede bei den meisten Positionen aber kaum zu Buche. 6 Am Jahresende 1991 waren insgesamt 23 DM-Auslandsanleihen von mittel- und osteuropäischen Ländern (Bulgarien, ehemalige Sowjetunion, Tschechoslowakei und Ungarn) im Gesamtbetrag von 6,7 Mrd DM im Umlauf.

<b>Auslandsvermögensstatus gegenüber den mittel- und osteuropäischen Reformländern *)</b>						
<b>Stand Ende 1991; Mrd DM</b>						
Position	Mittel- und osteuropäische Reformländer insgesamt			darunter: Ehemalige Sowjetunion		
	Aktiva	Pas-siva	Saldo	Aktiva	Pas-siva	Saldo
<b>Deutsche Bundesbank</b>	0,0	0,3	— 0,3	0,0	0,0	0,0
<b>Kreditinstitute</b>	59,0	4,2	54,8	39,7	1,7	38,0
davon:						
Kurzfristig	3,2	3,0	0,2	0,7	0,9	— 0,2
Langfristig 1)	55,8	1,2	54,6	39,0	0,8	38,2
darunter:						
Kredite aus Finanzbeziehungen	54,6	0,9	53,7	38,5	0,7	37,8
<b>Unternehmen und Privatpersonen</b>	20,1	4,3	15,8	9,0	1,8	7,2
davon:						
Kurzfristig	5,9	3,9	2,0	2,8	1,6	1,2
darunter:						
Handelskredite 2)	5,8	3,8	2,0	2,8	1,6	1,2
Langfristig	14,1	0,4	13,7	6,2	0,2	6,0
darunter:						
Handelskredite 2)	7,9	0,2	7,7	4,9	0,1	4,8
Wertpapieranlagen	4,1	0,0	4,1	1,1	0,0	1,1
Direktinvestitionen	1,6	0,0	1,6	0,1	0,1	0,1
<b>Öffentliche Stellen</b>	5,9	0,4	5,5	0,2	0,3	— 0,1
davon:						
Kurzfristig	0,0	0,2	— 0,2	0,0	0,2	— 0,2
Langfristig 3)	4) 5,9	0,1	5,8	0,2	0,0	0,2
<b>Insgesamt</b>	<b>85,0</b>	<b>9,1</b>	<b>75,9</b>	<b>48,9</b>	<b>3,8</b>	<b>45,0</b>

\* Ehemalige Sowjetunion, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Albanien. — 1 Ohne die den öffentlichen Stellen zugeordneten langfristigen Auslandsforderungen von Kreditinstituten mit Sonderaufgaben. — 2 Geschätzt. — 3 Einschl. der langfristigen Auslandsforderungen von Kreditinstituten mit Sonderaufgaben. — 4 Einschl. der im Rahmen von Gewährleistungen durch die Bundesregierung übernommenen Finanz- und Handelskredite gegenüber mittel- und osteuropäischen Ländern.  
Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen. BBK

relativen Bedeutung der deutschen Auslandsforderungen gegenüber den Reformländern und deren Zusammensetzung wider. Von den gesamten deutschen Auslandsforderungen in Höhe von 1 748 Mrd DM (Ende Dezember 1991) entfallen 85 Mrd DM oder knapp 5% auf diese Ländergruppe; das entspricht etwa dem Anteil dieser Länder am deutschen Außenhandel. Bei den entsprechenden Auslandspassiva gegenüber den Reformländern betrug der Anteil sogar nur 9 Mrd DM oder weniger als 1% der gesamten deutschen Verbindlichkeiten in Höhe von insgesamt 1 224 Mrd DM. Im Ergebnis hat sich im Gefolge der geschilderten Entwicklungen im Leistungs- und Kapitalverkehr mit diesen Ländern bis Ende 1991 eine deutsche *Netto-Forderungsposition* in Höhe von rund 76 Mrd DM aufgebaut. Gemessen an der gesamten Netto-Vermögensposition Deutschlands gegenüber dem Ausland in Höhe von 524 Mrd DM entfielen damit immerhin fast 15% des

7 Der Transferrubel war keine konvertierbare Währung; er stellte seinem Wesen nach eine reine Verrechnungseinheit im geschlossenen System des ehemaligen RGW dar. Über die Verwendungsmöglichkeit der Guthaben, die stark eingeschränkt war, mußte jeweils in Regierungsabkommen entschieden werden.

deutschen Netto-Auslandsvermögens auf die genannte Region.

Der weitaus größte Teil der deutschen Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Mittel- und Osteuropa besteht gegenüber Staaten der ehemaligen Sowjetunion. Hier beliefen sich die gesamten ausstehenden Brutto-Forderungen Ende 1991 auf 49 Mrd DM; bei Verbindlichkeiten von knapp 4 Mrd DM ergab sich eine Netto-Forderungsposition gegenüber der ehemaligen Sowjetunion von 45 Mrd DM. Relativ hohe Forderungen hat die deutsche Volkswirtschaft im übrigen auch gegenüber Polen (12½ Mrd DM netto) und Ungarn (8 Mrd DM netto).

Schon vor der deutschen Vereinigung hatte die Bundesrepublik Deutschland (nach dem damaligen Gebietsstand) gegenüber den ehemaligen Staatshandelsländern in Mittel- und Osteuropa beträchtliche Netto-Forderungen ausstehen; zur Jahresmitte 1990 betrugen sie 34½ Mrd DM. Außerdem wies die ehemalige DDR bereits vor der deutschen Währungsunion einen deutlichen Netto-Forderungssaldo gegenüber den anderen europäischen Staaten des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe auf. Diese Auslandsforderungen waren das Ergebnis der engen Einbindung der DDR-Wirtschaft in das Geflecht der Wirtschaftsbeziehungen mit den ehemaligen RGW-Ländern. Dabei hatte die DDR – als wichtiger Lieferant von Industrieerzeugnissen wie Maschinen, Ausrüstungen und Transportmitteln – hohe Forderungen in Transferrubeln aus den Überschüssen im Verrechnungsverkehr mit den RGW-Ländern erworben.<sup>7)</sup> Sie werden seit dem Inkrafttreten der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion am 1. Juli 1990 als Aktiva in den Büchern der Staatsbank Berlin geführt; am Tage der Währungsumstellung beliefen sich diese Alt-Bestände auf umgerechnet netto 9,7 Mrd DM, davon entfallen 7,9 Mrd DM auf die mittel- und osteuropäischen Reformländer.

Im zweiten Halbjahr 1990 sind diese Transferrubel-Guthaben weiter kräftig gestiegen. Hierzu hat beigetragen, daß die Exportlieferungen der ehemaligen DDR in den RGW-Raum aufgrund des im Ersten Staatsvertrag gewährten Vertrauensschutzes – wie bereits ausgeführt worden ist – weiterhin auf Transferrubel-Basis abgewickelt werden konnten und außerdem subventioniert wurden. Im Gesamtergebnis entstand damit bis Ende 1991 ein Netto-Forderungssaldo Deutschlands in Transferrubeln im Betrag von umgerechnet rund 25 Mrd DM (zum Umrechnungskurs von 2,34 DM).<sup>8)</sup> Das sind rund 30%

8 Daneben bestehen Transferrubel-Forderungen in Höhe von 2,6 Mrd DM gegenüber den übrigen ehemaligen RGW-Staaten Kuba, Mongolei und Vietnam.

22 aller deutschen Brutto-Auslandsaktiva gegenüber den mittel- und osteuropäischen Ländern (85 Mrd DM). Die Gegenwerte sind größtenteils von der Staatsbank Berlin am deutschen Kapitalmarkt zu variablen Zinsen refinanziert worden. Die dabei mittlerweile aufgelaufenen Zinsbelastungen sind in den Angaben über die deutschen Transferrubel-Forderungen jedoch nicht eingerechnet.

Ursprünglich bestanden nahezu sämtliche Transferubel-Forderungen gegenüber der Internationalen Bank für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (IBWZ) in Moskau, die als Clearingstelle für den RGW-Handel fungierte. Nach der Auflösung des Verrechnungsabkommens mit den RGW-Staaten wurde der deutsche Forderungssaldo gegenüber der IBWZ in langfristige Forderungen an die jeweiligen Außenhandelsbanken in den einzelnen RGW-Staaten umgewandelt, wobei auf die Sowjetunion der Hauptanteil entfiel. Im einzelnen betrugen damit die deutschen Forderungen auf Transferrubel-Basis zum Jahresende 1991 gegenüber der ehemaligen Sowjetunion 17,6 Mrd DM, gegenüber Polen 2,1 Mrd DM, gegenüber der Tschechoslowakei 1,6 Mrd DM und gegenüber den übrigen Staaten insgesamt 3,9 Mrd DM. Die Verhandlungen über die Bedienung dieser Forderungen sind noch nicht abgeschlossen.

Ohne die „geerbten“ Transferrubelbestände halten die deutschen Banken rund 34 Mrd DM an Forderungen gegenüber den mittel- und osteuropäischen Reformstaaten; das sind 40% der gesamten deutschen Bruttosition gegenüber dieser Region.<sup>9)</sup> In Relation zur gesamten Verschuldung dieser Ländergruppe gegenüber westlichen Banken beträgt der Anteil der deutschen Kreditinstitute etwa ein Viertel. Die Einlagen der mittel- und osteuropäischen Reformländer bei deutschen Banken sind mit rund 4 Mrd DM von vergleichsweise geringer Bedeutung.

Die Kredite an die europäischen Staaten des ehemaligen RGW sind zu einem großen Teil durch Gewährleistungen des Bundes gesichert. Das bedeutet erhebliche Risiken für die öffentlichen Haushalte und zeigt zugleich das hohe finanzielle Engagement, das die deutsche Volkswirtschaft, nicht zuletzt zur Stützung der Reformprozesse, in Mittel- und Osteuropa eingegangen ist.

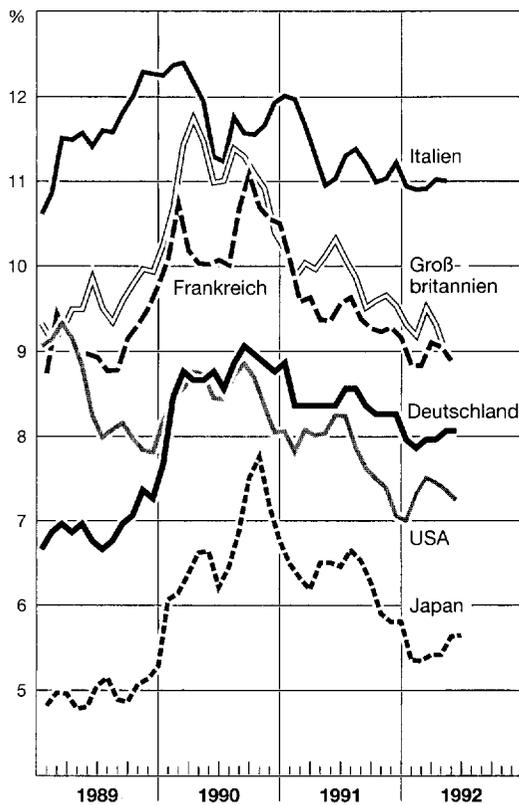
<sup>9</sup> Die Zahlenangaben beziehen sich auf alle in Deutschland ansässigen Kreditinstitute; die von den Auslandsniederlassungen deutscher Banken gewährten Kredite an die Reformländer sind in diesen Angaben also nicht enthalten. Zuletzt handelte es sich dabei aber um Beträge, die kaum nennenswert ins Gewicht fallen. So betrugen die gesamten Forderungen der deutschen Banken einschließlich ihrer Auslandsniederlassungen an die mittel- und osteuropäischen Reformländer nach den Angaben der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) Ende 1991 umgerechnet 60 Mrd DM. Ohne die Transferrubel-Bestände entspräche dies einem Betrag von 35 Mrd DM.

# Der Einfluß des deutschen Vereinigungsprozesses auf die wirtschaftliche Entwicklung in den europäischen Partnerländern

In den europäischen Nachbarländern und auch in manchen außereuropäischen Industriestaaten wird der Einfluß des deutschen Vereinigungsprozesses auf die Weltwirtschaft und die jeweilige nationale Konjunkturlage häufig negativ beurteilt; dahinter steht zumeist die Einschätzung, unfreiwillig die Kosten der deutschen Vereinigung mittragen zu müssen. Als Indiz dafür wird von vielen Kritikern vorgebracht, aufgrund der deutschen Vereinigung sei das Zinsniveau nicht nur in Deutschland, sondern in dessen Gefolge auch in den Partnerländern höher, als es ohne die vereinigungsbedingten Finanzierungskosten wäre. Dieser Einfluß ist schwer einzuschätzen. Tatsächlich sind – wie auch das nachstehende Schaubild zeigt – die für Investitionsentscheidungen wichtigen *Kapitalmarktzinsen* im vergangenen Jahr in Deutschland und in den meisten europäischen Partnerländern gesunken. Im Frühjahr 1992 waren die Umlaufrenditen öffentlicher Anleihen, die sich üblicherweise im Einklang mit den langfristigen Kreditzinsen bewegen, in den EG-Mitgliedsländern um einen halben Prozentpunkt (Deutschland, Niederlande) bis dreieinhalb Prozentpunkte (Spanien) niedriger als Anfang 1990, also vor dem Beginn der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion mit der ehemaligen DDR.

Die westdeutsche Konjunktur hat sich vor allem infolge der wirtschaftlichen Wirkungen des Vereinigungsprozesses als außerordentlich robust erwiesen, und der Inflationsdruck ist hoch geblieben. Eine straffe Geldpolitik ist damit in Deutschland zur Wiedergewinnung der Geldwertstabilität unumgänglich. Im Ausland werden die Prioritäten teilweise anders gesetzt, insbesondere in den Ländern, die erhebliche Fortschritte bei der Rückführung der Preissteigerungsraten erzielt haben und die gleichzeitig unter einer hohen Arbeitslosigkeit leiden. Vor dem Hintergrund der fortgesetzten Konjunkturschwäche wird hier häufig eine Senkung der Zinsen angestrebt, wobei freilich wegen der Verfestigung des Wechselkursgefüges im EWS der Handlungsspielraum deutlich eingeengt ist. So verständlich der Wunsch nach niedrigeren Zinsen in diesen Ländern ist, so darf dies doch nicht dazu führen, daß Ländern mit auf Dauer nicht tolerierbaren Preissteigerungen angemessene Gegenmaßnahmen erschwert werden. Die D-Mark ist nach wie vor die Ankerwährung des EWS. Eine Aufweichung ihres Stabilitätsstandards bliebe nicht ohne Folgen für eine Reihe von Partnerländern und müßte die Eintrittsbedingungen in die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion verschlechtern. Insofern liegt

### Umlaufrendite öffentlicher Anleihen \*)



\*) Monatsdurchschnitte; Frankreich: Monatsendstände; Japan: Emissionsrendite.

BBk

die konsequente Geldpolitik der Bundesbank auch im europäischen Interesse.

Die Kritik an der straffen deutschen Geldpolitik und ihren Folgen für die Partner übersieht darüber hinaus die starken expansiven Wirkungen, die davon auf die Volkswirtschaften der anderen Staaten ausgingen, daß der Vereinigungsprozeß einen beträchtlichen Importsog auslöste und die westdeutsche Wirtschaft zum Teil wohl zugunsten entsprechender Lieferungen in die neuen Bundesländer darauf verzichtete, ihre Exportmöglichkeiten voll auszunutzen. Diese Wachstumsimpulse werden im folgenden näher untersucht. Allerdings geht die Betrachtung nicht über das Jahr 1991 hinaus, weil entsprechende Informationen (z. B. über die Entwicklung des Brutto-sozialprodukts oder des Bruttoinlandsprodukts in einigen Ländern) für die Zeit nach dem Ende letzten Jahres noch nicht vorliegen. Per saldo dürften in den vergangenen beiden Jahren die nachfrageinduzierten Wachstumsanregungen aufgrund des deutschen Einigungsprozesses die möglichen – kaum zweifelsfrei quantifizierbaren – zinsbedingten Be-

eintrachtigungen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in den Partnerländern bei weitem überwogen haben. Zu diesem Ergebnis sind auch die EG-Kommission<sup>1)</sup> und verschiedene in- und ausländische Forschungsinstitute<sup>2)</sup> gelangt.

### Ein- und Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen in den Jahren 1990 und 1991

Die außenwirtschaftliche Lage Deutschlands hat sich nach der staatlichen Vereinigung in erster Linie infolge des starken Nachfragesogs aus den neuen Bundesländern einschneidend verändert. Nachdem die westdeutschen Überschüsse im grenzüberschreitenden Waren- und Dienstleistungsverkehr in den Jahren vor 1990 auf immer neue Spitzenwerte gestiegen und damit in den Partnerländern zunehmend auf Kritik gestoßen waren, sind sie nach dem Übergang zur Währungsunion mit der ehemaligen DDR in der zweiten Jahreshälfte 1990 bereits erheblich abgebaut worden. Im vergangenen Jahr hat sich diese Entwicklung verstärkt fortgesetzt. Im Ergebnis war der *westdeutsche nominale Außenbeitrag* gegenüber dem Ausland 1991 mit 19 Mrd DM um 123 ½ Mrd DM niedriger als 1989 und um 78 Mrd DM niedriger als 1990. Dieser Umschwung zwischen 1989 und 1991 machte etwa 5 ½ % des westdeutschen nominalen Bruttosozialprodukts aus. In *gesamtdentscher Betrachtung* sieht das Bild nicht viel anders aus. Danach ist der *Außenbeitrag* im gleichen Zeitraum um 117 Mrd DM auf 20 Mrd DM gesunken – ein Rückgang, der 4 ½ % des gesamtdentschen Sozialprodukts entspricht.

Die beispiellose Trendwende im Außenbeitrag ist – wie bereits angedeutet – vor allem das Ergebnis der verstärkten *Einfuhren*, die zum größten Teil aus dem „Warenhunger“ der ostdeutschen Bevölkerung resultierten. Im Jahre 1991 übertrafen die westdeutschen Waren- und Dienstleistungsimporte aus dem Ausland (die zum allergrößten Teil auch die Einfuhren westlicher Güter für Ostdeutschland enthalten) das Niveau des Jahres 1989 dem Wert nach um 23 ½ % und dem Volumen nach um 22 ½ %. Die Befriedigung der seit Mitte 1990 sprunghaft gestiegenen Nachfrage in den neuen Bundesländern wurde dadurch erleichtert, daß sich in Anbetracht der Konjunkturschwäche in wichtigen Partnerstaaten ausländische Anbieter darum bemühten, freige-wordene Produktionsreserven für Exporte nach Deutschland zu nutzen, während viele westdeutsche Unternehmen 1990/91 bei weitgehend ausgelasteten Kapazitäten an die Grenzen ihrer Liefer-

1 Jahreswirtschaftsbericht 1991-1992, in: Europäische Wirtschaft, Nr. 50, Dezember 1991, S. 9 f.

2 Vgl. H. Harasty, J. Le Dem, Réunification allemande et croissance européenne: un espoir déçu? in: Observations et diagnostics économiques, hrsg. v. Observatoire Français des Conjonctures Économiques (OFCE), Nr. 39, Januar 1992, S. 195 ff., sowie: Deutsches Institut für Wirtschafts-

forschung, Vereinigung wirkt positiv auf Weltwirtschaft, in: DIW-Wochenbericht Nr. 32, vom 8. August 1991, S. 447 ff.

fähigkeit stießen. Hinzu kam, daß sich der erste Nachholbedarf in den neuen Ländern vorzugsweise auf preiswerte Ge- und Verbrauchsgüter konzentrierte, was ausländischen Anbietern mit ihrer hier traditionell starken Position auf dem deutschen Markt besonders zugute kam.

Auch auf der *Exportseite* hat der deutsche Einigungsprozeß seine Spuren hinterlassen. Im Gegensatz zur sprunghaften Expansion der Importe sind die westdeutschen Ausfuhren von Waren und Diensten ins Ausland (also ohne die Lieferungen nach Ostdeutschland) in nominaler Rechnung von 1989 bis 1991 nur um 3 1/2 % und damit real praktisch überhaupt nicht gewachsen. Zum überwiegenden Teil ist dies zweifellos der Konjunkturschwäche im internationalen Umfeld zuzuschreiben, die in vielen westlichen Industrieländern zu einem erheblichen Rückgang der Investitionstätigkeit geführt hat und damit den Schwerpunkt der westdeutschen Angebotspalette im Auslandsgeschäft besonders stark traf. Jedoch spielt für die Exportflaute wohl auch eine Rolle, daß angesichts der hohen Beanspruchung ihrer Kapazitäten westdeutsche Unternehmen seit der Jahresmitte 1990 ihre Produkte verstärkt im Osten Deutschlands abgesetzt und – zumindest vorübergehend – Marktanteilsverluste auf den Auslandsmärkten in Kauf genommen haben. Abgesehen vom Einfluß der ungünstigen Konjunkturlage im internationalen Umfeld spricht auch dies dagegen, die Schwäche im Exportgeschäft per se als Indiz für eine nachlassende Wettbewerbsfähigkeit der westdeutschen Wirtschaft zu werten.

### **Der Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland seit 1989 nach Ländergruppen und Ländern**

Durch den deutschen Einigungsprozeß ausgelöste positive Wachstumsimpulse gingen auf die Partnerstaaten in erster Linie von der starken Veränderung im grenzüberschreitenden Warenverkehr und nur zu einem relativ geringen Teil von Änderungen im Dienstleistungsverkehr aus. Der Überschuß in der *gesamtdutschen Handelsbilanz* hat sich 1991 auf 22 Mrd DM vermindert und lag damit um 112 1/2 Mrd DM unter dem Höchststand, den der westdeutsche Aktivsaldo 1989 erreicht hatte.<sup>3)</sup> Zum weit überwiegenden Teil beruht dieser Rückgang auf der sprunghaften Steigerung der Warenimporte, die innerhalb dieser zwei Jahre um 27% zunahm. Nach Ländergruppen betrachtet, kam den *Industriestaaten* der einigungsbedingte Nachfragesog besonders zugute; sie konnten ihre Warenlieferungen nach

Deutschland um gut 25% ausweiten. Eine Ausnahme machten dabei – auf den ersten Blick – die *USA*, deren Warenabsatz in der Bundesrepublik von 1989 bis 1991 lediglich um 10 1/2 % gestiegen ist. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß der Außenwert der D-Mark gegenüber dem US-Dollar im Durchschnitt der Jahre 1990/91 um 15% höher war als 1989. Dem Volumen nach sind die Importe aus den USA also sehr viel stärker gewachsen, als der nominale Zuwachs suggeriert.

Kräftig gestiegen sind auch die Importe aus den *OPEC-Staaten*; dies beruhte im wesentlichen auf höheren Bezügen aufgrund zunehmenden Bedarfs sowie rückläufiger Lieferungen der ehemaligen Sowjetunion. Bemerkenswert ist die jüngste Entwicklung der bilateralen Handelsbeziehungen mit *China und den ostasiatischen Schwellenländern*. Angesichts ihres schwerpunktmäßig auf preiswerte Verbrauchsgüter ausgerichteten Warensortiments konnten diese Länder seit 1989 beachtliche Absatz-erfolge auf dem erweiterten deutschen Markt erzielen; ihre Warenausfuhren nach Deutschland expandierten in den Jahren 1990 und 1991 um insgesamt die Hälfte. Dagegen haben die Einfuhren aus den übrigen Entwicklungsländern nur vergleichsweise wenig zugenommen.

Aufgrund der engen Verflechtung in Europa, die mit den günstigen Rahmenbedingungen für den Außenhandel zwischen den Staaten, aber auch mit der räumlichen Nähe zusammenhängt, kam der Importsog aus Deutschland den *Nachbarländern in der Europäischen Gemeinschaft* am meisten zugute. Insgesamt konnten sie ihre Lieferungen in die größer gewordene Bundesrepublik um 29 1/2 % ausweiten. In der Gemeinschaft profitierten von dem großen Nachholbedarf der privaten Haushalte in den neuen Bundesländern vor allem die Staaten mit einer vergleichsweise starken Position in der Konsumgüterproduktion sowie in der Automobilherstellung. Die höchsten Zuwächse im Exportgeschäft mit Deutschland erzielte die *spanische Wirtschaft* zwischen 1989 und 1991 mit 61 %, was nicht zuletzt wohl den intensiven Kapital- und Lieferverflechtungen mit der deutschen Industrie zuzuschreiben ist. Überdurchschnittlich sind auch die deutschen Einfuhren aus *Portugal (+ 41 %)*, *Italien (+ 32 %)* und *Belgien (einschließlich Luxemburg) (+ 31 %)* gestiegen. Die *französischen Exporteure*, die seit Mitte der achtziger Jahre den ersten Rang unter den Lieferanten der Bundesrepublik einnehmen, konnten 1991 fast ein Drittel mehr Güter hierzulande absetzen als 1989.

<sup>3</sup> In der Außenhandelsstatistik der Bundesrepublik wurden vor dem 1. Juli 1990 nur die westdeutschen Warenlieferungen und -bezüge erfaßt. Eine Umrechnung der entsprechenden Angaben für die ehemalige DDR in D-Mark, die zur Ermittlung gesamtdieser Zahlen notwendig wäre, ist jedoch kaum sinnvoll möglich. In diesem Zusammenhang kann darauf verzichtet werden, weil zum einen die Handelsbilanz der DDR im Jahre 1989 ausgeglichen war und zum anderen der Güteraustausch mit den

westeuropäischen Staaten, die im Mittelpunkt dieser Analyse stehen, nicht ins Gewicht fiel.



Mit diesem Expansionstempo hielten die Lieferungen aus *Großbritannien* (+ 23%) nicht Schritt; das insgesamt gleichwohl günstige Ergebnis beruht zu einem wesentlichen Teil auf den stark gestiegenen Pkw-Exporten aus der Produktion japanischer Tochtergesellschaften. Hinter dem EG-Mittel blieb auch das Wachstum der *niederländischen* und der *griechischen Ausfuhren* (20½% bzw. 13%) auf den durch die staatliche Vereinigung erweiterten deutschen Markt zurück.

Die *Exporte der Bundesrepublik* in die meisten Industrieländer und damit auch in die europäischen Nachbarstaaten neigten hingegen aus den bereits eingangs beschriebenen Gründen zur Schwäche. Eine Ausnahme bildeten in Europa lediglich *Portugal* und *Spanien*, die 1991 dem Werte nach um 35½% bzw. 22% mehr Waren aus Deutschland bezogen als 1989. Von diesen beiden Ländern abgesehen, schlug deshalb der starke Importsog im großen und ganzen voll auf die bilateralen Handelsbilanzen durch; teilweise wurde der Umschwung durch rückläufige Exporte sogar noch verstärkt. Dies galt insbesondere für die USA; im bilateralen Handel wurde 1991 erstmals seit 1982 ein Importüberschuß verbucht. Das chronische Defizit gegenüber *Japan* erhöhte sich von 17 Mrd DM im Jahre 1989 auf 23 Mrd DM im vergangenen Jahr.

Der von den Partnern lange Jahre als störend empfundene *deutsche Exportüberschuß gegenüber den EG-Ländern* ist seit Beginn des Vereinigungsprozesses außerordentlich stark gesunken; betrug er (für Westdeutschland) 1989 noch 94 Mrd DM, so waren es 1991 (für Gesamtdeutschland) mit 25 Mrd DM nahezu drei Viertel weniger. Dem absoluten Betrage nach hat sich der deutsche Handelsbilanzsaldo am stärksten gegenüber den *großen EG-Ländern* verändert, relativ gesehen jedoch gegenüber einigen kleineren Partnerstaaten wie *Belgien* sowie den *Niederlanden* und *Dänemark*, die 1991 anders als noch zwei Jahre zuvor im Warenverkehr mit Deutschland einen Überschuß erzielten. Im Gegensatz dazu ist der Negativsaldo der südeuropäischen Mitgliedsländer *Spanien* und *Griechenland* im bilateralen Handel mit Deutschland nur wenig zurückgegangen, der *Portugals* hat sich sogar vergrößert.<sup>4)</sup>

Ein markantes Beispiel dafür, wie sich der Nachfragesog aus den neuen Bundesländern in einer starken Ausweitung der deutschen Importe niedergeschlagen hat und damit den Partnerländern Exportmöglichkeiten eröffnete, sind die *ausländischen*

*Lieferungen von Pkw* in die Bundesrepublik. Angesichts der in der ehemaligen DDR außerordentlich niedrigen Produktion und entsprechend langer Lieferzeiten sowie geringer Qualität der Fahrzeuge trotz vergleichsweise hoher Preise standen westliche Pkw seit dem Beginn des Einigungsprozesses mit an der Spitze des aufgestauten Nachholbedarfs der ostdeutschen Bevölkerung. Zu einem – mit der Zeit wohl abnehmenden – Teil wurde dieser Bedarf dadurch befriedigt, daß die neuen Bundesbürger vor allem aus Westdeutschland gebrauchte Fahrzeuge kauften; häufig zog dies – mit entsprechenden Folgen für die Importentwicklung – den Erwerb eines neuen Pkw durch den Veräußerer nach sich. Bei Neuanschaffungen richtet sich die Nachfrage der ostdeutschen Käufer aufgrund der im Schnitt niedrigeren Einkommen und Vermögen vorzugsweise auf Autos im unteren und mittleren Preissegment, in dem ausländische Marken traditionell besonders stark vertreten sind. Infolgedessen ist der Anteil importierter Pkw (einschließlich im Ausland hergestellter Fahrzeuge inländischer Marken) an den gesamten Neuzulassungen in Ostdeutschland außerordentlich hoch, 1991 betrug er 56% verglichen mit 35% in Westdeutschland.

Nach den vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Zahlen über den Außenhandel mit fabrikneuen Pkw sind im letzten Jahr 314 000 Autos aus Spanien importiert worden (darin sind auch die Fahrzeuge deutscher Marken enthalten, die dort produziert werden); gegenüber 1989 bedeutet dies eine Steigerung auf das Dreifache. Französische Hersteller exportierten 1991 400 000 Pkw in die Bundesrepublik; das waren doppelt so viele wie zwei Jahre zuvor. Der traditionelle deutsche Exportüberschuß mit Frankreich im Handel mit Autos hat sich in den letzten beiden Jahren sowohl nach der Stückzahl als auch nach den Umsätzen in ein Defizit (–190 000 bzw. –1,2 Mrd DM) verwandelt. Dank der stark ausgebauten japanischen Produktionsstätten in Großbritannien sind die Pkw-Bezüge von dort zwischen 1989 und 1991 auf das Dreieinhalbfache (über 80 000 Stück) gestiegen. Da gleichzeitig die Zahl der deutschen Pkw-Verkäufe an britische Kunden um mehr als die Hälfte sank, schrumpfte der bilaterale deutsche Exportüberschuß von 380 000 im Jahre 1989 auf 94 000 Stück im vorigen Jahr. Aus italienischer Produktion stammten 1991 mit 210 000 Fahrzeugen 50% mehr als zwei Jahre davor. In diesem Zeitraum konnte die deutsche Automobilindustrie ihren Absatz in Italien – bei einer insgesamt schwachen Marktentwicklung – noch leicht auswei-

<sup>4</sup> Insgesamt betrachtet, hat in den EG-Partnerländern der Bundesrepublik der Abbau des deutschen Aktivsaldo in den innereuropäischen Warenströmen allerdings nicht zu einer entsprechenden Verbesserung der Außenhandelsposition geführt, weil die Importe insbesondere aus den USA und Japan in den vergangenen zwei Jahren kräftig gestiegen sind. Ohne Deutschland gerechnet, hat sich das Außenhandelsdefizit der EG-Länder gegenüber den USA von 1989 bis 1991 wegen des Konjunk-

turgefälles zugunsten der kontinentaleuropäischen EG-Länder und der Dollarabwertung mehr als verdoppelt (von 12 Mrd US-\$ auf 27 Mrd US-\$), und gegenüber Japan ist es von 20 Mrd US-\$ auf 26 Mrd US-\$ gestiegen.

28 ten. Deshalb ging der nach wie vor positive deutsche Saldo lediglich um ein Fünftel auf 180 000 Fahrzeuge zurück, dem Werte nach erhöhte er sich sogar um 7% auf gut 6 Mrd DM.

Alle EG-Partnerländer zusammengenommen lieferten 1991 mit 1,55 Millionen fast doppelt so viele Autos nach Deutschland wie noch 1989. Umgekehrt sank der deutsche Export dorthin aufgrund der Konjunkturschwäche in den meisten Nachbarländern, aber wohl auch wegen der im Inland bestehenden Kapazitätsengpässe um 350 000 Stück auf 1,6 Millionen. Der früher sehr beachtliche deutsche Aktivsaldo ist infolgedessen von 1,15 Millionen Fahrzeugen auf zuletzt 55 000 zusammengeschumpft. Wegen der in der Regel größeren und teureren Fahrzeuge aus deutscher Produktion belief sich der wertmäßige Überschuß gleichwohl noch auf 8 Mrd DM (nach 24 Mrd DM im Jahre 1989).

### Der Beitrag des deutschen Importsogs zum Wachstum in den europäischen Nachbarländern

Die Steigerung der Exporte einzelner Länder nach Deutschland bzw. die Veränderung der bilateralen Handelsbilanzsalden, wie sie im vorangehenden Abschnitt betrachtet wurden, spiegeln den konjunkturellen Impuls wider, den der deutsche Importsog in einem Partnerstaat ausgelöst hat. Veränderungen in den bilateralen Handelsbilanzsalden haben sicherlich vielfältige Ursachen. Doch haben in der hier betrachteten Zeit im Verhältnis zwischen Deutschland und seinen Partnerstaaten wohl eindeutig die Einflüsse des Prozesses der deutschen Vereinigung dominiert, so daß eine entsprechende Zurechnung vertretbar erscheint. Um den von den Saldenveränderungen ausgehenden Wachstumsbeitrag zu ermitteln, ist jedoch das Gewicht zu berücksichtigen, das diesem Impuls in Relation zum jeweiligen Bruttosozialprodukt oder Bruttoinlandsprodukt zukommt. So hat die starke Zunahme der Importe aus den USA sowie aus Japan angesichts des vergleichsweise geringen Anteils dieser Lieferungen am Bruttoinlandsprodukt in den beiden Ländern das gesamtwirtschaftliche Wachstum dort weit aus weniger gefördert als in den europäischen Partnerstaaten, auf die sich die folgende Untersuchung konzentriert.

Bei der Berechnung der realen Wachstumsbeiträge stellt sich das statistische Problem, daß zwar für alle Länder die Bezugsgröße – das reale Bruttosozial- oder -inlandsprodukt – verfügbar ist, jedoch Infor-

<b>Beitrag des deutschen Importsogs zum Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts in den europäischen Ländern</b>				
<b>In Preisen von 1989, Mrd Währungseinheiten</b>				
Position	Veränderungen des bilateralen Handelsbilanzsaldos mit dem Währungsgebiet der D-Mark		Wachstumsbeitrag der Saldoveränderung	Anteil der Saldoveränderung am gesamten Wachstum
	in Landeswährung		in Prozentpunkten	in %
<b>EG-Länder</b>				
Belgien 1)	1990	+ 75,1	+ 1,2	31
(bfrs)	1991	+ 132,6	+ 2,0	137
Dänemark	1990	+ 7,8	+ 1,0	59
(dkr)	1991	+ 8,3	+ 1,1	96
Frankreich	1990	+ 21,6	+ 0,4	16
(FF)	1991	+ 40,8	+ 0,7	54
Griechenland	1990	— 7,9	— 0,1	×
(Dr)	1991	— 4,4	— 0,1	×
Großbrit.	1990	+ 1,9	+ 0,4	38
(£)	1991	+ 3,5	+ 0,7	×
Irland	1990	+ 0,3	+ 1,3	18
(Ir £)	1991	+ 0,2	+ 0,9	59
Italien	1990	+ 4 226,9	+ 0,4	16
(Lit)	1991	+ 4 522,3	+ 0,4	27
Niederlande	1990	+ 5,3	+ 1,1	28
(hfl)	1991	+ 6,5	+ 1,3	63
Portugal	1990	+ 11,5	+ 0,2	4
(Esc)	1991	— 57,5	— 0,8	×
Spanien	1990	+ 85,1	+ 0,2	5
(Ptas)	1991	+ 27,6	+ 0,1	3
EG (insges.)	1990	+ 14,4	+ 0,4	33
(ECU)	1991	+ 21,0	+ 0,6	88
<b>andere europäische Länder</b>				
Österreich	1990	+ 13,9	+ 0,8	18
(S)	1991	+ 5,3	+ 0,3	10
Schweden	1990	+ 6,6	+ 0,5	135
(skr)	1991	+ 11,8	+ 1,0	×
Schweiz	1990	+ 1,3	+ 0,5	21
(sfr)	1991	+ 2,3	+ 0,8	×

1 Einschließlich Luxemburg. — × Ausweis nicht sinnvoll, da entweder die Veränderung des BIP oder die der bilateralen Handelsbilanz negativ ist.  
Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnung. BBk

mationen über die preisbereinigten bilateralen Warenströme nicht vorliegen. Um reale bilaterale Handelsbilanzsalden und ihre Veränderung zu erhalten, haben wir behelfsweise Angaben von EG-Stellen und der OECD zur Entwicklung der gesamten Warenausfuhrpreise in den jeweiligen Staaten herangezogen und damit die Exporte dieser Länder nach Deutschland deflationiert; entsprechend wurde mit den deutschen Ausfuhrverfahren. Vergleicht man die Struktur des gegenseitigen Warenverkehrs mit der der gesamten Ausfuhr und Einfuhr der einzelnen Länder, so gibt es keine Anhaltspunkte dafür, daß dieser statistische Notbehelf das Ergebnis unserer Rechnung erheblich verzerren würde.

In den *anderen EG-Mitgliedsländern* hat der vor allem durch den einigungsbedingten Importsog her-

vorgerufene Rückgang des bilateralen deutschen Handelsbilanzsaldos sowohl 1990 als auch 1991 jeweils rund einen halben Prozentpunkt zum realen gesamtwirtschaftlichen Wachstum beigetragen und damit wohl einer weiteren Konjunkturabkühlung entgegengewirkt. Dieser Impuls machte – rein rechnerisch – im vergangenen Jahr neun Zehntel und im Jahr davor ein Drittel des gesamten Wachstums in den EG-Partnerländern der Bundesrepublik Deutschland aus. Den stärksten Konjunkturanstoß löste der deutsche Einigungsprozeß in *Belgien* aus (1990 reichlich ein Prozentpunkt, 1991 zwei Prozentpunkte), gefolgt von einer Gruppe kleinerer EG-Mitglieder, nämlich den *Niederlanden*, *Irland* und *Dänemark*, in denen sich der Wachstumsbeitrag in beiden Jahren jeweils um einen Prozentpunkt bewegte. In den großen Staaten der Gemeinschaft – *Frankreich*, *Großbritannien*, *Italien* – belief sich der Konjunkturimpuls 1990 und 1991 auf rund einen halben Prozentpunkt. *Spanien* und *Portugal* erzielten – unserer Rechnung zufolge – in den letzten beiden Jahren keine Wachstumsgewinne aus dem Handel mit dem wiedervereinigten Deutschland; dort standen den kräftig gestiegenen Lieferungen entsprechend höhere Bezüge aus der Bundesrepublik gegenüber, deren erhebliche Zunahme vor allem mit der dynamischen Binnennachfrage in den iberischen Staaten zu erklären ist. Am unteren Ende der Skala rangiert schließlich *Griechenland*.

Auf die europäischen Staaten außerhalb der Gemeinschaft gingen ebenfalls in beträchtlichem Umfang Konjunkturimpulse von Deutschland aus. Ausgeprägte Exporterfolge im Geschäft mit der Bundesrepublik, denen freilich auch eine erhebliche Importsteigerung gegenüberstand, stimulierten in *Österreich* das ohnehin beachtlich hohe wirtschaftliche Wachstum im Ausmaß eines knappen Prozentpunktes (1990) bzw. eines knappen halben Punktes (1991). Ähnlich stark war die Anstoßwirkung in der *Schweiz* und in *Schweden*, also in zwei Ländern, in denen dies angesichts der dort herrschenden Rezession besonders willkommen war.

Auch nach der Jahreswende 1991/92 strahlten von Deutschland expansive Nachfrageimpulse auf die Volkswirtschaften der Partnerstaaten aus, wenn sich auch die Wachstumsbeiträge – wie geschildert – mangels entsprechender umfassender Informationen nicht wie für die vorangegangene Zeit im einzelnen quantifizieren lassen. Die realen Warenexporte der Bundesrepublik verharrten im ersten Jahresviertel 1992 (über das die Volumenangaben derzeit

nicht hinausreichen), saisonbereinigt betrachtet, praktisch auf dem Stand des zweiten Halbjahres 1991, die realen Einfuhren sind hingegen nochmals kräftig expandiert. Allerdings dürfte sich das Importwachstum im weiteren Jahresverlauf nicht mehr mit gleicher Stärke wie in den ersten Monaten fortsetzen. Zwar werden – nicht zuletzt aufgrund der weiter steigenden westdeutschen Transferzahlungen – die Einkommen der ostdeutschen Bevölkerung und damit die Nachfrage in den neuen Bundesländern erneut zunehmen, von dem inzwischen erreichten hohen Stand aus wird sich freilich das Tempo verlangsamen. Infolgedessen dürften die Wachstumsbeiträge, die 1992 vom deutschen Einigungsprozeß auf die Partnerstaaten ausgehen, wesentlich geringer ausfallen als in den beiden Vorjahren. Gleichwohl wirkt die Nachfrage aus Ostdeutschland insofern konjunkturstützend, als sie weiterhin zu einer vergleichsweise hohen Auslastung des Produktionsapparates in den europäischen Partnerländern beiträgt.

## 30 Die Einlagensicherung in der Bundesrepublik Deutschland

In der EG ist seit einiger Zeit eine Harmonisierung der Einlagensicherungssysteme in den Mitgliedstaaten im Gespräch, die mit der Vorlage eines entsprechenden Richtlinienvorschlags durch die EG-Kommission nunmehr konkretere Formen annimmt. Unabhängig davon hat auch die Insolvenz der Bank of Credit and Commerce International S.A. (BCCI) im Ausland zu einer Diskussion über die Angemessenheit der dort bestehenden Einlagensicherung geführt. Aus diesen Gründen soll die Einlagensicherung in Deutschland hier Gegenstand einer besonderen Betrachtung sein.

Als erste Bankengruppe errichteten die Kreditgenossenschaften in den dreißiger Jahren Hilfs- bzw. Garantiefonds für in Schwierigkeiten geratene Mitgliedsinstitute. Sie reagierten damit auf die Bankenzusammenbrüche im Gefolge der Wirtschaftskrise. Das private Bankgewerbe folgte mit größerem zeitlichen Abstand. Den ersten überregionalen Gemeinschaftsfonds des privaten Bankgewerbes („Feuerwehrfonds“) errichtete 1966 der Bundesverband des privaten Bankgewerbes. 1969 folgte der Deutsche Sparkassen- und Giroverband mit der Gründung von Sparkassenstützungsfonds. Während die Sicherungseinrichtungen des kreditgenossenschaftlichen Sektors und des Sparkassensektors von Anfang an auf eine Institutssicherung abzielten – und damit indirekt dem Einlegerschutz dienten –, schützte der Fonds des privaten Bankgewerbes Sparkonten sowie Lohn-, Gehalts- und Rentenkonten mit Guthaben bis zu 10 000 DM, später dann auch sonstige Sicht- und Termineinlagen natürlicher Personen bis zu 20 000 DM. Konten mit höheren Guthaben waren nicht in die Einlagensicherung einbezogen.

Die Insolvenzen des Jahres 1974 im Kreditgewerbe, insbesondere die zwangsweise Schließung des Bankhauses I.D. Herstatt KGaA, ließen Kritik an dieser Regelung im privaten Bankgewerbe laut werden. Angesichts möglicher gesetzgeberischer Maßnahmen entschlossen sich die privaten Banken, ihre Einlagensicherung zu einem umfassenderen Einlegerschutz fortzuentwickeln und alle Sicht-, Termin- und Spareinlagen von Nichtbanken zu garantieren, und zwar pro Einleger jeweils bis zu einer Höhe von 30% des haftenden Eigenkapitals der betroffenen Bank. Gleichzeitig wurden 1976 mit der Novellierung des Kreditwesengesetzes die bankaufsichtlichen Eingriffsbefugnisse erweitert (u. a. Möglichkeit der Anordnung eines Moratoriums gemäß § 46 a KWG, um es der Bankenaufsicht und der Kreditwirtschaft

zu ermöglichen, unter Einschaltung der Sicherungseinrichtungen des Kreditgewerbes wirtschaftliche Schwierigkeiten bei Kreditinstituten zu überwinden).

Indirekten Einlegerschutz leistet zudem die Liquiditäts-Konsortialbank GmbH. Sie wurde 1974 auf eine von der Bundesregierung unterstützte Initiative der Deutschen Bundesbank hin gegründet. Die Bank ist ein Spezialinstitut mit der gesamtwirtschaftlichen Zielsetzung, die bankwirtschaftliche Abwicklung des Zahlungsverkehrs im Inland und mit dem Ausland zu gewährleisten. Sie stellt Liquiditätshilfen in den Fällen zur Verfügung, in denen an sich gesunde Institute in vorübergehende Liquiditätsschwierigkeiten geraten. Auf diese Weise trägt sie dazu bei, Runs auf Banken zu vermeiden und deren Zusammenbruch zu verhindern. An der Liquiditäts-Konsortialbank sind neben der Deutschen Bundesbank, die 30% der Anteile hält, alle deutschen Bankengruppen beteiligt. Das Stammkapital beträgt 310 Mio DM, die Nachschußpflicht der Gesellschafter 930 Mio DM, so daß sich eine Gesamthaftung aus eigenen Mitteln von 1,24 Mrd DM ergibt. Darüber hinaus besteht eine Sonderrediskontlinie bei der Deutschen Bundesbank für Solawechsel von Kreditnehmern der Liquiditäts-Konsortialbank GmbH in Höhe von 750 Mio DM. Es ist beabsichtigt, das Stammkapital aus Gesellschaftsmitteln um 62 Mio DM auf 372 Mio DM und die Nachschußpflicht um 930 Mio DM auf 1 860 Mio DM zu erhöhen. Der Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank wird nach Durchführung dieser Kapitalmaßnahmen eine Erhöhung der Rediskontlinie prüfen.

### Gründe für eine Einlagensicherung

Die nach marktwirtschaftlichen Grundsätzen konzipierte Bankenaufsicht in Deutschland beläßt den Geschäftsleitern der Kreditinstitute die alleinige Verantwortung für ihre geschäftspolitischen Entscheidungen. Das Ausscheiden einzelner Institute aus dem Wettbewerb wird nicht ausgeschlossen, auch wenn die Insolvenzgefahr durch die Vorgabe qualitativer und quantitativer Rahmenbestimmungen vermindert wird. Die Bankenaufsicht kann in diesem Sinne keinen vollständigen Gläubigerschutz gewährleisten. Sie bedarf deshalb der Ergänzung durch eine funktionsfähige Einlagensicherung.

Die Bundesregierung hat in einem Bericht über die Untersuchung der Wettbewerbsverschiebungen im Kreditgewerbe und über eine Einlagensicherung

(„Wettbewerbs-Enquête“) vom 18. November 1968 die Notwendigkeit einer Einlagensicherung näher begründet. Ein besonderer *Schutz der Bankgläubiger* sei sozial und wirtschaftspolitisch geboten. *Bankaufsichtspolitische Gründe* sah die Bundesregierung darin, daß durch eine ergänzende Einlagensicherung die Störungsanfälligkeit der besonders vertrauensempfindlichen Kreditwirtschaft gemildert werden kann. Der Zusammenbruch eines Kreditinstituts könne eine Vertrauenskrise des gesamten Bankensystems und einen massiven Abzug von Bankeinlagen (Run) zur Folge haben. Die Gefahr einer solchen Kettenreaktion werde abgeschwächt, wenn die Einleger auf die Rückzahlung ihrer Gelder vertrauen könnten. In dem Bericht wird darauf hingewiesen, daß eine solche Vertrauenskrise auch große und gefestigte Kreditinstitute treffen könne und die Einführung einer allgemeinen Einlagensicherung deshalb im wohlverstandenen Interesse des gesamten Kreditgewerbes liege. Als weiterer Grund wurde der zunehmende *Wettbewerb in der Kreditwirtschaft* erwähnt, der auf die Auflösung der traditionellen Arbeitsteilung zwischen den verschiedenen Bankengruppen, die Zweigstellenexpansion (nach Wegfall der Bedürfnisprüfung), die Konditionenfreiheit (nach Wegfall der staatlichen Zinsbindung) und die Intensivierung der Werbung (nach Wegfall einer staatlichen Werberegulierung) zurückgeführt wurde. Die Gefahr von Insolvenzen sei dadurch für die Zukunft höher zu veranschlagen. Eine Einlagensicherung, die verhindere, daß Verluste auf die Vielzahl kleiner Einleger durchschlagen, schütze gegen die erneute Einführung von Maßnahmen, die den Wettbewerb einschränken, und diene der *Erhaltung der marktwirtschaftlichen Ordnung* in der Kreditwirtschaft. Die *Beseitigung struktureller Wettbewerbsnachteile* wurde als weiterer Gesichtspunkt für die Einführung einer Einlagensicherung genannt. Der strukturelle „Sicherheitsvorsprung“ öffentlich-rechtlicher Kreditinstitute, resultierend aus der Anstaltslast – im Sinne einer Verpflichtung der Träger, den Bestand der Institute zu sichern – und der Gewährträgerhaftung der Errichtungskörperschaften, könne so jedenfalls in Höhe des gesicherten Betrages beseitigt werden.

### Ausgestaltung der Einlagensicherung

Gegen eine gesetzlich vorgeschriebene Einlagensicherung, der alle Kreditinstitute angehören müssen, hat das Bundesministerium der Justiz im Jahre 1975 verfassungs- und rechtspolitische Bedenken vorgebracht. Unter anderem könne sie als Präzedenzfall

32 für andere Wirtschaftsbereiche leicht zu einer Aus-  
höhlung des zivilrechtlichen Haftungssystems führen.

Seinerzeit hat sich die Überzeugung durchgesetzt, daß freiwillige Sicherungseinrichtungen der verschiedenen Bankengruppen der Wettbewerbssituation im Kreditgewerbe am ehesten gerecht werden. Sie lassen sehr unterschiedliche Maßnahmen zur Krisenregulierung zu. Dies wäre einer gesetzlichen Sicherungseinrichtung durch das Gebot der Gleichbehandlung aller Gläubiger wohl verwehrt. Um im Wettbewerb bestehen zu können, werden Kreditinstitute mit Einlagengeschäft letztlich auch ohne gesetzliche Verpflichtung vom Markt genötigt, in ein Sicherungssystem einzutreten und sich den disziplinierenden Anforderungen und der Überwachung durch die jeweilige Sicherungseinrichtung und deren Prüfungsverband zu unterwerfen. Diesem Zwang könnten sich allenfalls die mit einer Gewährträgerhaftung ausgestatteten öffentlich-rechtlichen Institute und solche, die aufgrund ihres einwandfreien Standings und/oder ihrer Größe vom Markt als sicher oder als „too big to fail“ eingeschätzt werden, entziehen.

Es hat sich gezeigt, daß Einlagensicherungssysteme als Selbsthilfeeinrichtungen der angeschlossenen Kreditinstitute in der Tat voll funktionsfähig sind. Seit der Modifizierung der Einlagensicherungsfonds in den Jahren 1975/1976 hat eine Reihe von Banken die Schalter schließen müssen, ohne daß dies größere Beunruhigung in der Öffentlichkeit ausgelöst hätte, zum einen sicherlich, weil die Institute nur lokale Bedeutung hatten, zum anderen aber auch, weil Gläubigerverluste weitestgehend vermieden wurden.

Trotz ihrer konzeptionellen Unterschiede – Institutsicherung bei Sparkassen und Kreditgenossenschaften bzw. Einlagensicherung im engeren Sinne (Einlegersicherung) bei privaten Kreditbanken – weisen die verbandseigenen Sicherungseinrichtungen eine Reihe gemeinsamer Merkmale auf:

- Bei allen Sicherungseinrichtungen bestehen aus Beiträgen der angeschlossenen Institute gebildete Fonds, die im Sicherungsfalle Zahlungen leisten.
- Die Einlagensicherung erstreckt sich jeweils auf die angeschlossenen Kreditinstitute in ihrer Gesamtheit, also auch auf ihre Zweigstellen im Ausland.

- Geschützt sind Einlagen ohne Rücksicht darauf, in welcher Währung sie unterhalten werden.
- Der Schutz besteht gleichermaßen für inländische und ausländische Einleger.
- Bei der Abwicklung von Schadensfällen sind die Fondsverwaltungen statutengemäß nicht an ein bestimmtes Verfahren gebunden; vielmehr sind grundsätzlich alle zur Hilfeleistung geeigneten Maßnahmen zulässig.
- Weder die geschützten Gläubiger noch die betroffenen Kreditinstitute haben einen Rechtsanspruch auf ein Eingreifen oder auf Leistungen der Sicherungseinrichtungen.
- Die Sicherungseinrichtungen greifen nicht ein im Falle einer allgemeinen Krise der Kreditwirtschaft.

In Deutschland gehören bis auf wenige Außenseiter alle Kreditinstitute einer Einlagensicherung an. Um möglichst zu vermeiden, daß Kreditinstitute entstehen, die keiner Sicherungseinrichtung angehören, hat das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen gemäß § 32 Abs. 3 KWG vor Erteilung der Erlaubnis zum Betreiben des Einlagengeschäfts den für das Kreditinstitut in Betracht kommenden Verband zu hören. Damit soll dem Verband vor der Erlaubniserteilung die Möglichkeit gegeben werden, auf Tatsachen hinzuweisen, die es nach dem Statut seiner Sicherungseinrichtung rechtfertigen würden, den Antrag auf Aufnahme in diese Sicherungseinrichtung abzulehnen. Das Bundesaufsichtsamt bleibt jedoch in seiner Entscheidung auf Zulassung des Kreditinstituts frei. Andererseits ist die Mitgliedschaft in einer Sicherungseinrichtung aber auch nicht Voraussetzung für die Erlaubniserteilung.

Kreditinstitute dürfen über ihre Zugehörigkeit zu einem Einlagensicherungsfonds sachlich informieren, aber nicht damit werben. Das Fondsstatut des Bundesverbandes deutscher Banken enthält eine solche Regelung. Zur verbesserten Information der Einleger ist in § 23 a des Entwurfs der 4. KWG-Novelle vorgesehen, daß ein Kreditinstitut, das nicht Mitglied einer Sicherungseinrichtung ist, auf diese Tatsache in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen, im Preisaushang und in einer gesondert zur Kenntnis zu nehmenden Erklärung im Kontoeröffnungsantrag hinzuweisen hat. Scheidet ein Kreditinstitut aus einer Sicherungseinrichtung aus, hat es

seine Nichtbank-Kunden hierüber unverzüglich schriftlich zu unterrichten.

### Einlagensicherung aus der Sicht der Notenbank

Für die Deutsche Bundesbank ist ein stabiles Bankensystem von besonderer Bedeutung, da die Geschäftstätigkeit der Banken den Ansatzpunkt für die geldpolitische Kontrolle des gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsreislaufs bildet. Eine funktionsfähige Einlagensicherung mit einer ausreichend hohen Sicherungsgrenze leistet hierzu einen Beitrag. Die bei den Sparkassen und Kreditgenossenschaften bestehende Institutssicherung (indirekte Einlagensicherung) und die bei den Kreditbanken im Statut festgelegte Grenze von 30% des jeweiligen haftenden Eigenkapitals eines Instituts je Einleger erfüllen diesen Anspruch. Freilich müssen die Sicherungseinrichtungen über angemessene Mittel bzw. Refinanzierungsmöglichkeiten verfügen, um bei möglichen Krisenfällen unverzüglich reagieren zu können. Derzeit kann davon ausgegangen werden, daß die zur Krisenbewältigung verfügbaren finanziellen und administrativen Mittel ausreichen, etwa auftretende Problemfälle zu bewältigen, ohne daß Verluste für die geschützten Einleger entstehen.

Die Bundesbank selbst ist in die Einlagensicherung nicht eingeschaltet; insbesondere bedürfen die Hilfsmaßnahmen der Sicherungseinrichtungen nicht ihrer Billigung. Auch hat die Bundesbank nicht die Funktion eines „lender of last resort“ für die Sicherungseinrichtungen. In einem marktwirtschaftlich organisierten System kann es nicht Aufgabe einer Zentralbank sein, insolvent gewordene Kreditinstitute zu stützen. Der Bundesbank ist dies bereits durch das Bundesbankgesetz verwehrt. Sie stellt Zentralbankgeld nur gegen Ankauf oder Beleihung werthaltiger Aktiva zur Verfügung. Jedoch kann sie bonitätsmäßig einwandfreie Institute, die sich in einer Liquiditätskrise befinden, über die Liquiditäts-Konsortialbank refinanzieren; die Bonität eines Instituts kann auch durch die Mithilfe anderer Kreditinstitute oder durch den Einlagensicherungsfonds hergestellt bzw. verbürgt werden, wie es etwa 1983 im Fall des Bankhauses Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co. geschah. Ein Konflikt zwischen der Aufgabe der Geldpolitik als Stabilisierungspolitik und der Aufgabe der Sicherung des Bankensystems sollte von vornherein vermieden werden. Wenn ein Bankenzusammenbruch einen Fonds überfordert oder gar das Bankensystem als solches in seinem Bestand gefährdet, ist es Sache der Regierung bzw. des Gesetzgebers zu

entscheiden, wie mit dem wirtschafts- und finanzpolitischen Instrumentarium einem „too big to fail“-Problem begegnet wird. Ihr Handeln sollte nicht vorher kalkulierbar sein.

### Die Einlagensicherung im privaten Bankgewerbe

Das Statut des Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes deutscher Banken e.V. enthält unter anderem die folgenden Regelungen:

- Mitwirken können alle privaten Kreditinstitute, denen das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen eine Vollkonzession erteilt hat und die Mitglieder im Prüfungsverband deutscher Banken e.V. sind. Sie müssen ein ausgeglichenes Ergebnis im laufenden Geschäft und die notwendige Liquidität gewährleisten sowie die Anforderungen des Kreditwesengesetzes erfüllen.
- Zur Finanzierung des Fonds wird bei den angeschlossenen Banken eine Jahresumlage in Höhe von 0,3‰ der Bilanzposition „Verbindlichkeiten aus dem Bankgeschäft gegenüber anderen Gläubigern“ erhoben (modifizierte Bemessungsgrundlagen gelten bei Hypothekenbanken, Schiffsbanken, Kreditinstituten mit Sonderaufgaben und in besonders gelagerten Einzelfällen). Neu aufgenommene Banken können neben der Umlage für das laufende Jahr zu einer einmaligen Zahlung bis zur Höhe des Dreifachen der Jahresumlage herangezogen werden. Die Anforderung der Jahresumlage kann ausgesetzt werden, wenn das Vermögen des Einlagensicherungsfonds eine angemessene Höhe erreicht hat. Der Vorstand des Bundesverbandes kann die Jahresumlage verdoppeln oder eine Sonderumlage bis zur Höhe einer Jahresumlage je Geschäftsjahr erheben, sofern dies zur Durchführung der Aufgaben des Einlagensicherungsfonds erforderlich ist. Von dieser Möglichkeit wurde in der Vergangenheit bereits Gebrauch gemacht.
- Gesichert werden bei den Banken grundsätzlich alle Verbindlichkeiten gegenüber Nichtkreditinstituten, die in der Bilanzposition „Verbindlichkeiten aus dem Bankgeschäft gegenüber anderen Gläubigern“ auszuweisen sind, sowie entsprechende Verbindlichkeiten gegenüber Kapitalanlagegesellschaften und deren Depotbanken, soweit es sich um Teile eines Fondsvermögens handelt. In der angesprochenen Bilanzposition sind im wesentlichen Sichteinlagen, Termineinlagen, Spar-

einlagen einschließlich der auf den Namen lautenden Sparbriefe enthalten. Die Sicherungsgrenze beträgt für jeden einzelnen Einleger – wie bereits erwähnt – 30% des haftenden Eigenkapitals der Bank. Höhere Verbindlichkeiten sind bis zu dieser Grenze in die Deckung einbezogen. Bei der Berechnung der geschützten Verbindlichkeiten werden alle Verbindlichkeiten gegenüber einem Gläubiger zusammengerechnet und etwaige Gegenforderungen der Bank abgezogen. Nicht gesichert sind Verbindlichkeiten, über die eine Bank Inhaberpapiere ausgestellt hat. Hierin liegt neben dem Ausschluß der Interbankverbindlichkeiten eine Einschränkung der Einlagensicherung gegenüber den Institutsgruppen, deren Sicherung sich auf die Abwendung von Zahlungsschwierigkeiten der ihnen angeschlossenen Kreditinstitute richtet (Institutssicherung). Im Zusammenhang mit der anhaltenden Verbriefung von Verbindlichkeiten nimmt allerdings der Bestand an Inhaberpapieren in der Hand des Adressatenkreises zu, der durch eine Einlagensicherung geschützt werden soll. In gewissem Sinne kann man deshalb hier von einer Lücke im Einlagensicherungssystem sprechen.

### **Die Sicherungseinrichtungen der Sparkassenorganisation**

Das Sicherungssystem der Sparkassenorganisation besteht im wesentlichen aus

- den Sparkassenstützungsfonds der regionalen Sparkassenverbände,
- einem überregionalen Ausgleich dieser Sparkassenstützungsfonds,
- der Sicherungsreserve der Landesbanken/Girozentralen,
- dem Haftungsverbund zwischen den Sparkassenstützungsfonds und der Sicherungsreserve

und bezweckt eine Institutssicherung. Das Gesamtvolumen des Stützungsfonds eines regionalen Sparkassenverbandes soll 3‰ der Forderungen der Mitgliedssparkassen an Kunden betragen. Die Sicherungsreserve der Landesbanken/Girozentralen soll 1% der Einlagen von Nichtbankenkunden bei Girozentralen ohne Bauspareinlagen erreichen. Nach den Satzungen sowohl der Sparkassenstützungsfonds als auch der Sicherungsreserve werden von

den Mitgliedern so lange jährliche Umlagen in Höhe von 0,3‰ bzw. 1‰ der jeweiligen Bemessungsgrundlage für das Fondsvolumen erhoben, bis die Fonds 50% des satzungsmäßigen Gesamtvolumens erreicht haben. Dies ist weitestgehend der Fall. Für die verbleibenden 50% besteht eine Nachschußpflicht der Mitgliedsinstitute. Sofern das Barvermögen des Fonds durch Erhöhung der Bemessungsgrundlage oder durch Stützungsmaßnahmen unter die Sollgröße sinkt, besteht eine Auffüllungspflicht von jährlich höchstens 0,3‰ bzw. 1‰ der Bemessungsgrundlage. Daneben gibt es eine begrenzte Nachschußpflicht. Der Deutsche Sparkassen- und Giroverband hat ein besonderes Verfügungsrecht über höchstens 15% p.a. des Gesamtvolumens der Sparkassenstützungsfonds. Mit einer Mehrheit von neun Zehnteln der Mitgliederversammlung sind auch Beschlüsse über Hilfsmaßnahmen außerhalb der Sparkassenorganisation möglich.

Das Eintreten der Sparkassenstützungsfonds bzw. der Sicherungsreserve steht in einem gewissen Spannungsverhältnis zu den Verpflichtungen der hinter den Instituten stehenden Gebietskörperschaften. Diese haben im Rahmen der Anstaltslast den Bestand der Institute zu sichern und im Rahmen der Gewährträgerhaftung die Rückzahlung der Verbindlichkeiten zu gewährleisten. In der Regel soll in einem engen Zusammenspiel zwischen betroffener Sparkasse, ihrem Gewährträger und dem regionalen Stützungsfonds zunächst der Gewährträger zu Hilfsmaßnahmen herangezogen werden. Wenn dessen Hilfsmaßnahmen nicht ausreichen oder nicht rechtzeitig erfolgen können, wird der regionale Sparkassenstützungsfonds eintreten.

### **Die Sicherungseinrichtung der Kreditgenossenschaften**

Die genossenschaftliche Sicherungseinrichtung besteht aus einem Garantiefonds, der Hilfen in erster Linie in Form von Zuschüssen gegen Besse rungsschein und als Darlehen leistet, sowie aus einem Garantieverbund aller am Garantiefonds beteiligten Banken, der als zusätzliche Sicherheit Bürgschaften und Garantien gewährt. Der jährliche Normalbeitragssatz der Kreditgenossenschaften an den Garantiefonds beträgt 0,5‰ des Kundenkreditvolumens, er kann erforderlichenfalls bis auf das Vierfache erhöht werden. Davon mußte in der Vergangenheit bereits Gebrauch gemacht werden, um den aufgetretenen Problemfällen im Genossenschaftssektor begegnen zu können. Eine gericht-

liche Überprüfung von Bestimmungen der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Volksbanken und Raiffeisenbanken, die ein Mitgliedsinstitut angesichts der hohen Beitragslast angestrengt hat, hat in erster Instanz zu einer Bestätigung des Prinzips der Institutssicherung geführt. Das Gericht hat aber eine Beitragsregelung, die allein am Kundenkreditvolumen anknüpft und andere risikorelevante Elemente wie zum Beispiel die Eigenkapitalausstattung außer acht läßt, ebenso verworfen wie eine Differenzierung von Sonderbeiträgen nach der Zugehörigkeit von Mitgliedsbanken zu regionalen Prüfungsverbänden und der jeweiligen dort eingetretenen Schadenshäufigkeit.

Die bestehende Sicherungseinrichtung hat Insolvenzfälle im Genossenschaftssektor bisher stets verhindern können. Zu Verlusten der Einleger oder einer Inanspruchnahme der Geschäftsguthaben und Haftsummen von Mitgliedern einer Kreditgenossenschaft ist es daher noch nicht gekommen. Allerdings verloren Kreditinstitute ihre Selbständigkeit im Zuge einer Sanierungsfusion.

### **Einlagensicherung im Ausland**

In Deutschland sind die Einleger der Kreditgenossenschaften, Sparkassen und Kreditbanken im Regelfall praktisch vollständig geschützt. Im Ausland liegen die Sicherungsgrenzen dagegen deutlich niedriger. Einzelheiten können der Übersicht über den Umfang der Einlagensicherung in ausgewählten Ländern auf S. 36 entnommen werden.

In Großbritannien hat der BCCI-Fall zu einiger Unruhe unter den Einlegern geführt. Die dortige Einlagensicherung schützt nur Einlagen in nationaler Währung, und zwar höchstens 75% von bis zu 20 000 £ einer Einlage. Da ein Abwickler die Ansprüche des Einlegers zu bestätigen hat, verzögert sich häufig die Rückzahlung an die Gläubiger. Es wurde deutlich, daß ein Sicherungsfonds seinen Rückzahlungsverpflichtungen zeitnah nachkommen sollte.

In den Vereinigten Staaten wird vor dem Hintergrund der Savings and Loans-Krise seit einiger Zeit eine Neuordnung der Einlagensicherung diskutiert, wobei es bisher noch bei eher marginalen Änderungen geblieben ist. Die Sicherungsgrenze von 100 000 \$ in Verbindung mit der von der jeweiligen Risikostruktur einer Bank unabhängigen Einlagensicherungsprämie wird dort immer wieder als zu hoch kritisiert. Dadurch werde das „moral hazard“-Problem ver-

stärkt: die Einleger müssen nicht mehr auf die Bonität der einzelnen Bank achten, der es dadurch leichter gemacht wird, durch hohe Einlagenzinsen Gelder an sich zu ziehen, die letztlich nur über risikoreichere Geschäfte bedient werden können. Die Bank kann andererseits das höhere Risiko zu einem guten Teil auf das Einlagensicherungssystem abwälzen, ohne dafür eine höhere Prämienzahlung auf sich nehmen zu müssen. Hierin wird – neben kriminellen Machenschaften einiger Bankmanager, den Folgen einer mangelhaft konzipierten Deregulierung und einer teilweise ungenügenden Bankenaufsicht – eine wesentliche Ursache für die vielen Insolvenzfälle im amerikanischen Bankensystem gesehen, die zu einer Überforderung der staatlichen Einlagensicherung geführt haben. Für die Sanierung der Sicherungseinrichtungen mußten in erheblichem Umfang staatliche Mittel bereitgestellt werden. Gleichzeitig wurden die Beiträge der Banken an die staatliche Einlagensicherung Federal Deposit Insurance Corporation (FDIC) kräftig angehoben. Sie betragen gegenwärtig 2,3‰ der gesicherten Einlagen, d. h. mehr als das Siebenfache des Beitrages, den deutsche Kreditbanken für ihre Einlagensicherung aufbringen müssen (0,3‰). Eine weitere Gebührenerhöhung auf maximal 3,1‰ ist im Gespräch. Zugleich soll die tatsächliche Beitragshöhe der einzelnen Bank von ihrer Eigenkapitalausstattung und ihrem potentiellen Insolvenzrisiko abhängig gemacht werden.

### **Einlagensicherung in der EG**

Bereits Ende 1986 war die EG-Kommission zu der Überzeugung gelangt, daß es zweckmäßig ist, wenn die Kreditinstitute aller Mitgliedstaaten einer Einlagensicherung angeschlossen sind. Trotz einer entsprechenden Empfehlung der Kommission<sup>1)</sup> haben zwei Mitgliedstaaten bisher jedoch noch kein Sicherungssystem eingeführt. Die Kommission hat unter anderem deshalb kürzlich den Entwurf für eine in nationales Recht umzusetzende Richtlinie des Rates über Einlagensicherungssysteme vorgelegt. Diese sollen die Einleger aller Kreditinstitute schützen und damit auch die Stabilität des gesamten Bankensystems garantieren.

Nach der derzeitigen Fassung des Richtlinienvorschlags müssen alle Kreditinstitute einem Einlagensicherungssystem angeschlossen sein. Auch privat-rechtlich organisierte Systeme werden anerkannt, denen die Möglichkeit des Ausschlusses einzelner Institute nicht verwehrt werden kann. Im Fall eines

<sup>1</sup> Empfehlung 87/63/EWG der Kommission vom 22. Dezember 1986 zur Einführung von Einlagensicherungssystemen in der Gemeinschaft.

## Die Einlagensicherung der Geschäftsbanken in ausgewählten Ländern

Land	Einlagensicherungsgrenze		Deckung auch für			
	in Landeswährung	in D-Mark 1)	Einlagen in fremder Währung	Interbank-Einlagen	Einlagen bei inländ. Zweigniederlassungen ausländischer Banken	Einlagen bei ausländ. Zweigniederlassungen inländischer Banken
Belgien	500 000 bfrs 2)	24 300 DM	nein	nein	ja	ja 3)
Dänemark	250 000 dkr	64 700 DM	ja	nein	ja	ja 4)
Deutschland (Kreditbanken) 5)	30 % des hEK 6)		ja	nein	ja	ja
Frankreich	400 000 FF	118 900 DM	nein	nein	ja	nein
Griechenland 7)	—	—	—	—	—	—
Großbritannien	15 000 £ 8)	44 000 DM	nein	nein	ja	nein
Irland	10 000 Ir£ 9)	26 700 DM	nein 10)	nein	ja	nein
Italien	840 Mio Lit 11)	1 116 000 DM	ja	nein	ja	ja 3)
Luxemburg	500 000 LuxF	24 300 DM	ja	nein	ja	nein
Niederlande	40 000 hfl	35 500 DM	ja	nein	ja	nein
Portugal 7) 12)	—	—	—	—	—	—
Spanien	1,5 Mio Ptas	24 000 DM	ja	nein	ja	nein
Japan	10 Mio Yen	124 000 DM	nein	nein	nein	nein
Kanada	60 000 kan\$	81 000 DM	nein	ja	keine Angabe	nein
Österreich	200 000 S	28 400 DM	ja	nein	ja	ja
Schweiz	30 000 sfr	32 600 DM 13)	13)	13)	13)	13)
USA	100 000 US-\$	162 000 DM	ja	ja	ja	nein

1 Umgerechnet mit dem durchschnittlichen Kassamittelkurs im Monat Mai 1992; abgerundet. — 2 Sicherung jedoch durch das Volumen des verfügbaren Fonds begrenzt. — 3 Wenn keine Deckung durch eine ausländische Einlagensicherung besteht. — 4 Wenn keine obligatorische Deckung durch eine ausländische Einlagensicherung besteht. — 5 Bei Sparkassen und Kreditgenossenschaften Institutssicherung. — 6 Dies bedeutet für die meisten Einleger volle Deckung. — 7 Keine Einlagensicherung. — 8 75 % von bis zu 20 000 £ einer Einlage. — 9 Deckung der Einlagen bis 5 000 Ir£ zu 80%; über 5 000 bis 10 000 Ir£ zu 70%;

über 10 000 bis 15 000 Ir£ zu 50%. — 10 Fremdwährungseinlagen sollen künftig in die Sicherung einbezogen werden. — 11 100 % für die ersten 200 Mio Lit einer Einlage; 80 % für die folgenden 800 Mio Lit. — 12 Pläne zur Einführung einer Einlagensicherung liegen vor (Sicherungsgrenze 4,5 Mio Esc / 54 000 DM (bis zu 2 Mio Esc einer Einlage 100%; über 2 bis 4 Mio Esc 75%; über 4 bis 6 Mio Esc 50 %)). — 13 Gesichert sind Spareinlagen und Guthaben auf Gehaltskonten.

Quellen: EG-Kommission; United States General Accounting Office.

BBk

Ausschlusses ist die Sicherung der Einlagen noch für die Dauer eines Jahres aufrechtzuerhalten; der Entzug der Banklizenz wird nicht verlangt. Der in einer solchen Regelung liegende Widerspruch ist noch nicht ausgeräumt, gleichwohl wird man hinsichtlich der wenigen in Deutschland existierenden „Außenseiter“ nach einer Lösungsmöglichkeit suchen müssen, die dem Anspruch der Richtlinie auf eine Pflichtmitgliedschaft aller Kreditinstitute gerecht wird. Diesem Anspruch werden auch die Bausparkassen unterliegen, die mit Ausnahme der öffentlich-rechtlichen Institute und einer privaten Bausparkasse noch keiner Einlagensicherung angehören. Das Verfahren der vereinfachten Abwicklung (Rückzahlung der Bauspareinlagen aus den Tilgungen der Bauspardarlehens-Schuldner) wird auf die Dauer kein ausreichender Ersatz sein können. Für die Deutsche Bundespost POSTBANK wird die Frage einer Mitgliedschaft in einer Sicherungseinrichtung ebenfalls aktuell werden.

Die vorgeschlagene Richtlinie sieht einen gemeinschaftsweit gültigen Mindestbetrag der Sicherung je Einleger vor, der mit 15 000 ECU (das entspricht etwa 30 000 DM) so bemessen sein soll, daß einerseits ein gewisses Risiko für den einzelnen Einleger bestehen bleibt, andererseits aber auch keine zu große Zahl der Einlagen außerhalb der Mindestdeckung liegt. Der Mindestbetrag kann von den Mitgliedstaaten in der Weise modifiziert werden, daß jedem Einleger nur ein bestimmter Vomhundertsatz seiner Einlagen erstattet wird. Hiermit ist beabsichtigt, dem Einleger eine Mitverantwortung für die Sicherheit seiner Einlagen zu übertragen und ihn dadurch zu veranlassen, sein Geld nur bei soliden, vorsichtig geleiteten Banken anzulegen, d.h. die Bonität sowie Solidität der betreffenden Bank bei seiner Anlageentscheidung zu berücksichtigen.

Den Mitgliedstaaten bleibt es überlassen, eine höhere Einlagensicherung einzuführen oder beizubehalten. Damit wurde einem deutschen Votum Rechnung getragen, das sich gegen eine niedrige verbindlich vorgegebene Sicherungsobergrenze und einen Selbstbehalt der Einleger richtete. Es widerspräche nämlich dem bisher für alle Harmonisierungsprojekte geltenden Grundsatz, daß die EG nur einheitliche Mindestanforderungen setzt, wenn nun erstmals – sicherlich auch aus Wettbewerbsgründen – die Mitgliedsländer gezwungen würden, auf höhere Standards zu verzichten.

Das als Begründung für eine Höchstgrenze herangezogene und meist überbetonte „moral hazard“-Problem verliert bei einer funktionierenden Bankenaufsicht und bei Einführung einer nach Risikogesichtspunkten gestaffelten Einlagensicherungsprämie der Mitgliedsinstitute erheblich an Gewicht. Hinzu kommt, daß die breite Masse der Einleger zu einer sachgerechten Einschätzung der Bonität einzelner Kreditinstitute nicht in der Lage ist. Es bestünde die Gefahr von Strukturverschiebungen innerhalb des Bankensystems, da Einleger ihre Gelder von den kleinen und mittleren Instituten zu den als „too big to fail“ angesehenen großen Kreditbanken und den öffentlich-rechtlichen Sparkassen umschichten würden. Auch könnte das System der Institutssicherung nicht durchgehalten werden. Schließlich wäre die wichtige Aufgabe der Einlagensicherung gefährdet, im Falle von Schief lagen in der Kreditwirtschaft einen Ansturm der Bankkunden auf die Schalter zu verhindern.

Hinsichtlich des Einlegerschutzes für Zweigniederlassungen von Kreditinstituten aus anderen Mitgliedstaaten folgt der Richtlinienvorschlag dem Grundsatz der Einlagensicherung durch das Sicherungssystem des Herkunftslandes. Bietet das Sicherungssystem des Aufnahmelandes einen höheren Einlegerschutz, muß es jedoch diesen Zweigniederlassungen aus Wettbewerbsgründen zur Erlangung eines ergänzenden Einlegerschutzes den Beitritt ermöglichen.

Bereits heute gehören dem Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes deutscher Banken Zweigniederlassungen ausländischer Kreditinstitute an. Dabei stellt das Statut darauf ab, daß diese Zweigniederlassungen gemäß § 53 KWG als eigenständige Kreditinstitute gelten, die der deutschen Bankenaufsicht unterliegen, über ein haftendes Eigenkapital verfügen müssen und gesondert Rechnung zu legen haben. Dies trifft nach Umsetzung der Zweiten Bankrechts-Koordinierungsrichtlinie ab 1993 auf Zweigniederlassungen von Kreditinstituten aus EG-Mitgliedstaaten nicht mehr zu. Sie werden der Bankenaufsicht ihres Herkunftslandes unterliegen; einer Zulassung im Gastland, eines gesonderten Eigenkapitals und einer gesonderten Rechnungslegung bedarf es dann nicht mehr. Dieser neuen Situation wird das Einlagensicherungsstatut anzupassen sein, um die erforderlichen Informations- und Prüfungsrechte des Fonds zu gewährleisten sowie die Beiträge an den Fonds und die Sicherungsgrenze zu quantifizieren. Darüber hin-

38 aus könnte erwogen werden, dem Sicherungssystem des Gastlandes im Falle der Inanspruchnahme durch die Zweigniederlassung eines ausländischen Kreditinstituts einen Erstattungsanspruch gegen das Heimatlandsystem zuzugestehen. Eine solche Regelung sieht die Richtlinie bisher nicht vor, sie würde aber der bankaufsichtlichen Zuständigkeit des Heimatlandes für die Zweigniederlassung Rechnung tragen.

Das in Deutschland bestehende System freiwilliger Selbsthilfeeinrichtungen der Verbände, das einen umfassenden Einlegerschutz bietet und sich als ein stabilisierender Faktor der besonders vertrauensempfindlichen Kreditwirtschaft bewährt hat, sollte zumindest in seinen Grundzügen beibehalten werden können. Dies gilt es in den kommenden Beratungen der verschiedenen EG-Gremien auch weiterhin sicherzustellen.

# Erklärung der Bundesbank zu DM-Emissionen

Mit Wirkung vom 1. August 1992 ersetzt die Deutsche Bundesbank ihre „Erklärung zu DM-Auslandsemissionen“ vom 20. Juni 1989 durch eine neue „Erklärung zu DM-Emissionen“. Sie paßt damit die aufgrund der Erklärung gesetzten Rahmenbedingungen den Erfordernissen des gemeinsamen europäischen Binnenmarktes und den Entwicklungen an den internationalen Kapitalmärkten an.

Im Vordergrund der geldpolitischen Belange, denen die mit der Erklärung für das DM-Emissionsgeschäft gesetzten Rahmenbedingungen dienen, steht die Sicherung einer wirksamen Mindestreservpolitik. Zu ihrem Schutze hält es die Bundesbank auch in Zukunft für unverzichtbar, über die Regelung einer Mindestlaufzeit zu verhindern, daß ausländische Kreditinstitute solche Papiere in D-Mark mindestreservefrei begeben können, für die bei einer Begebung im Inland Mindestreserve zu halten wäre. Die deshalb bei DM-Schuldverschreibungen ausländischer Emittenten geforderte Mindestlaufzeit von zwei Jahren galt bisher generell, ohne daß bei den Emittenten zwischen Banken und Nichtbanken unterschieden wurde. Mit der neuen Erklärung der Bundesbank soll künftig ausländischen Nichtbanken die Begebung von DM-Schuldverschreibungen mit kürzeren Laufzeiten ermöglicht werden. Dadurch erhalten ausländische Nichtbanken direkten Zugang auch zum deutschen Commercial-Paper-Markt, den sie bisher nur durch Einschaltung inländischer Finanzvehikel in Anspruch nehmen konnten. Zur Vermeidung von Abgrenzungsproblemen, die in der Vergangenheit der Grund dafür waren, bei der Mindestlaufzeit von Schuldverschreibungen ausländischer Emittenten nicht zwischen Emissionen von Banken und Nichtbanken zu unterscheiden, wird die Bundesbank die Kreditinstitutseigenschaft ausländischer Emittenten ausschließlich nach den Kriterien des § 1 des Gesetzes über das Kreditwesen (KWG) beurteilen. Dies bedeutet zum Beispiel auch, daß die ausgegliederte, rechtlich selbständige Finanzabteilung (Finanzierungstochter) eines ausländischen Industrieunternehmens im Sinne der Erklärung als Bank einzustufen ist.

Um zur Durchsetzung ihrer geld- und währungspolitischen Belange auch in Zukunft einen verantwortlichen Ansprechpartner im Inland zu haben, hält die Bundesbank an ihrem Wunsch fest, daß der Markt für DM-Emissionen im Inland verankert bleibt und dementsprechend auf D-Mark lautende Wertpapiere nur über in Deutschland ansässige Kreditinstitute begeben werden sollen. Das Verankerungsprinzip

40 wird zum einen – wie dies auch die geänderte Bezeichnung der Erklärung deutlich macht – begrifflich präzisiert, um zum Ausdruck zu bringen, daß die Inlandsverankerung auch für Inlandsemissionen gilt. Für die Bundesbank ist dies immer selbstverständlich gewesen; erst mit dem wachsenden Marktinteresse am Instrument des Commercial Paper hat sich hier ein offizieller Erklärungsbedarf ergeben, dem mit dem jetzt gewählten Wortlaut der Erklärung Rechnung getragen wird. Damit soll deutlich werden, daß zum Beispiel auch bei DM-Commercial-Paper inländischer Emittenten nur in Deutschland ansässige Kreditinstitute als Arrangeure und Händler beauftragt werden sollen. Zum anderen wird die Möglichkeit, im DM-Emissionsgeschäft als Konsortialführer tätig zu werden, auf die in Deutschland ansässigen Zweigstellen ausländischer Kreditinstitute erweitert, sofern diese Zweigstellen hier eine ausgebaute Konsortialabteilung haben, d.h. die einem Konsortialführer obliegenden Aufgaben selbst wahrnehmen können. Bisher waren nur Kreditinstitute mit eigener Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz in Deutschland haben, zur Konsortialführung zugelassen. Die Bundesbank paßt damit ihr Verankerungsprinzip entsprechenden Regelungen in anderen wichtigen europäischen Ländern an und trägt auch dem ab 1. Januar 1993 veränderten Umfeld des gemeinsamen europäischen Binnenmarktes Rechnung.

Unverändert bleibt der Wunsch der Bundesbank, ihr DM-Auslandsemissionen am Tag der Begebung anzuzeigen und neue Konstruktionen mit DM-Komponente so rechtzeitig vorzulegen, daß sie vor Emission Gelegenheit zur Stellungnahme hat.

Die Bundesbank verzichtet dagegen künftig auf die bisher in der Erklärung zu DM-Auslandsemissionen enthaltenen Regelungen zur Börseneinführung, zur Anwendung deutschen Rechts, zur Bestimmung einer inländischen Hauptzahlstelle sowie zur Einbeziehung in das deutsche Effekten giro-System. Diese Regelungen, die nicht in erster Linie währungspolitisch begründet waren, sondern vor allem dem Anlegerschutz dienen sollten, haben auf der einen Seite zunehmend die Verwendung international gebräuchlicher Kapitalmarktinstrumente behindert, ohne auf der anderen Seite für sich allein einen hinreichenden, lückenlosen Anlegerschutz bieten zu können. Sie stehen zudem im Widerspruch zu den Plänen, einen gemeinsamen europäischen Binnenmarkt zu schaffen. Der Verzicht auf diese Regelungen bedeutet nicht, daß ein Anlegerschutz am deutschen Kapi-

talmarkt grundsätzlich nicht erforderlich wäre. Die Bundesbank hält es aber – auch im Hinblick auf ihren klar abgegrenzten gesetzlichen Auftrag – für sachgerecht, ein bestehendes Aufsichtsdefizit im Wertpapierbereich nicht mit ihrer neuen Erklärung zu DM-Emissionen, sondern im Rahmen der neu zu schaffenden Wertpapieraufsicht zu schließen.

#### **Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:**

1. Die Deutsche Bundesbank legt Wert darauf, daß der Markt für DM-Emissionen im Inland verankert bleibt. DM-Wertpapiere sollen nur unter der Konsortialführung eines deutschen Kreditinstituts (Kreditinstitut mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich der in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Zweigstelle eines ausländischen Kreditinstituts) begeben werden. Bei Wertpapieren, die nicht von einem Konsortium fest übernommen werden (z. B. Daueremissionen), gilt dies entsprechend für die vom Emittenten als Arrangeur und Händler beauftragten Kreditinstitute. Bei der Emission von Fremdwährungsanleihen mit einer Option auf DM und bei Doppelwährungsanleihen mit Zins- oder Tilgungszahlung in DM genügt die Mitführung eines deutschen Kreditinstituts im Emissionskonsortium.

Die Konsortialführung umfaßt die Abwicklung aller Konsortialangelegenheiten, insbesondere die Verhandlung mit dem Emittenten, die Einladung zum underwriting, den Verkehr mit den Konsorten, die Quotenzuteilung, die Buchführung für die Anleihe, die Überwachung der Zahlungsvorgänge u. ä.

2. DM-Schuldverschreibungen ausländischer Kreditinstitute, die Bankgeschäfte im Sinne von § 1 KWG betreiben, sollen eine Laufzeit von mindestens zwei Jahren haben. Diese Laufzeituntergrenze gilt auch für Fremdwährungsemissionen ausländischer Kreditinstitute mit Zins- oder Tilgungszahlung in DM.
3. Anteile an DM-Geldmarktfonds sollen von ausländischen und inländischen Instituten nicht begeben werden.
4. Bei DM-Emissionen ausländischer Schuldner (DM-Auslandsemissionen) werden die Konsortialführer gebeten, der Deutschen Bundesbank am Tag der Begebung fernschriftlich folgende An-

gaben zu machen: Emittent, Betrag, Datum, Konditionen, Plazierungsart; bei Daueremissionen sind vom arrangierenden Kreditinstitut neu vereinbarte Emissionsprogramme unverzüglich und die Angaben über die Plazierung monatlich nachträglich zu melden.

5. Neue Konstruktionen mit DM-Komponente sollen der Deutschen Bundesbank so rechtzeitig vorgelegt werden, daß sie vor der Emission Gelegenheit zur Stellungnahme hat.

Diese Erklärung tritt am 1. August 1992 in Kraft. Sie ersetzt die Erklärung der Deutschen Bundesbank zur Begebung von DM-Auslandsemissionen vom 20. Juni 1989.

Frankfurt am Main, den 3. Juli 1992

Deutsche Bundesbank

Prof. Dr. Schlesinger

Dr. Tietmeyer



# Statistischer Teil

### **Hinweis**

Die Tabellen für die Kreditinstitute enthalten ab Beginn der Währungsunion die Aktiva und Passiva der Kreditinstitute im Gebiet der ehemaligen DDR; die von diesen Kreditinstituten zum 1. Juli 1990 erstellten DM-Eröffnungsmeldungen sind mit den Zahlen der westdeutschen Institute per Ende Juni 1990 zusammengefaßt. Der durch die Einbeziehung der ostdeutschen Institute bedingte statistische Bruch ist in den Veränderungsreihen der Monatsberichts-Tabellen I.1 und III.1 sowie der Tabellen des Statistischen Beiheftes Reihe 1 ausgeschaltet. Die Höhe der Bestände aus den DM-Eröffnungsmeldungen der Kreditinstitute in der ehemaligen DDR ist aus der Beilage zu den Statistischen Beiheften Reihe 1 der Monate November 1990 bis Februar 1991 zu ersehen. Die in den Zahlen enthaltenen Angaben für die neuen Bundesländer sind bis auf weiteres als vorläufig zu betrachten.

# Inhalt

## I. Bankstatistische Gesamtrechnungen

1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanz-zusammenhang .....	2 *
2. Konsolidierte Bilanz des Bankensystems .....	4 *
3. Zentralbankgeldbedarf der Banken und liquiditäts-politische Maßnahmen der Deutschen Bundesbank .....	6 *

## II. Deutsche Bundesbank

1. Aktiva und Passiva der Deutschen Bundesbank .....	8 *
--	-----

## III. Kreditinstitute

1. Die wichtigsten Aktiv- und Passivgeschäfte der Kreditinstitute .....	10 *
2. Aktiva .....	12 *
3. Passiva .....	14 *
4. Kredite an Nichtbanken .....	16 *
5. Kreditzusagen an inländische Unternehmen und Privatpersonen .....	21 *
6. Bilanzunwirksame Geschäfte .....	21 *
7. Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken .....	22 *
8. Kredite an inländische öffentliche Haushalte .....	28 *
9. Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen öffentlichen Haushalten .....	28 *
10. Sichteinlagen und Termingelder von inländischen Privatpersonen und Organisationen .....	30 *
11. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen inländischer Kreditinstitute .....	30 *
12. Aktiva und Passiva der ausländischen Kreditinstitute im Mehrheitsbesitz inländischer Kreditinstitute .....	31 *
13. Aktiva der Bankengruppen .....	32 *
14. Passiva der Bankengruppen .....	34 *
15. Kredite der Bankengruppen an Nichtbanken .....	36 *
16. Einlagen und aufgenommene Kredite der Bankengruppen von Nichtbanken .....	37 *
17. Wertpapierbestände .....	38 *
18. Schatzwechsel und unverzinsliche Schatz-anweisungen im Bestand der Kreditinstitute .....	38 *
19. Anleihen und Schuldverschreibungen inländischer öffentlicher Haushalte und ihrer Sondervermögen im Bestand der Kreditinstitute .....	39 *
20. Kredite an inländische Unternehmen und Privatpersonen nach Kreditnehmern .....	40 *
21. Spareinlagen .....	42 *
22. Bausparkassen .....	43 *
23. Bilanzsumme, Kredite und Einlagen der Kreditgenossenschaften .....	44 *
24. Girale Verfügungen von Nichtbanken .....	44 *
25. Zahl der monatlich berichtenden Kreditinstitute sowie deren Gliederung nach Größenklassen .....	44 *
26. Zahl der Kreditinstitute und ihrer Zweigstellen .....	45 *

## IV. Mindestreserven

1. Reservesätze .....	46 *
2. Reservehaltung .....	47 *

## V. Zinssätze

1. Diskont- und Lombardsatz der Deutschen Bundesbank sowie Sonderzins bei Unterschreitung des Mindestreserve-Solls .....	49 *
2. Sätze der Deutschen Bundesbank bei kurzfristigen Operationen am Geldmarkt .....	49 *
3. Offenmarktgeschäfte der Deutschen Bundesbank mit Rückkaufsvereinbarung über Wertpapiere .....	50 *
4. Sätze für den Verkauf von Geldmarktpapieren .....	50 *
5. Privatdiskontsätze .....	51 *
6. Geldmarktsätze nach Monaten .....	51 *
7. Soll- und Habenzinsen .....	51 *
8. Ausgewählte Notenbankzinsen im Ausland .....	53 *
9. Geldmarktsätze im Ausland .....	53 *

## VI. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von Wertpapieren .....	54 *
2. Absatz von festverzinslichen Wertpapieren .....	55 *
3. Tilgung von festverzinslichen Wertpapieren .....	56 *
4. Umlauf von festverzinslichen Wertpapieren .....	56 *
5. Veränderung des Aktienumlaufs .....	57 *
6. Renditen inländischer Wertpapiere .....	57 *
7. Geldmittel und Vermögensanlagen der Versicherungsunternehmen .....	58 *
8. Mittelaufkommen bei den Kapitalanlage-gesellschaften .....	59 *

## VII. Öffentliche Finanzen

1. Finanzielle Entwicklung der öffentlichen Haushalte .....	60 *
2. Finanzielle Entwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden .....	60 *
3. Kassenmäßige Entwicklung des Bundeshaushalts .....	61 *
4. Steuereinnahmen der Gebietskörperschaften .....	61 *
5. Steuereinnahmen nach Arten .....	62 *
6. Einzelne Steuern des Bundes, der Länder und der Gemeinden .....	62 *
7. Verschuldung der öffentlichen Haushalte .....	63 *
8. Von öffentlichen Stellen aufgenommene Schuldscheindarlehen .....	64 *
9. Entwicklung der öffentlichen Verschuldung .....	65 *
10. Verschuldung der Treuhandanstalt .....	65 *
11. Verschuldung des Bundes .....	66 *
12. Verschuldung der Bundesbahn und der Bundespost .....	66 *
13. Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben sowie des Vermögens der Rentenversiche-rungen der Arbeiter und der Angestellten .....	67 *
14. Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben sowie des Vermögens der Bundesanstalt für Arbeit .....	67 *

## VIII. Allgemeine Konjunkturlage

1. Entstehung, Verteilung und Verwendung des Sozialprodukts .....	68 *
2. Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe .....	69 *
3. Arbeitsmarkt .....	69 *
4. Index des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe .....	70 *
5. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe und Wohnungsbaufinanzierung .....	71 *
6. Einzelhandelsumsätze .....	71 *
7. Preise .....	72 *
8. Einkommen der privaten Haushalte .....	73 *
9. Tarif- und Effektivverdienste .....	73 *
10. Ausgewählte Wirtschaftszahlen für Ostdeutschland .....	74 *

## IX. Außenwirtschaft

1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz .....	75 *
2. Außenhandel (Spezialhandel) nach Ländergruppen und Ländern .....	76 *
3. Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland .....	77 *
4. Übertragungen (unentgeltliche Leistungen) an das bzw. vom Ausland .....	77 *
5. Kapitalverkehr mit dem Ausland .....	78 *
6. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank .....	79 *
7. Forderungen und Verbindlichkeiten inländischer Kreditinstitute gegenüber dem Ausland .....	80 *
8. Forderungen und Verbindlichkeiten inländischer Unternehmen gegenüber dem Ausland .....	80 *
9. Durchschnitte der amtlichen Devisenkurse an der Frankfurter Börse .....	81 *
10. Entwicklung des Außenwerts der D-Mark und fremder Währungen .....	82 *













































### III. Kreditinstitute

#### noch: 7. Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken nach Gläubigergruppen, Befristung und Arten \*)

Mio DM

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt 1) 2)	Sichteinlagen			Termingelder mit Befristung von 1 Monat und darüber 1)					
		insgesamt	täglich fällig	bis unter 1 Monat	insgesamt	1 Monat bis unter 4 Jahre				4 Jahre und darüber
						zusammen	1 Monat bis unter 3 Monate	3 Monate bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr bis unter 4 Jahre	
<b>Inländische Unternehmen und Privatpersonen 4)</b>										
1983	1 182 552	184 457	175 799	8 658	318 495	190 509	130 633	56 338	3 538	127 986
1984	1 260 389	197 740	187 770	9 970	346 573	199 680	132 830	63 602	3 248	146 893
1985 3)	1 344 435	207 718	198 276	9 442	377 604	204 027	139 570	61 637	2 820	173 577
1985 3)	1 381 232	212 295	202 823	9 472	384 843	210 287	142 291	64 846	3 150	174 558
1986	1 489 942	229 584	220 201	9 383	5) 416 882	6) 212 456	142 668	66 899	2 889	7) 204 426
1987	1 597 965	244 065	233 446	10 619	463 812	220 776	148 975	67 924	3 877	243 036
1988	1 689 759	266 379	257 052	9 327	512 450	228 596	158 586	66 238	3 772	283 854
1989	1 783 098	282 764	273 849	8 915	596 749	279 367	193 965	79 714	5 688	317 382
1990	11) 2 063 822	12) 389 999	12) 377 866	12 133	13) 695 789	14) 350 351	15) 238 994	104 850	6 507	9) 345 438
1991	2 182 033	17) 401 953	17) 389 028	12 925	790 680	422 744	291 315	125 287	6 142	367 936
1991 Jan.	2 041 933	355 303	347 555	7 748	714 592	367 247	253 577	107 110	6 560	347 345
Febr.	2 048 998	353 538	346 389	7 149	724 352	375 288	255 339	113 426	6 523	349 064
März	19) 2 037 286	346 433	337 905	8 528	721 860	370 963	247 656	116 981	6 326	350 897
April	2 042 554	349 068	341 002	8 066	728 850	375 035	250 842	118 006	6 187	353 815
Mai	2 047 047	348 938	340 142	8 796	735 396	380 489	255 664	118 701	6 124	354 907
Juni	2 052 012	355 674	346 458	9 216	734 671	377 434	251 955	119 379	6 100	357 237
Juli	2 049 893	22) 358 728	22) 350 624	8 104	744 250	385 380	259 856	119 446	6 078	358 870
Aug.	2 057 875	24) 354 419	24) 345 951	8 468	756 383	395 951	271 061	118 852	6 038	360 432
Sept.	2 065 171	26) 360 282	26) 351 813	8 469	757 568	395 758	269 236	120 513	6 009	361 810
Okt.	2 078 346	28) 360 446	28) 350 219	10 227	767 785	405 966	275 966	123 442	6 088	362 289
Nov.	2 113 485	29) 385 979	29) 376 435	9 544	774 201	409 263	279 359	123 671	6 233	364 938
Dez.	6) 2 182 033	30) 401 953	30) 389 028	12 925	790 680	422 744	291 315	125 287	6 142	367 936
1992 Jan.	17) 2 163 076	31) 366 705	31) 356 772	9 933	810 988	439 672	304 939	128 538	6 195	371 316
Febr.	2 173 611	366 430	356 033	10 397	821 138	447 867	309 157	132 502	6 208	373 271
März r)	25) 2 175 653	40) 366 527	40) 357 316	9 211	823 943	448 960	309 706	133 028	6 226	374 983
April	2 186 391	368 947	358 780	10 167	834 379	458 173	318 266	133 870	6 037	376 206
Mai p)	2 197 540	372 695	362 481	10 214	842 325	465 141	324 498	134 860	5 783	377 184
<b>Inländische öffentliche Haushalte 4)</b>										
1983	185 522	14 300	11 495	2 805	118 055	29 060	18 825	9 772	463	88 995
1984	194 167	15 962	13 632	2 330	123 709	28 407	18 771	8 930	706	95 302
1985 3)	206 964	16 908	13 486	3 422	134 247	32 391	19 237	12 515	639	101 856
1985 3)	207 576	17 064	13 636	3 428	134 578	32 719	19 429	12 648	642	101 859
1986	219 174	16 120	14 313	1 807	146 484	39 722	27 905	10 922	895	106 762
1987	32) 224 503	16 225	14 046	2 179	33) 146 279	39 700	29 870	8 878	952	33) 106 579
1988	231 751	17 272	14 793	2 479	150 994	40 482	30 109	9 747	626	110 512
1989	244 851	20 120	16 921	3 199	159 850	46 391	34 404	11 192	795	113 459
1990	35) 270 663	36) 34 574	36) 30 511	4 063	8) 170 541	8) 52 930	27 747	37) 24 367	816	117 611
1991	8) 280 739	29 372	24 618	4 754	185 835	57 665	30 460	26 287	918	128 170
1991 Jan.	257 275	21 639	19 441	2 198	172 620	53 376	25 891	26 665	820	119 244
Febr.	272 702	34 131	31 639	2 492	175 375	55 719	24 912	29 995	812	119 656
März	261 116	23 181	20 469	2 712	174 899	54 852	24 202	29 833	817	120 047
April	258 567	21 040	18 752	2 288	174 423	53 115	23 606	28 721	788	121 308
Mai	265 064	22 843	20 047	2 796	179 186	56 817	28 104	27 901	812	122 369
Juni	271 759	27 973	24 568	3 405	180 914	58 267	29 624	27 799	844	122 647
Juli	264 567	24 460	21 539	2 921	177 294	53 873	27 159	25 835	879	123 421
Aug.	267 341	21 526	18 799	2 727	182 795	58 196	31 659	25 661	876	124 599
Sept.	265 210	20 857	18 232	2 625	181 334	56 812	29 694	26 256	862	124 522
Okt.	261 497	20 003	17 698	2 305	178 028	52 200	26 224	25 076	900	125 828
Nov.	270 278	25 063	21 985	3 078	181 450	54 232	29 513	23 805	914	127 218
Dez.	25) 280 739	29 372	24 618	4 754	185 835	57 665	30 460	26 287	918	128 170
1992 Jan.	278 848	25 579	22 989	2 590	188 647	59 328	30 630	27 701	997	129 319
Febr.	275 888	22 934	18 923	4 011	188 024	57 526	26 586	29 967	973	130 498
März r)	272 509	22 083	17 674	4 409	185 268	54 489	22 758	30 761	970	130 779
April	269 112	21 493	19 487	2 006	182 067	49 526	19 679	28 866	981	132 541
Mai p)	273 505	22 098	19 873	2 225	185 711	51 860	22 426	28 511	923	133 851

Anmerkungen \* und 1 bis 3 s. S. 22\*/23\*. — 4 Von November 1989 bis Mai 1990 ohne Verbindlichkeiten der westdeutschen Kreditinstitute gegenüber Geschäftspartnern in der ehemaligen DDR (ausgenommen Spareinlagen). Von Juni 1990 bis Dezember 1990 Zuordnung zu inländischen Unternehmen und Privatpersonen teilweise geschätzt. — 5 — rd. 3,0 Mrd DM. — 6 — rd. 500 Mio DM. — 7 — rd. 2,6 Mrd DM. — 8 + rd. 3,0 Mrd DM. — 9 + rd. 600 Mio DM. — 10 + rd. 2,5 Mrd DM. — 11 + rd. 170 Mrd DM. — 12 + rd. 80 Mrd DM. — 13 + rd. 2,0 Mrd DM. — 14 + rd. 1,4 Mrd DM. — 15 + rd. 800 Mio DM. — 16 + rd. 90 Mrd DM. — 17 + rd. 2,2 Mrd DM. — 18 — rd. 2,1 Mrd DM. — 19 + rd. 1,0 Mrd DM. —

Zeitreihen ab Juni 1990  
für das gesamte Währungs-  
gebiet der D-Mark

Sparbriefe 2)			Spareinlagen					Durchlaufende Kredite	Nachrichtlich: Verbindlichkeiten aus Pensionsgeschäften (soweit nicht passiviert)	Stand am Jahres- bzw. Monatsende
insgesamt	unter 4 Jahre	4 Jahre und darüber	insgesamt	gesetzliche Kündigungsfrist	vereinbarte Kündigungsfrist					
					zusammen	unter 4 Jahre	4 Jahre und darüber			
							nach Spar-Prämien- u. Vermögensbildungsgesetz	sonstige		
134 298	17 815	116 483	543 081	356 055	187 026	99 085	41 661	46 280	2 221	1983
150 386	21 421	128 965	563 203	370 116	193 087	109 056	34 940	49 091	2 487	1984
160 386	22 752	137 634	596 123	391 713	204 410	117 969	32 133	54 308	2 604	1985 3)
163 486	23 418	140 068	617 998	404 589	213 409	122 978	33 111	57 320	2 610	1985 3)
8) 176 163	9) 22 093	10) 154 070	664 511	435 884	228 627	133 695	30 489	64 443	2 802	1986
185 730	21 487	164 243	701 325	463 000	238 325	139 523	26 476	72 326	3 033	1987
185 260	20 279	164 981	722 058	489 569	232 489	131 991	29 193	71 305	3 612	1988
199 178	27 474	171 704	699 760	474 862	224 898	136 454	21 992	66 452	4 647	1989
223 239	35 111	188 128	16) 749 103	16) 510 930	238 173	158 065	18 601	61 507	5 692	1990
233 508	36 298	197 210	18) 749 086	5) 509 572	19) 239 514	20) 164 560	17 126	57 828	6 806	1991
225 216	35 862	189 354	741 081	507 802	233 279	158 866	15 321	59 092	5 741	1991 Jan.
227 064	36 431	190 633	738 221	504 668	233 553	159 743	15 524	58 286	5 823	Febr.
227 192	35 766	191 426	14) 735 840	501 679	21) 234 161	20) 160 378	15 926	57 857	5 961	März
227 555	35 656	191 899	730 977	497 478	233 499	159 616	16 341	57 542	6 104	April
228 614	35 675	192 939	727 912	494 604	233 308	159 098	16 828	57 382	6 187	Mai
229 603	35 779	193 824	725 758	492 532	233 226	158 528	17 356	57 342	6 306	Juni
228 484	35 626	192 858	23) 712 119	23) 482 828	229 291	157 543	15 104	56 644	6 312	Juli
228 449	35 352	193 097	25) 712 244	25) 483 753	228 491	156 613	15 520	56 358	6 380	Aug.
228 976	35 401	193 575	14) 711 926	27) 483 629	228 297	156 143	15 939	56 215	6 419	Sept.
230 059	35 667	194 392	25) 713 566	25) 485 363	228 203	155 914	16 377	55 912	6 490	Okt.
230 903	35 917	194 986	15) 715 819	15) 486 757	229 062	156 600	16 838	55 624	6 583	Nov.
233 508	36 298	197 210	749 086	509 572	239 514	164 560	17 126	57 828	6 806	Dez.
235 052	36 902	198 150	743 323	508 207	235 116	164 982	14 419	55 715	7 008	1992 Jan.
236 090	37 403	198 687	742 908	507 059	235 849	166 062	14 699	55 088	7 045	Febr.
236 600	37 757	198 843	741 480	505 180	236 300	166 483	15 061	54 756	7 103	März r)
236 601	37 918	198 683	739 284	503 898	235 386	165 305	15 439	54 642	7 180	April
236 816	38 201	198 615	738 531	503 430	235 101	164 858	15 857	54 386	7 173	Mai p)
1 419	239	1 180	5 349	3 424	1 925	1 136	—	789	46 399	1983
1 698	364	1 334	5 611	3 728	1 883	1 194	—	689	47 187	1984
2 002	455	1 547	5 476	3 701	1 775	1 144	—	631	48 331	1985 3)
2 016	458	1 558	5 580	3 764	1 816	1 178	—	638	48 338	1985 3)
2 362	412	1 950	5 806	3 878	1 928	1 268	—	660	48 402	1986
2 629	326	2 303	5 769	3 797	1 972	1 371	—	601	34) 53 601	1987
2 920	334	2 586	5 923	3 969	1 954	1 354	—	600	54 642	1988
3 203	326	2 877	5 856	4 215	1 641	1 123	—	518	55 822	1989
3 279	266	3 013	6 134	4 435	1 699	1 179	—	520	56 135	1990
3 304	198	3 106	5 038	3 620	1 418	978	—	440	8) 57 190	1991
3 275	264	3 011	5 909	4 300	1 609	1 152	—	457	53 832	1991 Jan.
3 273	258	3 015	5 870	4 257	1 613	1 161	—	452	54 053	Febr.
3 264	246	3 018	5 833	4 210	1 623	1 178	—	445	53 939	März
3 239	246	2 993	5 551	3 955	1 596	1 156	—	440	54 314	April
3 232	240	2 992	5 453	3 892	1 561	1 121	—	440	54 350	Mai
3 263	235	3 028	5 315	3 813	1 502	1 070	—	432	54 294	Juni
3 260	221	3 039	5 077	3 614	1 463	1 039	—	424	54 476	Juli
3 241	207	3 034	5 034	3 596	1 438	1 015	—	423	54 745	Aug.
3 278	213	3 065	4 953	3 537	1 416	1 003	—	413	54 788	Sept.
3 291	204	3 087	4 847	3 464	1 383	966	—	417	55 328	Okt.
3 318	203	3 115	4 848	3 469	1 379	964	—	415	55 599	Nov.
3 304	198	3 106	5 038	3 620	1 418	978	—	440	25) 57 190	Dez.
3 268	195	3 073	4 829	3 483	1 346	942	—	404	56 525	1992 Jan.
3 305	194	3 111	4 776	3 443	1 333	937	—	396	56 849	Febr.
3 264	184	3 080	4 684	3 410	1 274	886	—	388	57 210	März r)
3 290	182	3 108	4 573	3 339	1 234	851	—	383	57 689	April
3 296	180	3 116	4 558	3 355	1 203	836	—	367	57 842	Mai p)

20 + rd. 900 Mio DM. — 21 + rd. 1,1 Mrd DM. — 22 + rd. 7,5 Mrd DM. — 32 + rd. 500 Mio DM. — 33 — rd. 4,0 Mrd DM. — 34 + rd. 4,5 Mrd DM. —  
 23 — rd. 7,5 Mrd DM. — 24 — rd. 1,6 Mrd DM. — 25 + rd. 1,6 Mrd DM. — 35 + rd. 8,0 Mrd DM. — 36 + rd. 5,0 Mrd DM. — 37 + rd. 2,9 Mrd DM. —  
 26 — rd. 1,8 Mrd DM. — 27 + rd. 1,5 Mrd DM. — 28 — rd. 1,5 Mrd DM. — 38 + rd. 7,0 Mrd DM. — 39 + rd. 6,5 Mrd DM. — 40 + rd. 1,7 Mrd DM. —  
 29 — rd. 1,0 Mrd DM. — 30 — rd. 900 Mio DM. — 31 + rd. 1,9 Mrd DM. — p Vorläufig. — r Berichtigt.















Zeitreihen für das gesamte Währungsgebiet der D-Mark

Darlehen über 1 Jahr	Wechseldiskontkredite	durchlaufende Kredite	Schatzwechselkredite 7)	Wertpapiere (ohne Wertpapiere von Banken) 5) 8)	Ausgleichsfordernungen	Mobilisierungs- und Liquiditäts-papiere (Schatzwechsel und U-Schätze) 10)	Schuldver-schreibungen eigener Emis-sionen	Beteili-gungen 11)	Sonstige Aktiva 12)	Nachrichtlich:				Stand am Monatsende
										Wechselbestand		Wert-papiere (einschl. Wert-papiere von Banken) 5) 14)	ins-gesamt	
<b>Alle Bankengruppen</b>														
2 468 447	60 259	91 735	11 588	240 932	14 300	—	29 601	65 707	173 484	15 119	8 824	680 959	1992 April	
28) 2 483 098	61 811	92 164	11 082	29) 244 952	28) 14 356	—	31 098	30) 66 090	24) 174 346	16 038	9 199	31) 684 788	Mai p)	
<b>Kreditbanken</b>														
562 267	36 344	22 965	1 688	76 341	12 053	—	974	38 448	40 519	9 398	6 377	142 820	1992 April	
36) 566 760	36 668	23 309	1 494	24) 76 510	12 053	—	1 073	38 549	40 436	9 927	6 699	24) 141 834	Mai p)	
<b>Großbanken 15)</b>														
189 774	17 265	3 601	1 164	32 317	177	—	194	25 530	7 824	4 919	3 635	52 285	1992 April	
191 073	17 248	3 527	966	33 270	177	—	222	25 625	7 599	5 205	3 823	52 588	Mai p)	
<b>Regionalbanken und sonstige Kreditbanken 16)</b>														
354 003	13 383	9 617	507	38 389	11 872	—	771	12 289	30 210	3 122	1 664	78 173	1992 April	
44) 357 033	13 903	9 573	497	37 575	11 872	—	841	12 287	30 407	3 511	1 976	77 143	Mai p)	
<b>Zweigstellen ausländischer Banken</b>														
3 352	2 933	8 054	—	2 144	—	—	—	39	964	981	831	4 406	1992 April	
3 394	2 789	8 537	14	2 168	—	—	—	39	929	870	703	4 343	Mai p)	
<b>Privatbankiers 17)</b>														
15 138	2 763	1 693	17	3 491	4	—	9	590	1 521	376	247	7 956	1992 April	
15 260	2 728	1 672	17	3 497	4	—	10	598	1 501	341	197	7 760	Mai p)	
<b>Girozentralen (einschl. Deutsche Girozentrale)</b>														
380 505	4 791	40 229	29	33 286	139	—	6 471	12 535	10 929	932	322	104 516	1992 April	
39) 380 778	5 718	40 323	19	34 491	131	—	7 340	12 509	10 893	1 109	330	105 985	Mai p)	
<b>Sparkassen</b>														
542 497	9 545	8 581	17	58 212	512	—	365	4 769	61 513	2 525	1 335	237 769	1992 April	
546 677	9 548	8 588	17	59 374	567	—	381	4 819	61 582	2 444	1 294	239 725	Mai p)	
<b>Genossenschaftliche Zentralbanken (einschl. Deutsche Genossenschaftsbank)</b>														
27 414	2 857	21	316	12 680	21	—	177	5 298	15 073	437	82	29 910	1992 April	
27 397	2 983	21	315	12 801	21	—	188	5 311	14 887	598	169	30 030	Mai p)	
<b>Kreditgenossenschaften</b>														
289 678	5 795	3 207	89	42 197	208	—	124	2 625	27 307	1 334	627	110 545	1992 April	
291 535	5 870	3 240	93	43 587	217	—	131	2 622	27 282	1 396	682	111 806	Mai p)	
<b>Realkreditinstitute</b>														
448 556	131	5 131	1	8 214	35	—	5 488	776	7 246	8	1	21 574	1992 April	
24) 451 116	137	5 135	1	38) 8 047	35	—	5 147	30) 1 021	8 790	7	2	43) 21 550	Mai p)	
<b>Private Hypothekenbanken</b>														
371 559	16	1 473	1	3 554	29	—	4 614	529	5 847	8	1	10 353	1992 April	
373 554	19	1 473	1	3 510	29	—	4 415	529	6 346	7	2	10 253	Mai p)	
<b>Öffentlich-rechtliche Grundkreditanstalten</b>														
76 997	115	3 658	—	4 660	6	—	874	247	1 399	—	—	11 221	1992 April	
77 562	118	3 662	—	38) 4 537	6	—	732	30) 492	2 444	—	—	43) 11 297	Mai p)	
<b>Kreditinstitute mit Sonderaufgaben 18)</b>														
217 530	796	11 601	9 448	10 002	1 332	—	16 002	1 256	10 897	485	80	33 825	1992 April	
42) 218 835	887	11 548	9 143	10 142	1 332	—	16 838	1 259	10 476	557	23	33 858	Mai p)	
<b>Nachrichtlich: Auslandsbanken 19)</b>														
33 391	6 772	12 185	504	17 151	4	—	75	724	5 779	1 890	1 388	30 520	1992 April	
33 735	6 545	12 646	507	16 234	4	—	82	717	5 649	1 708	1 154	29 438	Mai p)	
<b>darunter Kreditinstitute im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken 20)</b>														
30 039	3 839	4 131	504	15 007	4	—	75	685	4 815	909	557	26 114	1992 April	
30 341	3 756	4 109	493	14 066	4	—	82	678	4 720	838	451	25 095	Mai p)	

pen „Regionalbanken und sonstige Kreditbanken“, „Privatbankiers“ und „Realkreditinstitute“ enthaltenen (rechtlich selbständigen) Kreditinstitute im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken. — 21 — rd. 3,5 Mrd DM. — 22 — rd. 2,3 Mrd DM. — 23 — rd. 2,1 Mrd DM. — 24 — rd. 100 Mio DM. — 25 — rd. 1,4 Mrd DM. — 26 — rd. 1,1 Mrd DM. — 27 — rd. 1,2 Mrd DM. — 28 + rd. 100 Mio DM. — 29 — rd. 350 Mio DM. — 30 + rd. 200 Mio DM. — 31 — rd. 400 Mio DM. — 32 — rd. 1,6 Mrd DM. — 33 — rd. 1,5 Mrd DM. — 34 — rd. 600 Mio DM. — 35 — rd. 450 Mio DM. — 36 + rd. 600 Mio DM. — 37 — rd. 800 Mio DM. — 38 — rd. 200 Mio DM. — 39 — rd. 150 Mio DM. — 40 — rd. 900 Mio DM. — 41 — rd. 500 Mio DM. — 42 — rd. 300 Mio DM. — 43 — rd. 250 Mio DM. — 44 + rd. 700 Mio DM. — 45 — rd. 700 Mio DM. — p Vorläufig.































































## 9. Entwicklung der öffentlichen Verschuldung \*)

Mio DM									
Position	Stand Ende			Veränderung					
	1989	1990	1991 ts)	1990			1991		
				insgesamt	1.-3. Vj.	4. Vj.	insgesamt ts)	1.-3. Vj.	4. Vj. ts)
<b>Kreditnehmer</b>									
Bund 1)	490 541	542 189	r) 586 493	+ 51 649	+ 24 511	+ 27 137	r) + 44 304	+ 29 565	r) + 14 740
Fonds „Deutsche Einheit“	—	19 793	50 482	+ 19 793	+ 12 385	+ 7 408	+ 30 689	+ 29 885	+ 804
Kreditabwicklungsfonds	—	27 634	27 472	+ 27 634	+ 11 703	+ 15 931	— 161	— 1 465	+ 1 304
ERP-Sondervermögen	7 063	9 485	16 368	+ 2 422	+ 1 264	+ 1 158	+ 6 883	+ 4 568	+ 2 315
Westdeutsche Länder	309 860	328 787	348 380	+ 18 927	+ 7 296	+ 11 630	+ 19 593	+ 5 635	+ 13 959
Ostdeutsche Länder	—	—	3 600	—	—	—	+ 3 600	+ 180	+ 3 420
Westdeutsche Gemeinden 2)	121 374	125 602	131 800	+ 4 228	+ 1 826	+ 2 402	+ 6 198	+ 3 398	+ 2 800
Ostdeutsche Gemeinden	—	—	6 154	—	—	—	+ 6 154	+ 4 168	+ 1 986
<b>Insgesamt</b>	<b>928 837</b>	<b>1 053 490</b>	<b>r) 1 170 749</b>	<b>+ 124 653</b>	<b>+ 58 987</b>	<b>+ 65 666</b>	<b>r) + 117 260</b>	<b>+ 75 933</b>	<b>r) + 41 326</b>
<b>Schuldarten</b>									
Buchkredite der Bundesbank	1 053	742	189	— 311	— 34	— 277	— 553	— 386	— 167
Unverzinsliche Schatzanweisungen 3)	12 154	38 313	34 709	+ 26 159	+ 11 291	+ 14 868	— 3 603	— 3 971	+ 367
Kassenobligationen / Schatzanweisungen 4)	50 448	50 080	66 259	— 368	— 759	+ 391	+ 16 178	+ 6 169	+ 10 009
Bundessobligationen 4)	93 870	123 014	133 663	+ 29 144	+ 17 835	+ 11 310	+ 10 649	+ 10 569	+ 79
Bundesschatzbriefe	33 366	30 892	34 696	— 2 474	— 2 676	+ 202	+ 3 805	+ 3 159	+ 645
Anleihen 4)	225 063	276 251	333 233	+ 51 189	+ 28 869	+ 22 320	+ 56 981	+ 43 720	+ 13 262
Direktausleihungen der Kreditinstitute 5)	472 947	494 059	527 468	+ 21 112	+ 6 833	+ 14 279	+ 33 409	+ 17 731	+ 15 678
Darlehen von Sozialversicherungen	6 743	6 364	6 881	— 379	— 426	+ 47	+ 518	+ 582	— 65
Sonstige Darlehen 5)	19 208	20 180	18 793	+ 972	— 1 717	+ 2 689	— 1 387	— 1 389	+ 2
Vereinigungsbedingte Altschulden 6)	—	—	r) 1 481	—	—	—	r) + 1 481	—	r) + 1 481
Ausgleichsforderungen	13 903	13 512	13 110	— 390	— 228	— 162	— 402	— 251	— 151
Sonstige Altschulden 7)	2	2	188	— 0	— 0	— 0	+ 185	— 0	+ 185
Investitionshilfeabgabe	79	79	79	— 0	— 0	— 0	— 0	— 0	— 0
<b>Insgesamt</b>	<b>928 837</b>	<b>1 053 490</b>	<b>r) 1 170 749</b>	<b>+ 124 653</b>	<b>+ 58 987</b>	<b>+ 65 666</b>	<b>r) + 117 260</b>	<b>+ 75 933</b>	<b>r) + 41 326</b>
<b>Gläubiger</b>									
Bankensystem									
Bundesbank	12 887	12 726	13 005	— 161	+ 351	— 512	+ 279	+ 202	+ 77
Kreditinstitute	534 500	582 700	r) 613 600	+ 48 200	+ 14 000	+ 34 200	r) + 30 900	+ 16 000	r) + 14 900
Inländische Nichtbanken									
Sozialversicherungen 8)	6 700	6 400	6 900	— 300	— 400	+ 100	+ 500	+ 500	—
Sonstige 9)	169 250	231 064	r) 265 744	+ 61 814	+ 53 436	+ 8 378	r) + 34 680	+ 32 131	r) + 2 549
Ausland ts)	205 500	220 600	271 500	+ 15 100	— 8 400	+ 23 500	+ 50 900	+ 27 100	+ 23 800
<b>Insgesamt</b>	<b>928 837</b>	<b>1 053 490</b>	<b>r) 1 170 749</b>	<b>+ 124 653</b>	<b>+ 58 987</b>	<b>+ 65 666</b>	<b>r) + 117 260</b>	<b>+ 75 933</b>	<b>r) + 41 326</b>

\* Ohne Verschuldung der Haushalte untereinander. — 1 Ab 1991 einschl. von der Bundesbahn übernommener Anleihen (Stand März 1991: 11 772 Mio DM). — 2 Angaben für andere Termine als Jahresende geschätzt. Einschl. Verschuldung der kommunalen Zweckverbände und der kommunalen Krankenhäuser. — 3 Ohne Mobilisierungs- und Liquiditätspapiere. — 4 Ohne die im Bestand der Emittenten befindlichen Stücke. — 5 Einschl. der bei ausländischen Stellen aufgenommenen Darlehen. —

6 Übernahme von NVA- und WGS-Wohnungsbau-Verbindlichkeiten. — 7 hauptsächlich Ablösungs- und Entschädigungsschuld sowie auf fremde Währung lautende Altschulden gemäß Londoner Schuldenabkommen. — 8 Ohne von Zusatzversorgungskassen des öffentlichen Dienstes erworbene Anleihen der öffentlichen Haushalte. — 9 Als Differenz ermittelt. — ts Teilweise geschätzt. — r Berichtigt.

## 10. Verschuldung der Treuhandanstalt

Mio DM										
Stand am Monatsende	Insgesamt	Kreditmarktverschuldung						Übernahme von Altkrediten	Verbindlichkeiten aus Ausgleichsforderungen der Unternehmen	
		Zusammen	Kurzfristige Direktausleihungen der Kreditinstitute	Commercial Paper	Schuldscheindarlehen	Anleihen	Sonstige			
1990 Dez.	14 058	4 330	4 330	—	—	—	—	9 728	—	
1991 März	15 272	5 544	5 544	—	—	—	—	9 728	—	
Juni	18 869	9 111	5 061	2 000	2 050	—	—	9 758	—	
Sept.	26 909	13 643	5 743	2 730	5 170	—	—	13 266	—	
Dez.	39 402	24 192	6 670	4 867	12 655	—	—	15 210	—	
1992 März	49 443	27 075	6 203	5 192	15 680	—	—	20 352	2 016	

Quelle: Treuhandanstalt

## VII. Öffentliche Finanzen

### 11. Verschuldung des Bundes

Stand am Monatsende	Ins- gesamt	Buch- kredite der Bundes- bank	Unverzinsliche Schatzanwei- sungen 1)		Bundes- schatz- anwei- sungen 2)	Bundes- obliga- tionen 2)	Bundes- schatz- briefe	Anleihen 2) 3)	Direkt- auslei- hungen der Kredit- institute 4)	Schulden bei Nichtbanken		Altschulden		
			zusam- men	darunter: Finanzie- rungs- schätze						Sozial- versiche- run- gen 5)	sonstige 4) 6)	vereini- gungs- bedingte 7)	Aus- gleichs- forde- rungen	sonstige 8)
1970 Dez.	47 323	10) 2 301	1 700	—	2 900	—	575	8 665	11 800	4 019	1 680	—	11 605	2 078
1975 Dez.	108 502	—	11 553	123	5 585	—	9 802	18 160	38 206	9 336	3 390	—	11 306	1 163
1980 Dez. 9)	232 320	1 336	5 963	2 818	18 199	8 641	24 080	43 234	100 979	2 517	16 099	—	11 044	227
1985 Dez.	392 356	—	9 282	3 525	15 473	71 955	25 921	92 600	147 001	2 254	17 317	—	10 552	1
1987 Dez.	440 476	—	5 267	1 747	38 458	84 417	31 128	143 469	111 904	1 712	13 760	—	10 361	1
1988 Dez.	475 169	—	5 263	1 475	44 202	89 705	34 895	172 059	106 196	1 633	10 955	—	10 259	1
1989 Dez.	490 541	—	11 823	7 830	43 367	93 870	33 366	195 765	92 110	1 399	8 685	—	10 155	1
1990 Dez.	542 189	—	19 494	18 213	38 763	123 014	30 892	239 282	72 523	1 294	6 880	—	10 046	1
1991 Juni	571 219	—	22 544	21 276	34 583	129 878	34 028	268 626	62 959	2 087	6 523	—	9 991	1
Juli	573 631	—	21 962	20 693	37 789	131 947	34 276	267 033	62 269	1 950	6 465	—	9 940	1
Aug.	573 441	—	21 121	19 839	38 728	132 775	34 256	268 003	60 608	1 692	6 318	—	9 940	1
Sept.	571 754	—	20 589	19 306	43 607	133 583	34 051	266 354	56 066	1 674	5 889	—	9 940	1
Okt.	577 277	1 768	20 208	18 926	42 870	132 925	33 995	273 469	54 553	1 607	5 632	—	9 940	195
Nov.	588 429	—	19 853	18 571	48 387	136 109	34 173	278 153	54 304	1 628	5 690	—	9 940	192
Dez. r)	586 493	—	19 932	18 649	47 861	133 663	34 696	278 734	52 654	1 616	5 737	1 481	9 934	186
1992 Jan.	597 732	—	21 308	20 026	51 041	143 711	35 120	277 606	50 294	1 734	5 362	1 481	9 883	192
Febr.	595 771	—	22 615	21 332	52 244	140 214	35 846	277 698	48 632	1 687	5 281	1 481	9 883	193
März	591 285	—	23 464	22 181	49 626	141 347	35 819	276 204	46 363	1 863	5 053	1 473	9 883	193
April	589 239	—	23 828	22 545	49 857	141 434	36 023	274 887	44 960	1 795	4 907	1 473	9 883	194
Mai	589 325	—	23 807	22 525	50 130	142 956	35 846	273 804	44 401	1 939	4 895	1 473	9 883	192

1 Ohne Mobilisierungs- und Liquiditätspapiere. — 2 Ohne die im Bestand des Emittenten befindlichen Stücke. — 3 Ab Januar 1991 einschl. von der Bundesbahn übernommener Anleihen in Höhe von 12 622 Mio DM. — 4 Einschl. der bei ausländischen Stellen aufgenommenen Darlehen. — 5 Bis 1976 einschl. Schuldbuchforderungen; ab 1973 einschl. Darlehen von Zusatzversorgungskassen des öffentlichen Dienstes. — 6 Einschl. der Verbindlichkeiten aus der Investitionshilfeabgabe. — 7 Übernahme von

NVA- und WGS-Wohnungsbau-Verbindlichkeiten. — 8 Ablösungs- und Entschädigungsschuld sowie hauptsächlich auf fremde Währung lautende Altschulden. — 9 Der Bund hat 1980 die Schulden des Lastenausgleichsfonds mitübernommen. Diese werden seither zusammen mit der eigentlichen Bundesschuld beim Bund nachgewiesen. — 10 Darunter 387 Mio DM Sonderkredite der Bundesbank an den Bund. — r Berichtigt.

### 12. Verschuldung der Bundesbahn und der Bundespost

Stand am Monatsende	Ins- gesamt	Buch- kredite 1)	Schatz- wechsel	Unver- zinsliche Schatz- anwei- sungen	Kassen- obliga- tionen	Anleihen 2)	Bankkredite		Darlehen von Nichtbanken 3)		Ab- lösungs- und Ent- schädi- gungs- schuld	Verschul- dung bei Gebiets- körper- schaften und ERP- Sonder- vermögen	Nach- richtlich: Aus- lands- verschul- dung 6) ts)
							Post- giro- und Post- spar- kassen- ämter	übrige Banken 3) 4)	Sozial- versiche- rungen 5)	sonstige 4)			
<b>Bundesbahn</b>													
1970 Dez.	17 005	165	336	400	987	6 071	46	4 980	369	1 566	88	1 996	—
1975 Dez.	26 261	—	—	820	1 145	8 782	435	11 152	507	2 275	48	1 098	1 700
1980 Dez.	32 595	—	—	231	1 033	14 184	491	12 893	206	3 056	19	483	4 200
1985 Dez.	36 153	—	—	131	1 924	16 551	81	11 765	755	4 862	—	83	8 000
1987 Dez.	40 770	—	—	131	2 452	23 031	—	9 127	827	5 165	—	39	13 000
1988 Dez.	42 705	—	—	131	1 233	24 297	—	10 322	733	5 959	—	30	11 900
1989 Dez.	44 140	121	—	722	1 489	23 195	—	10 765	753	7 062	—	33	12 100
1990 Dez.	47 065	—	—	131	911	26 591	—	11 250	722	7 431	—	29	13 000
1991 Sept.	36 218	120	—	—	911	16 065	—	10 884	613	7 604	—	20	10 900
Dez. p)	37 969	83	—	—	911	16 939	—	11 419	657	7 946	—	15	11 500
1992 März	39 552	280	—	—	2 245	15 358	—	13 078	480	8 100	—	10	—
Juni	44 573	—	—	—	1 915	20 312	—	13 522	385	8 431	—	10	—
<b>Bundespost</b>													
1970 Dez.	20 300	—	—	300	1 030	4 348	5 558	6 276	717	1 674	10	387	—
1975 Dez.	40 050	—	—	300	997	9 621	10 835	14 708	553	2 639	6	391	700
1980 Dez.	33 859	—	—	—	944	7 790	16 063	6 901	348	1 719	2	93	1 500
1985 Dez.	50 315	—	—	—	1 688	16 665	19 702	9 004	456	2 747	—	54	5 200
1987 Dez.	61 116	—	—	—	589	28 223	21 533	7 002	408	3 319	—	42	10 400
1988 Dez.	64 122	—	—	—	200	32 201	22 066	6 313	373	2 934	—	35	9 500
1989 Dez.	66 161	—	—	—	200	32 401	23 919	5 703	365	3 548	—	25	8 500
1990 Dez.	70 979	—	—	—	484	36 801	26 197	4 960	291	2 236	—	11	8 800
1991 Juni	74 771	—	—	—	484	39 801	26 670	5 393	216	2 208	—	—	8 800
Sept.	78 411	—	—	—	484	41 801	27 670	6 066	208	2 184	—	—	9 100
Dez. p)	81 537	—	—	—	2 518	41 801	27 405	7 531	208	2 074	—	—	8 900
1992 März	86 948	—	—	—	2 518	45 801	27 508	8 863	188	2 061	—	10	—

1 Buchkredite der Bundesbank bzw. der Deutschen Verkehrskreditbank. — 2 Einschl. Kapitalaufstockungsanleihen, die vom Bund amortisiert werden. Bei der Bundesbahn ab Januar 1991 ohne Anleihen in Höhe von 12 622 Mio DM, die der Bund übernommen hat. — 3 Bei der Bundesbahn einschl. der Kredite bzw. Darlehen, die durch Hinterlegung von U-Schätzen gesichert wurden. — 4 Einschl. der bei ausländischen Stellen

aufgenommenen Darlehen. — 5 Ab 1978 einschl. Darlehen von Zusatzversorgungskassen des öffentlichen Dienstes. — 6 Darlehensverpflichtungen gegenüber ausländischen Stellen sowie Wertpapiere im Besitz von Ausländern. — ts Teilweise geschätzt. — p Vorläufig.

### 13. Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben sowie des Vermögens der Rentenversicherungen der Arbeiter und der Angestellten

Mio DM													
Zeit	Einnahmen 1)			Ausgaben 1)			Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Vermögen 3)					Nachrichtlich: Verwaltungsvermögen
	insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:			insgesamt	Einlagen 4)	Wertpapiere 5)	Darlehen 6) und Hypotheken	Grundstücke	
		Beiträge	Zahlungen des Bundes		Renten 2)	Krankenversicherung der Rentner							
<b>Altes Bundesgebiet</b>													
1970	51 450	42 388	7 290	47 717	38 132	4 649	+ 3 733	24 186	5 983	11 748	6 407	48	1 825
1975	91 432	76 270	11 073	94 361	72 666	12 390	— 2 929	39 903	7 808	16 298	15 731	66	3 274
1980	135 636	111 206	22 335	132 515	108 937	12 797	+ 3 121	18 804	10 279	3 783	4 679	64	3 929
1985	165 949	137 662	26 601	164 540	140 539	11 081	+ 1 409	11 953	5 516	3 162	3 203	71	4 455
1988	186 880	153 807	31 123	183 376	159 749	9 225	+ 3 503	23 753	14 690	6 714	2 266	84	4 776
1989	196 299	161 355	32 550	193 158	167 234	10 078	+ 3 140	26 393	17 599	6 731	1 971	92	4 894
1990	212 904	174 916	34 775	203 312	175 188	10 961	+ 9 592	35 570	25 971	7 771	1 731	96	5 034
1991 ts)	226 288	183 340	38 603	215 582	185 732	11 302	+ 10 706	43 260	35 074	6 570	1 519	97	5 175
1991 1. Vj.	53 458	42 815	9 866	52 034	45 164	2 814	+ 1 425	36 491	25 859	8 850	1 685	96	4 954
2. "	54 617	44 042	9 584	52 684	45 210	2 817	+ 1 933	37 534	25 993	9 814	1 632	96	5 085
3. "	55 749	45 135	9 572	55 259	47 796	2 823	+ 490	38 044	29 716	6 651	1 577	98	5 160
4. "	62 464	51 348	9 581	55 155	47 562	2 848	+ 7 309	43 260	35 074	6 570	1 519	97	5 175
1992 1. Vj.	55 880	44 600	10 226	54 956	47 656	2 862	+ 924	43 410	30 572	11 252	1 471	115	5 173
<b>Neue Bundesländer</b>													
1991	32 330	25 641	6 560	31 621	26 716	3 460	+ 709	600	600	—	—	—	157
1991 1. Vj.	9 860	4 727	5 106	7 322	6 267	865	+ 2 537	571	571	—	—	—	3
2. "	7 166	6 647	483	7 404	6 246	865	— 238	392	392	—	—	—	12
3. "	7 623	6 853	711	8 352	7 123	865	— 730	296	296	—	—	—	24
4. "	7 682	7 414	260	8 543	7 081	865	— 860	600	600	—	—	—	157
1992 1. Vj.	9 986	7 412	2 556	10 384	8 991	557	— 398	159	156	1	—	2	228

1 Die Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreszahlen ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. — 2 Die Zahlungen der Rentenversicherungsträger an die Krankenkassen nach § 183 RVO wurden von den Renten abgesetzt. — 3 Ohne Verwaltungsvermögen. Entspricht im wesentlichen der Schwankungsreserve. Stand am Jahres- bzw. Vierteljahresende. — 4 Einschl. Barmittel. — 5 Einschl. der bis 1976 gehaltenen Geldmarkttitel; einschl. Schuldbuchforderungen

(bis 1980). Ab Ende 1988 einschl. in Wertpapierfonds angelegter Mittel. — 6 Ohne Darlehen an andere Sozialversicherungsträger; einschl. Beteiligungen. — 7 Ab 1978 einschl. Rentenversicherungsbeiträge für Empfänger öffentlicher Geldleistungen. — ts Teilweise geschätzt. Quelle: Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung und Verband Deutscher Rentenversicherungsträger.

### 14. Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben sowie des Vermögens der Bundesanstalt für Arbeit

Mio DM													
Zeit	Einnahmen			Ausgaben			Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Liquiditätshilfen des Bundes	Vermögen 6)				
	insgesamt 1)	darunter:		insgesamt	darunter:				insgesamt	Einlagen 7)	Wertpapiere	Darlehen 8)	
		Beiträge	Umlagen 2)		Arbeitslosenunterstützungen 3) 4)	Winterbauförderung							berufliche Förderung 4) 5)
<b>Altes Bundesgebiet</b>													
1970	3 574	3 097	—	3 907	715	1 303	989	— 333	—	5 708	966	9) 1 982	2 760
1975	9 234	7 787	899	17 836	10 749	1 120	3 612	— 8 602	7 282	1 765	159	281	1 325
1980	19 050	17 321	1 139	21 674	10 122	1 974	6 327	— 2 625	1 840	589	220	144	225
1985	32 043	29 492	1 409	29 737	15 314	1 442	8 486	+ 2 306	—	5 823	5 359	406	57
1988	35 869	33 716	1 131	40 844	19 032	1 021	15 086	— 4 975	1 024	126	0	97	29
1989	37 883	35 573	999	39 833	18 027	910	15 125	— 1 950	1 931	107	0	86	21
1990	40 701	38 368	994	41 423	18 422	1 035	16 147	— 722	706	91	0	75	16
1991	65 632	62 524	1 125	42 048	17 542	1 412	16 818	+ 23 585	—	4 973	10) 4 894	72	7
1990 4. Vj.	11 365	10 837	184	10 246	4 233	17	4 300	+ 1 119	— 2 167	91	0	75	16
1991 1. Vj.	10 827	9 767	194	10 983	4 675	715	4 164	— 155	—	114	32	73	10
2. "	15 439	14 821	291	10 293	4 189	614	4 036	+ 5 145	—	120	39	72	9
3. "	18 663	17 820	392	9 840	4 247	62	3 990	+ 8 824	—	100	20	72	8
4. "	20 703	20 116	249	10 933	4 430	21	4 627	+ 9 770	—	4 973	10) 4 894	72	7
1992 1. Vj.	17 923	17 136	257	11 992	5 244	695	4 526	+ 5 931	—	2 263	2 189	69	6
<b>Neue Bundesländer</b>													
1991	4 559	4 552	—	29 869	17 851	74	8 317	— 25 310	1 025	—	—	—	—
1990 4. Vj.	1 258	1 238	20	2 458	2 091	0	258	— 1 200	—	—	—	—	—
1991 1. Vj.	961	960	—	4 257	3 179	12	692	— 3 297	3 174	—	—	—	—
2. "	1 082	1 081	—	7 604	5 283	45	1 574	— 6 522	3 346	—	—	—	—
3. "	1 289	1 285	—	7 905	5 071	15	1 828	— 6 616	— 2 591	—	—	—	—
4. "	1 227	1 226	—	10 103	4 318	3	4 224	— 8 876	— 2 904	—	—	—	—
1992 1. Vj.	779	773	—	9 867	4 217	103	3 522	— 9 089	—	—	—	—	—

1 Ohne Liquiditätshilfen des Bundes. — 2 Umlagen für die Winterbauförderung und für Konkursausfallgeld. — 3 Arbeitslosengeld, Anschluß-Arbeitslosenhilfe (bis 1980), Kurzarbeitergeld. Ab 1990 einschl. des an Aus- und Übersiedler als Ersatz für das Arbeitslosengeld gezahlten Eingliederungsgeldes. — 4 Einschl. Kranken- und ab 1978 Rentenversicherungsbeiträge. — 5 Berufliche Bildung, Förderung der Arbeitsaufnahme, Rehabilitation und Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung. — 6 Ohne Ver-

waltungsvermögen. Stand am Jahres- bzw. Vierteljahresende. Ab Ende 1988 ohne liquide Mittel zur Haushaltsfinanzierung. — 7 Einschl. Barmittel. — 8 Ohne Darlehen aus Haushaltsausgaben; einschl. Beteiligungen. — 9 Einschl. Schuldbuchforderungen und Geldmarkttitel. — 10 Einschl. 4 894 Mio DM Zuweisungen des Bundes gem. Nachtragshaushalt 1991. Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.

# VIII. Allgemeine Konjunkturlage – Westdeutschland

## 1. Entstehung, Verteilung und Verwendung des Sozialprodukts

Posten	1987	1988	1989 p)	1990 p)	1991 p)	1988	1989 p)	1990 p)	1991 p)	1988	1989 p)	1990 p)	1991 p)
	Mrd DM					Veränderung gegen Vorjahr in %				Anteil in %			
<b>in jeweiligen Preisen</b>													
<b>I. Entstehung des Sozialprodukts</b>													
Bruttowertschöpfung													
Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei	30,2	33,7	38,0	38,4	32,2	+ 11,5	+ 12,6	+ 1,0	-16,1	1,6	1,7	1,6	1,2
Warenproduzierendes Gewerbe	795,0	826,8	873,7	941,5	999,8	+ 4,0	+ 5,7	+ 7,8	+ 6,2	39,2	38,9	38,8	38,2
Energieversorgung 1) und Bergbau	68,7	67,8	69,7	71,6	74,0	- 1,2	+ 2,8	+ 2,7	+ 3,3	3,2	3,1	3,0	2,8
Verarbeitendes Gewerbe	624,7	652,7	689,6	740,2	780,3	+ 4,5	+ 5,7	+ 7,3	+ 5,4	31,0	30,7	30,5	29,8
Baugewerbe	101,7	106,3	114,3	129,7	145,5	+ 4,5	+ 7,6	+13,4	+12,2	5,0	5,1	5,3	5,6
Handel und Verkehr 2)	279,5	294,7	311,1	333,1	359,2	+ 5,4	+ 5,6	+ 7,1	+ 7,8	14,0	13,9	13,7	13,7
Dienstleistungsunternehmen 3)	548,6	592,8	633,3	694,4	771,5	+ 8,1	+ 6,8	+ 9,6	+11,1	28,1	28,2	28,6	29,5
Unternehmen zusammen	1 653,4	1 748,0	1 856,0	2 007,3	2 162,6	+ 5,7	+ 6,2	+ 8,2	+ 7,7	82,9	82,7	82,8	82,7
desgl. bereinigt 4)	1 571,1	1 662,8	1 767,6	1 913,0	2 059,3	+ 5,8	+ 6,3	+ 8,2	+ 7,6	78,9	78,7	78,9	78,7
Staat	225,8	231,9	238,5	252,8	271,2	+ 2,7	+ 2,8	+ 6,0	+ 7,3	11,0	10,6	10,4	10,4
Private Haushalte 5)	49,3	51,7	53,9	58,4	64,3	+ 4,8	+ 4,4	+ 8,2	+10,2	2,5	2,4	2,4	2,5
Alle Wirtschaftsbereiche	1 846,2	1 946,4	2 060,0	2 224,1	2 394,8	+ 5,4	+ 5,8	+ 8,0	+ 7,7	92,3	91,7	91,7	91,6
Bruttoinlandsprodukt 6)	1 990,5	2 096,0	2 220,9	2 403,1	2 599,3	+ 5,3	+ 6,0	+ 8,2	+ 8,2	99,4	98,9	99,1	99,4
Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen In- und Ausland	+ 12,5	+ 12,0	+ 24,3	+ 22,4	+ 15,9	.	.	.	.	0,6	1,1	0,9	0,6
Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen	2 003,0	2 108,0	2 245,2	2 425,5	2 615,2	+ 5,2	+ 6,5	+ 8,0	+ 7,8	100	100	100	100
<b>II. Verteilung des Sozialprodukts</b>													
Einkommen aus unselbständiger Arbeit 7)	1 124,7	1 169,4	1 221,9	1 313,9	1 417,4	+ 4,0	+ 4,5	+ 7,5	+ 7,9	55,5	54,4	54,2	54,2
Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	425,3	466,2	512,4	557,7	578,9	+ 9,6	+ 9,9	+ 8,8	+ 3,8	22,1	22,8	23,0	22,1
Volkseinkommen	1 550,0	1 635,5	1 734,3	1 871,6	1 996,2	+ 5,5	+ 6,0	+ 7,9	+ 6,7	77,6	77,2	77,2	76,3
<b>III. Verwendung des Sozialprodukts</b>													
Privater Verbrauch	1 108,0	1 153,7	1 209,6	1 299,2	1 379,1	+ 4,1	+ 4,8	+ 7,4	+ 6,1	54,7	53,9	53,6	52,7
Staatsverbrauch	397,3	412,4	418,8	443,1	469,4	+ 3,8	+ 1,6	+ 5,8	+ 5,9	19,6	18,7	18,3	17,9
Ausrüstungen	169,4	182,5	204,9	234,5	263,8	+ 7,7	+ 12,3	+14,5	+12,5	8,7	9,1	9,7	10,1
Bauten	216,4	227,4	246,5	275,0	306,0	+ 5,1	+ 8,4	+11,5	+11,3	10,8	11,0	11,3	11,7
Vorratsinvestitionen	- 0,6	+ 10,3	+ 20,7	+ 8,1	+ 9,1	.	.	.	.	0,5	0,9	0,3	0,3
Inländische Verwendung	1 890,5	1 986,3	2 100,5	2 260,0	2 427,3	+ 5,1	+ 5,7	+ 7,6	+ 7,4	94,2	93,6	93,2	92,8
Außenbeitrag 8)	+ 112,5	+ 121,7	+ 144,7	+ 165,6	+ 187,9	.	.	.	.	5,8	6,4	6,8	7,2
Ausfuhr	637,5	687,9	787,9	881,8	1 009,1	+ 7,9	+ 14,5	+11,9	+14,4	32,6	35,1	36,4	38,6
Einfuhr	525,0	566,1	643,2	716,2	821,1	+ 7,8	+ 13,6	+11,4	+14,7	26,9	28,6	29,5	31,4
Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen	2 003,0	2 108,0	2 245,2	2 425,5	2 615,2	+ 5,2	+ 6,5	+ 8,0	+ 7,8	100	100	100	100
<b>in Preisen von 1985</b>													
Privater Verbrauch	1 106,9	1 137,0	1 156,7	1 211,1	1 241,0	+ 2,7	+ 1,7	+ 4,7	+ 2,5	57,7	56,5	56,6	56,3
Staatsverbrauch	380,9	389,1	382,6	390,5	393,5	+ 2,2	- 1,7	+ 2,1	+ 0,8	19,7	18,7	18,3	17,8
Ausrüstungen	167,3	178,3	195,7	220,9	241,7	+ 6,6	+ 9,8	+12,9	+ 9,4	9,0	9,6	10,3	11,0
Bauten	209,0	215,4	225,7	237,7	247,4	+ 3,1	+ 4,8	+ 5,3	+ 4,1	10,9	11,0	11,1	11,2
Vorratsinvestitionen	+ 1,0	+ 12,0	+ 21,9	+ 11,7	+ 11,1	.	.	.	.	0,6	1,1	0,5	0,5
Inländische Verwendung	1 865,0	1 931,8	1 982,6	2 072,0	2 134,8	+ 3,6	+ 2,6	+ 4,5	+ 3,0	98,0	96,9	96,9	96,8
Außenbeitrag 8)	+ 37,4	+ 40,0	+ 64,2	+ 66,7	+ 71,1	.	.	.	.	2,0	3,1	3,1	3,2
Ausfuhr	651,3	689,6	768,3	852,6	955,8	+ 5,9	+ 11,4	+11,0	+12,1	35,0	37,5	39,9	43,3
Einfuhr	614,0	649,6	704,1	785,9	884,6	+ 5,8	+ 8,4	+11,6	+12,6	32,9	34,4	36,7	40,1
Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen	1 902,3	1 971,8	2 046,8	2 138,7	2 205,9	+ 3,7	+ 3,8	+ 4,5	+ 3,1	100	100	100	100

Quelle: Statistisches Bundesamt. — 1 Einschl. Wasserversorgung. — 2 Einschl. Nachrichtenübermittlung. — 3 Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung und sonstige Dienstleistungen. — 4 Bruttowertschöpfung der Unternehmen minus unterstellte Entgelte für Bankdienstleistungen. — 5 Einschl. privater Organisationen ohne Erwerbszweck. — 6 Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche zuzüglich Umsatzsteueraufkommen sowie einbehaltene Umsatzsteuer aufgrund gesetzlicher Sonderregelungen sowie Einfuhrabgaben (Einfuhrzölle,

Verbrauchssteuern auf Einfuhren, Abschöpfungsbeträge und Währungsausgleichsbeträge auf eingeführte landwirtschaftliche Erzeugnisse). — 7 Einschl. Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung und zusätzlicher Sozialaufwendungen der Arbeitgeber (u.a. für die betriebliche Altersversorgung). — 8 Einschl. Waren- und Dienstleistungsverkehr mit der DDR bzw. den neuen Bundesländern. — p Vorläufig. Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

## 2. Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe \*)

Arbeitstäglich bereinigt

Zeit	Produzierendes Gewerbe insgesamt		darunter:													
	1985 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe		Investitionsgütergewerbe						Verbrauchsgütergewerbe				Bauhauptgewerbe	
			1985 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	zusammen		darunter:			zusammen		darunter: Textilgewerbe	1985 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %		
					1985 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	Maschinenbau	Straßenfahrzeugbau	Elektrotechnik	1985 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %					
1988 D	106,5	+ 3,7	106,3	+ 6,3	108,1	+ 3,2	105,0	108,2	111,1	106,5	+ 3,0	98,0	110,3	+ 4,3		
1989 ..	111,8	+ 5,0	108,6	+ 2,2	116,4	+ 7,7	115,9	116,3	120,7	111,1	+ 4,3	99,2	117,6	+ 6,6		
1990 ..	117,7	+ 5,3	110,9	+ 2,1	123,0	+ 5,7	123,3	122,1	127,6	118,1	+ 6,3	100,9	124,1	+ 5,5		
1991 ..	121,0	+ 2,8	112,2	+ 1,2	126,1	+ 2,5	121,1	125,5	133,4	123,4	+ 4,5	100,3	127,8	+ 3,0		
1991 Febr.	114,6	+ 4,0	106,3	+ 0,1	122,2	+ 4,5	111,9	128,3	129,4	122,4	+ 8,8	107,1	67,3	-28,9		
1991 März	127,0	+ 2,8	117,1	+ 0,1	133,4	+ 1,8	127,3	136,2	142,4	131,7	+ 4,8	112,0	131,0	+ 4,1		
1991 April	123,3	+ 8,3	116,0	+ 5,2	128,1	+ 8,0	119,4	134,2	133,5	125,0	+ 10,2	105,7	140,8	+ 10,0		
1991 Mai	118,2	+ 1,6	112,4	+ 0,5	121,6	- 0,4	113,8	123,7	125,9	116,4	+ 1,7	96,5	135,1	- 0,4		
1991 Juni	125,3	+ 7,5	116,3	+ 5,2	134,5	+ 7,8	136,4	133,9	139,3	125,8	+ 10,4	105,3	140,3	+ 6,8		
1991 Juli	118,0	+ 4,3	113,9	+ 2,9	119,9	+ 3,4	117,7	110,5	127,2	119,8	+ 10,0	90,6	144,9	+ 5,8		
1991 Aug.	109,4	+ 0,6	106,7	- 1,5	108,0	+ 1,7	103,7	97,2	117,6	109,6	+ 0,4	75,5	132,0	+ 2,7		
1991 Sept.	125,5	+ 1,6	114,1	+ 0,9	131,9	+ 1,5	125,0	126,7	142,7	131,1	+ 2,6	107,7	151,1	+ 6,9		
1991 Okt.	133,2	+ 0,5	121,4	+ 1,6	137,2	+ 0,4	126,5	138,4	146,4	138,6	+ 0,8	112,0	158,8	+ 3,9		
1991 Nov.	127,7	+ 0,7	114,6	+ 0,1	133,4	+ 1,2	124,7	136,8	143,1	129,8	+ 0,2	103,4	138,4	+ 6,1		
1991 Dez.	114,1	- 2,5	95,2	- 4,7	127,0	- 2,8	144,5	111,6	130,3	108,6	- 2,9	80,2	97,5	+ 5,2		
1992 Jan.	116,6	+ 0,3	113,3	+ 0,8	116,8	+ 0,3	96,6	129,3	122,9	121,6	- 0,5	99,8	95,4	- 0,5		
1992 Febr.	118,5	+ 3,4	113,5	+ 6,8	123,6	+ 1,1	106,4	137,7	133,5	122,8	+ 0,3	101,4	103,1	+ 53,2		
1992 März	128,8	+ 1,4	122,5	+ 4,6	134,1	+ 0,5	119,2	146,8	144,2	131,7	± 0	106,5	133,1	+ 1,6		
1992 April	121,9	- 1,1	115,9	+ 0,1	126,2	- 1,5	116,3	135,6	134,0	122,0	- 2,4	99,8	142,4	+ 1,1		
1992 Mai p)	119,4	+ 1,0	116,0	+ 3,2	122,5	+ 0,7	112,2	130,9	130,2	119,9	+ 3,0	95,3	140,9	+ 4,3		

Quelle: Statistisches Bundesamt. — \* Ergebnisse für fachliche Unternehmensteile. — p) Vorläufig.

## 3. Arbeitsmarkt \*)

Zeit	Erwerbstätige 1)		Abhängig Beschäftigte			Beschäftigte 5)				Kurz- arbeiter Tsd	Arbeits- lose Tsd	Arbeitslosenquote gemessen an den		Offene Stellen Tsd
	In- lands- konzept 2) Tsd	In- länder- konzept 3) Tsd	insgesamt 1) 3) 4)		Produzierendes Gewerbe ohne Bau und Energie		Bauhauptgewerbe		Erwerbs- personen ins- gesamt 6) %			abhän- gigen Erwerbs- per- sonen 6) %		
			Tsd	Verän- derung gegen Vorjahr %	Aus- länder Tsd	Tsd	Verän- derung gegen Vorjahr %	Tsd					Verän- derung gegen Vorjahr %	
1986 D	26 856	26 960	23 910	+ 1,5	1 570	7 059	+ 1,7	1 003	- 2,4	197	2 228	7,9	9,0	154
1987 ..	27 050	27 157	24 141	+ 1,0	1 577	7 057	- 0,0	986	- 1,8	278	2 229	7,9	8,9	171
1988 ..	27 261	27 366	24 365	+ 0,9	1 610	7 037	- 0,3	996	+ 1,0	208	2 242	7,7	8,7	189
1989 ..	27 631	27 733	24 753	+ 1,6	1 678	7 203	+ 2,4	999	+ 0,3	108	2 038	7,1	7,9	251
1990 ..	28 433	28 444	25 481	+ 2,9	1 775	7 403	+ 2,8	1 032	+ 3,4	56	1 883	6,4	7,2	314
1991 ..	29 173	28 886	25 908	+ 1,7	...	7 515	+ 1,5	1 060	+ 2,7	145	1 689	5,7	6,3	331
1991 Mai	29 127	28 890	25 904	+ 2,0	...	7 501	+ 2,0	1 068	+ 2,9	111	1 604	5,4	6,0	358
1991 Juni	29 153	28 883	...	...	1 899	7 505	+ 1,7	1 069	+ 2,5	163	1 593	5,3	5,9	364
1991 Juli	29 104	28 798	...	...	...	7 552	+ 1,4	1 079	+ 2,7	146	1 694	5,7	6,3	353
1991 Aug.	29 235	28 894	25 961	+ 1,4	...	7 559	+ 0,9	1 086	+ 2,4	130	1 672	5,6	6,2	350
1991 Sept.	29 510	29 134	...	...	1 973	7 555	+ 0,7	1 090	+ 2,5	133	1 610	5,4	6,0	341
1991 Okt.	29 551	29 147	...	...	...	7 525	+ 0,3	1 082	+ 2,2	173	1 599	5,4	6,0	321
1991 Nov.	29 495	29 063	26 049	+ 0,8	...	7 510	+ 0,1	1 079	+ 2,2	204	1 618	5,4	6,0	299
1991 Dez.	29 355	28 898	...	...	...	7 456	- 0,2	1 067	+ 2,1	173	1 731	5,8	6,5	287
1992 Jan.	29 203	28 758	...	...	...	7 436	- 0,7	1 033	+ 1,9	214	1 875	+) 6,1	+) 6,9	312
1992 Febr.	29 236	28 793	25 833	+ 0,4	...	7 423	- 1,1	1 020	+ 2,3	249	1 863	6,1	6,8	338
1992 März	29 356	28 909	...	...	...	7 417	- 1,3	p) 1 044	p) + 0,4	266	1 768	5,8	6,5	357
1992 April	29 443	28 989	...	...	...	7 384	- 1,6	p) 1 056	p) - 0,7	247	1 747	5,7	6,4	357
1992 Mai	ts) 29 436	ts) 28 980	...	...	...	...	...	...	...	246	1 704	5,6	6,2	358
1992 Juni	...	...	...	...	...	...	...	...	...	229	1 716	5,6	6,3	356

Quelle: Statistisches Bundesamt; für beschäftigte Ausländer, Kurzarbeiter, Arbeitslose und offene Stellen: Bundesanstalt für Arbeit. — \* Monatswerte: Endstände; Erwerbstätige: Durchschnitt; Kurzarbeiter: Stand Monatsmitte. — 1 Ab 1989 vorläufig. — 2 Erwerbstätige mit Arbeitsort in Westdeutschland. — 3 Erwerbstätige mit Wohnort in

Westdeutschland. — 4 Vierteljahreszahlen als Durchschnitt berechnet. — 5 Einsch. tätiger Inhaber. — 6 Erwerbspersonen ohne Soldaten. — ts Erste vorläufige Schätzung. — p) Vorläufig. — + Ab Januar 1992 berechnet auf Basis neuer Erwerbspersonenzahlen.

VIII. Allgemeine Konjunkturlage – Westdeutschland

**4. Index des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe \*)**

1985 = 100; kalendermonatlich

Zeit	Verarbeitendes Gewerbe						Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe					
	insgesamt	Ver- änderung gegen Vorjahr %	davon:				zusammen	Ver- änderung gegen Vorjahr %	davon:			
			aus dem Inland	Ver- änderung gegen Vorjahr %	aus dem Ausland	Ver- änderung gegen Vorjahr %			aus dem Inland	Ver- änderung gegen Vorjahr %	aus dem Ausland	Ver- änderung gegen Vorjahr %
1978 D	68,0	+ 4,9	76,3	+ 5,1	54,3	+ 4,4	66,5	+ 4,2	74,6	+ 2,9	53,6	+ 7,0
1979 ..	75,4	+ 10,9	83,5	+ 9,4	62,1	+ 14,4	75,8	+ 14,0	84,3	+ 13,0	62,4	+ 16,4
1980 ..	78,3	+ 3,8	85,9	+ 2,9	65,7	+ 5,8	79,4	+ 4,7	87,6	+ 3,9	66,5	+ 6,6
1981 ..	81,8	+ 4,5	84,9	- 1,2	76,7	+ 16,7	83,1	+ 4,7	87,7	+ 0,1	75,6	+ 13,7
1982 ..	81,0	- 1,0	84,5	- 0,5	75,2	- 2,0	81,1	- 2,4	85,2	- 2,9	74,5	- 1,5
1983 ..	84,5	+ 4,3	88,5	+ 4,7	77,8	+ 3,5	86,7	+ 6,9	90,6	+ 6,3	80,6	+ 8,2
1984 ..	92,6	+ 9,6	94,0	+ 6,2	90,2	+ 15,9	96,0	+ 10,7	96,6	+ 6,6	95,1	+ 18,0
1985 ..	100,0	+ 8,0	100,0	+ 6,4	100,0	+ 10,9	100,0	+ 4,2	100,0	+ 3,5	100,0	+ 5,2
1986 ..	100,2	+ 0,2	102,4	+ 2,4	96,5	- 3,5	94,6	- 5,4	96,4	- 3,6	91,7	- 8,3
1987 ..	100,4	+ 0,2	102,1	- 0,3	97,6	+ 1,1	93,8	+ 0,8	94,3	- 2,2	93,0	+ 1,4
1988 ..	110,2	+ 9,8	110,5	+ 8,2	109,8	+ 12,5	103,4	+ 10,2	102,9	+ 9,1	104,2	+ 12,0
1989 ..	122,4	+ 11,1	122,4	+ 10,8	122,4	+ 11,5	110,3	+ 6,7	110,0	+ 6,9	110,7	+ 6,2
1990 ..	129,4	+ 5,7	134,6	+ 10,0	121,1	- 1,1	111,0	+ 0,6	114,2	+ 3,8	105,8	- 4,4
1991 ..	132,4	+ 2,3	142,8	+ 6,1	115,5	- 4,6	110,6	- 0,4	116,9	+ 2,4	100,7	- 4,8
1991 März	140,2	- 1,3	153,4	+ 8,9	118,6	- 17,8	113,7	- 6,6	121,0	- 0,6	102,1	- 16,1
April	135,3	+ 10,7	147,1	+ 19,2	116,1	- 3,5	117,2	+ 7,8	124,0	+ 11,2	106,4	+ 2,0
Mai	125,4	- 3,0	135,2	+ 1,3	109,3	- 10,6	109,0	- 3,9	114,6	- 2,1	100,1	- 6,9
Juni	132,6	+ 7,6	142,5	+ 12,4	116,6	- 0,7	112,6	+ 3,1	119,6	+ 7,7	101,4	- 4,5
Juli	133,0	+ 5,8	141,5	+ 7,4	119,0	+ 2,8	113,2	+ 5,4	120,0	+ 6,6	102,5	+ 3,5
Aug.	122,7	- 3,2	133,5	- 3,5	105,0	- 2,3	102,7	- 3,0	110,3	- 2,6	90,6	- 3,7
Sept.	135,1	+ 0,9	146,2	+ 3,8	116,9	- 4,5	108,7	- 3,5	116,1	+ 2,6	96,8	- 13,4
Okt.	139,2	- 3,3	150,0	- 2,2	121,5	- 5,8	116,8	- 3,7	124,2	- 2,2	105,1	- 6,3
Nov.	131,1	- 2,8	142,1	- 2,5	113,1	- 3,7	108,3	- 4,5	114,3	- 4,4	98,6	- 4,7
Dez.	122,9	+ 1,2	129,0	- 0,3	112,8	+ 4,3	94,7	- 2,5	99,0	- 2,3	87,8	- 3,0
1992 Jan.	136,8	- 2,1	148,0	- 1,9	118,6	- 2,4	115,8	- 3,0	120,4	- 3,3	108,5	- 2,7
Febr.	139,5	+ 5,6	150,7	+ 5,7	121,2	+ 5,4	113,6	+ 2,3	117,3	+ 2,4	107,7	+ 2,2
März	149,1	+ 6,3	159,8	+ 4,2	131,6	+ 11,0	120,5	+ 6,0	125,9	+ 4,0	112,0	+ 9,7
April	132,0	- 2,4	142,8	- 2,9	114,5	- 1,4	112,2	- 4,3	118,6	- 4,4	102,0	- 4,1
Mai p)	124,1	- 1,0	134,4	- 0,6	107,3	- 1,8	109,4	+ 0,4	115,2	+ 0,5	100,1	± 0

Zeit	Investitionsgütergewerbe						Verbrauchsgütergewerbe					
	zusammen	Ver- änderung gegen Vorjahr %	davon:				zusammen	Ver- änderung gegen Vorjahr %	davon:			
			aus dem Inland	Ver- änderung gegen Vorjahr %	aus dem Ausland	Ver- änderung gegen Vorjahr %			aus dem Inland	Ver- änderung gegen Vorjahr %	aus dem Ausland	Ver- änderung gegen Vorjahr %
1978 D	65,9	+ 5,4	74,2	+ 6,9	54,7	+ 2,6	77,4	+ 5,0	83,5	+ 4,2	53,8	+ 8,5
1979 ..	72,7	+ 10,3	80,3	+ 8,2	62,5	+ 14,3	83,5	+ 7,9	89,7	+ 7,4	59,6	+ 10,8
1980 ..	74,9	+ 3,0	81,8	+ 1,9	65,7	+ 5,1	87,0	+ 4,2	93,1	+ 3,8	63,5	+ 6,5
1981 ..	79,4	+ 6,0	80,4	- 1,7	78,0	+ 18,7	87,3	+ 0,3	91,4	- 1,8	71,7	+ 12,9
1982 ..	79,0	- 0,5	81,6	+ 1,5	75,4	- 3,3	87,1	- 0,2	90,1	- 1,4	75,9	+ 5,9
1983 ..	81,1	+ 2,7	84,7	+ 3,8	76,1	+ 0,9	91,3	+ 4,8	94,4	+ 4,8	79,6	+ 4,9
1984 ..	89,3	+ 10,1	90,7	+ 7,1	87,5	+ 15,0	96,9	+ 6,1	98,3	+ 4,1	91,7	+ 15,2
1985 ..	100,0	+ 12,0	100,0	+ 10,3	100,0	+ 14,3	100,0	+ 3,2	100,0	+ 1,7	100,0	+ 9,1
1986 ..	102,2	+ 2,2	105,4	+ 5,4	98,0	- 2,0	103,1	+ 3,1	103,3	+ 3,3	102,6	+ 2,6
1987 ..	102,4	+ 0,2	105,1	- 0,3	98,9	+ 0,9	105,4	+ 2,2	105,6	+ 2,2	104,7	+ 2,0
1988 ..	113,0	+ 10,4	113,9	+ 8,4	111,8	+ 13,0	112,8	+ 7,0	112,5	+ 6,5	114,2	+ 9,1
1989 ..	128,7	+ 13,9	130,1	+ 14,2	126,9	+ 13,5	122,5	+ 8,6	120,8	+ 7,4	129,1	+ 13,0
1990 ..	137,9	+ 7,1	146,4	+ 12,5	126,5	- 0,3	133,8	+ 9,2	134,0	+ 10,9	133,1	+ 3,1
1991 ..	141,3	+ 2,5	157,1	+ 7,3	120,3	- 4,9	140,9	+ 5,3	143,9	+ 7,4	129,6	- 2,6
1991 März	147,8	- 0,8	168,4	+ 14,1	120,4	- 20,2	160,6	+ 4,0	161,1	+ 7,5	158,4	- 7,5
April	141,6	+ 10,2	159,4	+ 22,9	118,0	- 6,9	145,8	+ 16,7	149,0	+ 20,0	133,5	+ 4,6
Mai	133,3	- 3,3	148,6	+ 2,4	112,9	- 11,9	127,8	- 0,5	131,2	+ 2,3	115,0	- 10,9
Juni	142,7	+ 8,0	157,9	+ 13,2	122,6	+ 0,3	134,1	+ 13,1	136,7	+ 15,7	124,5	+ 3,3
Juli	143,3	+ 4,3	155,8	+ 5,7	126,7	+ 2,1	133,3	+ 11,9	136,7	+ 13,5	120,3	+ 5,7
Aug.	129,7	- 4,4	144,6	- 5,8	110,0	- 1,8	134,1	+ 0,8	138,4	+ 1,5	117,7	- 2,4
Sept.	143,0	+ 1,9	159,1	+ 4,1	121,5	- 1,7	154,4	+ 3,5	155,6	+ 3,9	149,3	+ 1,3
Okt.	146,5	- 3,7	161,7	- 2,5	126,2	- 5,6	153,8	- 1,9	156,8	- 1,1	142,5	- 5,3
Nov.	141,4	- 1,8	158,5	- 1,1	118,6	- 3,0	136,7	- 3,9	140,6	- 3,7	121,9	- 4,9
Dez.	139,7	+ 3,9	149,6	+ 0,9	126,4	+ 9,0	116,6	- 3,1	120,6	- 1,6	101,4	- 9,4
1992 Jan.	145,7	- 2,1	164,1	- 1,6	121,3	- 2,8	144,0	- 0,4	146,9	- 0,8	132,9	+ 1,1
Febr.	148,7	+ 7,8	167,4	+ 8,4	123,8	+ 6,7	154,0	+ 3,1	155,9	+ 2,6	146,7	+ 5,4
März	159,0	+ 7,6	176,3	+ 4,7	135,9	+ 12,9	165,6	+ 3,1	165,8	+ 2,9	165,0	+ 4,2
April	139,3	- 1,6	155,4	- 2,5	117,8	- 0,2	142,4	- 2,3	145,2	- 2,6	131,9	- 1,2
Mai p)	130,8	- 1,9	146,6	- 1,3	109,9	- 2,7	127,5	- 0,2	131,4	+ 0,2	112,7	- 2,0

Quelle: Statistisches Bundesamt. — \* Ohne Nahrungs- und Genussmittelgewerbe; Ergebnisse für fachliche Betriebsteile; Werte ohne Mehrwertsteuer. — p Vorläufig.

## 5. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe und Wohnungsbaufinanzierung

Zeit	Auftragseingang im Bauhauptgewerbe 1)							Auftragsbestand 1) 4) im Bauhauptgewerbe		Veranschlagte Kosten 5) für genehmigte Hochbauten		Kapitalzusagen für den Wohnungsbau 7)	
	Insgesamt		Hochbau			Tiefbau 1985 = 100	1985 = 100			Ver- änderung gegen Vorjahr %	Mio DM 6)	Ver- änderung gegen Vorjahr %	Mio DM
	1985 = 100	Ver- änderung gegen Vorjahr %	1985 = 100	davon:									
				Woh- nungs- bau	Gewer- licher Hoch- bau 2)	Öffent- licher Hoch- bau 3)	1985 = 100	1985 = 100	1985 = 100	1985 = 100	1985 = 100	1985 = 100	
1986 D	109,1	+ 9,1	107,5	95,0	117,6	109,1	111,2	105,7	+ 5,7	6 551	+ 2,8	8 693	+ 0,2
1987 „	106,2	- 2,7	105,7	89,4	117,0	111,7	111,7	106,7	+ 0,8	6 421	- 2,0	8 479	- 2,5
1988 „	116,0	+ 9,2	118,2	100,0	138,5	107,3	113,1	109,3	+ 2,6	7 354	+ 14,5	8 565	+ 1,0
1989 „	132,2	+ 14,0	135,9	116,0	162,7	113,9	127,1	119,3	+ 9,1	8 360	+ 13,7	8 845	+ 3,3
1990 „	152,1	+ 15,1	160,6	145,6	192,0	119,3	140,2	141,5	+ 18,6	10 311	+ 23,3	8 801	- 0,5
1991 „	168,1	+ 10,5	177,9	166,5	213,2	121,2	154,5	165,2	+ 16,7	p) 10 929	p) + 6,0	10 590	+ 20,3
1991 Febr.	130,3	+ 2,4	142,8	132,3	175,9	88,7	113,0			9 093	+ 16,2	8 228	- 6,9
„ März	184,8	+ 4,1	187,2	184,3	219,4	121,3	181,5	159,1	+ 19,2	10 233	- 3,3	9 482	- 8,4
„ April	165,5	+ 8,6	173,3	163,7	207,7	114,8	154,6			11 534	+ 16,5	10 629	+ 26,9
„ Mai	171,1	+ 11,0	182,7	160,6	227,4	125,3	155,0			10 453	- 1,5	9 356	+ 17,1
„ Juni	201,2	+ 12,5	208,6	193,3	242,5	162,6	190,9	167,3	+ 15,8	11 965	+ 8,6	11 012	+ 41,6
„ Juli	177,6	+ 14,3	181,1	163,2	220,7	127,1	172,7			12 726	+ 9,3	13 289	+ 46,2
„ Aug.	175,2	+ 13,0	183,5	168,0	224,1	122,9	163,6			11 927	+ 10,4	11 493	+ 30,4
„ Sept.	208,0	+ 26,1	212,9	199,9	259,8	133,6	201,2	171,0	+ 17,8	10 511	+ 0,6	9 953	+ 23,2
„ Okt.	175,4	+ 8,3	184,7	183,5	212,1	126,0	162,5			12 246	+ 14,7	11 702	+ 32,9
„ Nov.	149,8	+ 7,1	167,7	167,8	191,7	113,8	124,9			10 191	- 5,2	9 434	+ 16,5
„ Dez.	159,4	+ 10,2	172,6	168,4	197,0	126,4	140,9	163,5	+ 14,7	10 582	- 3,2	15 172	+ 29,6
1992 Jan.	132,0	+ 11,1	146,9	136,2	180,6	92,0	111,3			10 179	+ 5,1	9 361	+ 27,7
„ Febr.	156,3	+ 20,0	180,8	174,3	207,7	133,2	122,3			9 095	+ 0,0	10 871	+ 32,1
„ März	209,2	+ 13,2	212,0	214,9	249,0	124,0	205,3	181,4	+ 14,0	...	...	12 085	+ 27,5
„ April	177,4	+ 7,2	183,2	181,1	212,5	122,4	169,3			...	...	14 233	+ 33,9

Quelle: Statistisches Bundesamt; Verbände des Kreditgewerbes. — 1 Werte ohne Mehrwertsteuer. — 2 Einschl. Bundesbahn und Bundespost. — 3 Ohne Bundesbahn und Bundespost. — 4 Quartalsendstand. — 5 Einschl. Mehrwertsteuer. — 6 Die gesondert erfaßten Jahreszahlen weichen von den Summen der Monatsergebnisse

geringfügig ab. — 7 Von Sparkassen, Girozentralen, öffentlichen und privaten Real-  
kreditinstituten sowie Bausparkassen zugesagte Kredite für Wohnungsneubau, Moder-  
nisierung und Instandhaltung älterer Wohnungen, Erwerb von Wohnungen und Wohn-  
gebäuden sowie Ablösungen. — p Vorläufig.

## 6. Einzelhandelsumsätze \*)

Zeit	darunter:												
	Unternehmen 2) mit Schwerpunkt in den Bereichen												
	Insgesamt		Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren		Textilien, Bekleidung Schuhe, Lederwaren		Einrichtungs- gegenstände 3)		Fahrzeuge 4)		Warenhäuser		
	1986 = 100	Veränderung gegen Vorjahr % nicht bereinigt	1986 = 100	Ver- änderung gegen Vorjahr % preis- bereinigt 1)	1986 = 100	Ver- änderung gegen Vorjahr %	1986 = 100	Ver- änderung gegen Vorjahr %	1986 = 100	Ver- änderung gegen Vorjahr %	1986 = 100	Ver- änderung gegen Vorjahr %	
1986 D	100,0	+ 3,0	+ 3,4	100,0	+ 1,9	100,0	+ 3,8	100,0	+ 3,7	100,0	+ 14,0	100,0	+ 2,5
1987 „	104,2	+ 4,2	+ 4,0	102,0	+ 2,0	102,9	+ 2,9	107,4	+ 7,4	109,0	+ 9,0	99,4	- 0,6
1988 „	108,3	+ 3,9	+ 3,4	106,1	+ 4,0	103,1	+ 0,2	115,2	+ 7,3	114,8	+ 5,3	101,2	+ 1,8
1989 „	113,5	+ 4,8	+ 2,7	111,5	+ 5,1	104,7	+ 1,6	122,3	+ 6,2	125,1	+ 9,0	102,9	+ 1,7
1990 „	125,5	+ 10,6	+ 8,3	120,6	+ 8,2	114,8	+ 9,6	135,2	+ 10,5	146,8	+ 17,3	110,4	+ 7,3
1991 „ p) r)	136,6	+ 8,8	+ 5,9	125,2	+ 3,8	123,7	+ 7,8	146,1	+ 8,1	172,4	+ 17,4	113,8	+ 3,1
1991 p) r) April	138,8	+ 15,7	+ 12,8	120,3	+ 1,5	123,6	+ 13,2	143,3	+ 16,5	209,7	+ 40,9	96,8	+ 2,1
„ Mai	136,4	+ 9,5	+ 6,7	127,0	+ 3,8	114,2	- 0,8	138,0	+ 10,1	195,9	+ 23,6	97,9	+ 5,7
„ Juni	133,3	+ 14,8	+ 11,8	121,2	+ 1,5	107,2	+ 15,4	137,4	+ 14,6	200,3	+ 37,0	95,4	+ 8,9
„ Juli	141,5	+ 12,2	+ 7,2	128,9	+ 6,0	120,0	+ 14,8	142,8	+ 11,4	217,4	+ 27,0	117,7	+ 3,2
„ Aug.	124,9	+ 1,1	- 1,7	126,6	+ 0,6	105,8	+ 5,9	129,7	+ 4,0	134,0	- 9,2	103,0	- 1,4
„ Sept.	124,8	+ 2,9	+ 0,1	116,8	+ 2,4	120,6	- 2,7	133,9	+ 3,3	136,9	+ 2,1	93,6	- 4,7
„ Okt.	144,4	+ 5,7	+ 3,3	129,0	+ 4,5	153,6	+ 13,5	156,9	+ 4,1	162,6	- 0,9	113,0	+ 5,8
„ Nov.	145,9	+ 2,7	- 0,1	130,6	+ 3,2	147,4	+ 5,7	170,2	+ 2,7	151,4	- 2,6	139,1	+ 1,3
„ Dez.	161,7	+ 2,9	+ 0,5	144,4	+ 2,9	157,2	- 0,8	199,6	+ 4,0	144,0	+ 4,0	185,1	- 0,4
1992 p) r) Jan.	128,2	+ 1,7	- 0,6	117,4	+ 0,0	114,6	+ 4,7	136,8	+ 4,7	153,7	- 1,3	125,1	+ 1,9
„ Febr.	124,4	+ 5,2	+ 2,3	116,0	+ 4,6	98,8	+ 5,9	136,9	+ 8,4	160,4	+ 2,6	96,3	+ 4,0
„ März	137,7	- 3,4	- 6,7	121,5	- 5,9	118,7	- 10,2	147,6	+ 2,2	199,7	- 2,3	97,0	- 10,6
„ April	141,0	+ 1,6	- 1,6	129,7	+ 7,8	123,7	+ 0,1	141,8	- 1,0	196,1	- 6,5	104,1	+ 7,5

Quelle: Statistisches Bundesamt. — \* Einschl. Mehrwertsteuer. — 1 In Preisen von 1985. — 2 Ohne Warenhäuser und andere Unternehmen ohne ausgeprägten Schwer-

punkt. — 3 Einschl. elektrotechnischer Erzeugnisse und Musikinstrumente. — 4 Einschl. Fahrzeugteile und Reifen. — p Vorläufig. — r Teilweise revidiert.

## VIII. Allgemeine Konjunkturlage – Westdeutschland

### 7. Preise

Zeit	Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte im Inlandsabsatz 1)					Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte 1)			Indizes der Preise im Außenhandel		Indizes der Durchschnittswerte im Außenhandel r)			Index der Weltmarktpreise für Rohstoffe 3) 4)
	insgesamt		darunter: Erzeugnisse des			insgesamt		darunter: Pflanzliche Produkte	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Aus-tausch-verhältnis (Terms of Trade) 2)	
	1985 = 100	Ver-änderung gegen Vorjahr %	Grund-stoff- und Pro-duktions-güter-gewerbes	Investi-tions-güter-gewerbes	Ver-brauchs-güter-gewerbes	1985 = 100	Ver-änderung gegen Vorjahr %							
1981 D	88,3	+ 7,8	90,4	88,0	89,4	103,3	+ 6,1	107,5	88,7	91,2	106,3	113,8	93,4	122,0
1982 „	93,5	+ 5,9	93,8	93,0	92,9	107,0	+ 3,6	106,3	92,5	93,3	110,9	114,5	96,9	115,9
1983 „	94,9	+ 1,5	93,4	95,5	94,5	105,4	- 1,5	108,0	94,1	93,0	112,4	114,1	98,5	106,1
1984 „	97,6	+ 2,8	97,2	97,6	97,5	104,1	- 1,2	107,3	97,4	98,6	116,3	120,8	96,3	103,9
1985 „	100	+ 2,5	100	100	100	100	- 3,9	100	100	100	120,8	123,9	97,5	100,0
1986 „	97,5	- 2,5	89,1	102,1	101,0	94,3	- 5,7	98,3	98,2	84,3	116,8	104,1	112,2	72,6
1987 „	95,1	- 2,5	86,3	103,8	101,9	91,7	- 2,8	98,9	97,3	79,8	113,8	97,8	116,4	75,7
1988 „	96,3	+ 1,3	87,9	105,5	103,8	91,8	+ 0,1	96,0	99,3	80,8	114,8	98,7	116,3	72,7
1989 „	99,3	+ 3,1	93,4	107,8	106,5	99,8	+ 8,7	97,4	102,1	84,4	120,0	106,0	113,2	80,1
1990 „	101,0	+ 1,7	93,1	110,7	109,1	94,7	- 5,1	97,4	102,2	82,5	118,6	103,3	114,8	94,1
1991 „	103,4	+ 2,4	93,6	114,0	112,1	94,0	- 0,7	101,8	103,5	82,8	117,9	105,1	112,2	82,0
1991 Juni	103,1	+ 2,3	91,8	114,2	112,0	95,4	- 3,5	111,2	103,9	83,4	118,4	106,6	111,1	77,8
Juli	104,0	+ 3,3	94,2	114,5	112,4	94,0	- 4,2	107,9	103,9	83,3	118,6	108,6	109,2	80,2
Aug.	104,0	+ 2,7	94,0	114,5	112,5	94,2	- 0,1	103,1	103,8	82,9	118,7	105,1	112,9	81,0
Sept.	104,3	+ 2,6	94,3	114,7	112,7	96,0	+ 2,9	102,2	103,8	82,7	118,9	106,5	111,6	83,0
Okt.	104,4	+ 2,3	94,3	115,0	112,9	95,2	+ 5,0	100,0	103,7	82,9	117,3	105,0	111,7	87,0
Nov.	104,3	+ 2,5	93,9	115,0	112,8	97,2	+ 6,6	102,3	103,6	82,4	117,4	104,4	112,5	85,2
Dez.	104,1	+ 2,6	93,1	115,0	112,8	97,9	+ 6,4	103,7	103,5	81,1	119,9	103,1	116,3	77,9
1992 Jan.	104,0	+ 1,6	92,5	115,5	113,2	98,0	+ 7,0	103,6	104,0	80,8	116,0	101,8	113,9	76,4
Febr.	104,3	+ 2,0	92,7	115,8	113,4	98,1	+ 3,9	103,6	104,2	81,2	115,9	103,6	111,9	76,7
März	104,6	+ 2,5	92,3	116,4	113,6	97,9	+ 3,4	102,7	104,4	81,2	117,6	103,3	113,8	76,6
April	104,9	+ 1,9	92,8	117,0	113,7	p) 97,4	p) + 3,4	p) 102,2	104,7	81,2	...	...	...	80,0
Mai	105,1	+ 2,0	93,0	117,2	114,0	p) 96,5	p) + 0,6	p) 101,6	104,9	81,2	...	...	...	82,4
Juni	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	86,7

Zeit	Gesamtbaupreisindex für Wohngebäude 5)		Preisindex für Straßenbau 5)		Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte									
	1985 = 100	Ver-änderung gegen Vorjahr %	1985 = 100	Ver-änderung gegen Vorjahr %	insgesamt		davon:				Lebenshaltung ohne Nahrungsmittel		Energieträger 6)	
					1985 = 100	Ver-änderung gegen Vorjahr %	Nahrungs-mittel	andere Ver-brauchs- und Gebrauchs-güter	Dienst-leistun-gen und Repara-turen	Wohn-ungs- und Garagen-nutzung	1985 = 100	Ver-änderung gegen Vorjahr %	1985 = 100	Ver-änderung gegen Vorjahr %
1981 D	91,8	+ 5,8	100,0	+ 2,7	88,0	+ 6,3	92,0	88,7	87,1	83,9	87,3	+ 6,5	87,7	+ 5,2
1982 „	94,8	+ 3,3	97,7	- 2,3	92,6	+ 5,2	96,5	93,3	91,9	88,5	92,0	+ 5,4	92,3	+ 5,2
1983 „	96,7	+ 2,0	96,9	- 0,8	95,7	+ 3,3	98,0	95,7	95,6	93,5	95,3	+ 3,6	95,8	+ 3,8
1984 „	99,3	+ 2,7	98,2	+ 1,3	98,0	+ 2,4	99,8	97,8	97,9	97,0	97,6	+ 2,4	98,1	+ 2,4
1985 „	100	+ 0,7	100	+ 1,8	100	+ 2,0	100	100	100	100	100	+ 2,5	100	+ 1,9
1986 „	101,4	+ 1,4	102,1	+ 2,1	99,9	- 0,1	99,6	97,7	102,3	101,8	99,9	- 0,1	101,6	+ 1,6
1987 „	103,3	+ 1,9	103,2	+ 1,1	100,1	+ 0,2	99,1	96,6	104,3	103,4	100,3	+ 0,4	102,7	+ 1,1
1988 „	105,4	+ 2,0	104,3	+ 1,1	101,4	+ 1,3	99,1	96,9	107,2	105,6	101,7	+ 1,4	104,4	+ 1,7
1989 „	109,1	+ 3,5	106,6	+ 2,2	104,2	+ 2,8	101,3	99,9	109,9	108,7	104,6	+ 2,9	106,8	+ 2,3
1990 „	115,9	+ 6,2	113,2	+ 6,2	107,0	+ 2,7	104,9	102,1	112,6	112,5	107,3	+ 2,6	109,5	+ 2,5
1991 „	124,6	+ 7,5	121,0	+ 6,9	110,7	+ 3,5	108,2	105,4	116,5	117,3	111,1	+ 3,5	113,0	+ 3,2
1991 März	...	...	...	...	109,0	+ 2,5	107,1	103,5	114,5	115,7	109,3	+ 2,5	111,6	+ 2,4
April	...	...	...	...	109,5	+ 2,8	108,0	104,0	115,0	116,2	109,7	+ 2,8	112,1	+ 2,7
Mai	124,6	+ 7,7	121,0	+ 7,0	109,9	+ 3,0	108,7	104,3	115,3	116,8	110,1	+ 3,1	112,4	+ 2,6
Juni	...	...	...	...	110,5	+ 3,5	109,6	104,5	116,4	117,2	110,6	+ 3,5	113,1	+ 3,1
Juli	...	...	...	...	111,5	+ 4,4	109,8	106,0	117,4	117,8	111,8	+ 4,5	113,6	+ 3,6
Aug.	126,1	+ 7,7	122,4	+ 7,2	111,5	+ 4,1	108,6	106,0	117,7	118,1	111,9	+ 4,1	113,6	+ 3,7
Sept.	...	...	...	...	111,7	+ 3,9	107,7	106,5	117,9	118,5	112,3	+ 4,0	113,7	+ 3,7
Okt.	...	...	...	...	112,0	+ 3,5	107,7	106,8	118,0	118,9	112,6	+ 3,6	114,0	+ 3,7
Nov.	126,8	+ 7,5	123,3	+ 6,8	112,5	+ 4,2	109,0	107,3	118,3	119,2	113,0	+ 4,1	114,5	+ 4,1
Dez.	...	...	...	...	112,6	+ 4,2	109,3	107,0	118,7	119,7	113,1	+ 4,1	114,8	+ 4,0
1992 Jan.	...	...	...	...	113,1	+ 4,0	110,4	106,9	119,9	120,3	113,5	+ 3,9	115,5	+ 4,1
Febr.	128,7	+ 6,4	125,3	+ 6,8	113,8	+ 4,3	111,2	107,5	120,9	121,0	114,2	+ 4,3	116,2	+ 4,4
März	...	...	...	...	114,2	+ 4,8	111,0	107,9	121,2	121,6	114,6	+ 4,8	116,7	+ 4,6
April	...	...	...	...	114,5	+ 4,6	111,8	108,1	121,5	122,2	115,0	+ 4,8	117,0	+ 4,4
Mai	...	...	...	...	115,0	+ 4,6	112,6	108,5	121,7	122,8	115,4	+ 4,8	117,5	+ 4,5

Quelle: Statistisches Bundesamt; für den Index der Weltmarktpreise: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv. — 1 Ohne Mehrwertsteuer. — 2 Index der Durchschnittswerte der Ausfuhr in % des Index der Durchschnittswerte der Einfuhr. — 3 Nahrungsmittel und Industrierohstoffe; auf Dollarbasis. — 4 Umbasiert von der Originalbasis 1975 = 100. — 5 Einschl. Mehrwertsteuer. — 6 Mineralölprodukte, Strom, Gas und

Kohle sowie Umlagen für Zentralheizung, Warmwasser und Fernwärme (Eigene Berechnung). — p Vorläufig. — o Vergleichbarkeit des Reihenniveaus eingeschränkt (Durchschnittswerte für 1980 der 1988 geänderten Systematikpositionen teilweise geschätzt). — r 1991 revidiert.

## 8. Einkommen der privaten Haushalte

Zeit	Bruttolöhne und -gehälter 1)		Nettolöhne und -gehälter 2)		Öffentliche Einkommensübertragungen 3)		Masseneinkommen 4)		Verfügbares Einkommen 5)		Private Ersparnis 6)		Sparquote 7)
	Mrd DM	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd DM	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd DM	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd DM	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd DM	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd DM	Veränderung gegen Vorjahr %	%
1975	506,4	+ 3,6	376,2	+ 3,9	162,6	+ 25,1	538,8	+ 9,5	696,2	+ 10,1	112,8	+ 14,1	16,2
1976	543,6	+ 7,3	395,4	+ 5,1	173,3	+ 6,6	568,7	+ 5,5	739,0	+ 6,1	107,1	- 5,0	14,5
1977	583,5	+ 7,3	420,2	+ 6,3	187,0	+ 7,9	607,2	+ 6,8	786,0	+ 6,4	103,9	- 3,1	13,2
1978	623,1	+ 6,8	453,6	+ 7,9	196,7	+ 5,2	650,3	+ 7,1	837,0	+ 6,5	111,1	+ 7,0	13,3
1979	674,6	+ 8,3	494,0	+ 8,9	207,9	+ 5,7	702,0	+ 8,0	907,5	+ 8,4	126,2	+ 13,6	13,9
1980	733,9	+ 8,8	531,3	+ 7,5	222,8	+ 7,1	754,1	+ 7,4	975,0	+ 7,4	138,0	+ 9,3	14,2
1981	766,8	+ 4,5	553,5	+ 4,2	239,2	+ 7,3	792,7	+ 5,1	1 035,6	+ 6,2	152,1	+ 10,2	14,7
1982	788,4	+ 2,8	564,8	+ 2,0	250,6	+ 4,8	815,4	+ 2,9	1 064,8	+ 2,8	148,7	- 2,2	14,0
1983	803,4	+ 1,9	571,5	+ 1,2	255,4	+ 1,9	826,8	+ 1,4	1 093,7	+ 2,7	134,4	- 9,6	12,3
1984	831,4	+ 3,5	585,6	+ 2,5	257,4	+ 0,8	843,0	+ 2,0	1 148,7	+ 5,0	147,5	+ 9,8	12,8
1985	861,9	+ 3,7	600,1	+ 2,5	262,1	+ 1,8	862,2	+ 2,3	1 187,8	+ 3,4	151,3	+ 2,5	12,7
1986	906,1	+ 5,1	632,9	+ 5,5	271,1	+ 3,4	904,0	+ 4,9	1 233,3	+ 3,8	166,9	+ 10,3	13,5
1987	945,1	+ 4,3	654,6	+ 3,4	285,4	+ 5,3	940,0	+ 4,0	1 283,2	+ 4,0	175,2	+ 5,0	13,7
1988	982,2	+ 3,9	682,3	+ 4,2	298,5	+ 4,6	980,8	+ 4,3	1 339,8	+ 4,4	186,2	+ 6,2	13,9
1989 p)	1 027,1	+ 4,6	707,2	+ 3,6	308,3	+ 3,3	1 015,5	+ 3,5	1 398,1	+ 4,3	188,5	+ 1,3	13,5
1990 p)	1 104,6	+ 7,6	779,4	+ 10,2	326,8	+ 6,0	1 106,1	+ 8,9	1 523,9	+ 9,0	224,7	+ 19,2	14,7
1991 p)	1 190,5	+ 7,8	816,8	+ 4,8	349,7	+ 7,0	1 166,5	+ 5,5	1 614,8	+ 6,0	235,7	+ 4,9	14,6
1991 p) 2. Vj.	289,3	+ 9,0	197,7	+ 6,1	83,7	+ 6,3	281,3	+ 6,1	396,5	+ 8,0	54,0	+ 12,0	13,6
3. „	295,8	+ 8,3	204,8	+ 4,8	88,6	+ 7,9	293,3	+ 5,7	387,8	+ 5,2	47,0	+ 0,6	12,1
4. „	340,8	+ 7,1	225,7	+ 2,8	91,5	+ 7,5	317,2	+ 4,1	438,7	+ 4,5	69,6	+ 1,9	15,9
1992 p) 1. Vj.	283,0	+ 6,9	194,0	+ 2,8	89,4	+ 3,9	283,4	+ 3,2	407,7	+ 4,1	64,8	- 0,5	15,9

1 Einschl. zusätzlicher Sozialaufwendungen der Arbeitgeber (u.a. für die betriebliche Altersversorgung, aber ohne Arbeitgeberbeiträge zu den Sozialversicherungen); Inländerkonzept. — 2 Nach Abzug der von den Bruttolöhnen und -gehältern zu entrichtenden Lohnsteuer sowie der Arbeitnehmerbeiträge zu den Sozialversicherungen. — 3 Sozialrenten, Unterstützungen und Beamtenpensionen (netto), abzüglich Übertragungen der privaten Haushalte an den Staat. — 4 Nettolöhne und -gehälter zuzüglich

öffentlicher Einkommensübertragungen. — 5 Masseneinkommen zuzüglich der Vermögenseinkünfte aller privaten Haushalte sowie der Privatentnahmen der Selbständigen, abzüglich Einkommensübertragungen an das Ausland. — 6 Einschl. der Ansprüche gegenüber betrieblichen Pensionsfonds. — 7 Ersparnis in % des verfügbaren Einkommens. — p Vorläufig.  
Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

## 9. Tarif- und Effektivverdienste \*)

Zeit	Gesamtwirtschaft						Produzierendes Gewerbe (einschl. Baugewerbe)					
	Tariflohn- und -gehaltsniveau				Löhne und Gehälter je Beschäftigten		Tariflohn- und -gehaltsniveau				Löhne und Gehälter je Beschäftigten	
	auf Stundenbasis		auf Monatsbasis				auf Stundenbasis		auf Monatsbasis			
	1985 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	1985 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	1985 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	1985 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	1985 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	1985 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %
1975	61,7	+ 9,3	62,6	+ 8,5	62,0	+ 6,2	60,4	+ 9,1	61,4	+ 9,1	58,5	+ 7,5
1976	65,4	+ 6,0	66,3	+ 5,9	66,2	+ 6,9	64,2	+ 6,2	65,2	+ 6,2	63,4	+ 8,3
1977	69,9	+ 6,9	70,8	+ 6,9	70,7	+ 6,8	69,0	+ 7,5	70,1	+ 7,5	67,6	+ 6,7
1978	73,9	+ 5,7	74,8	+ 5,6	74,5	+ 5,3	73,1	+ 5,9	74,3	+ 5,9	71,4	+ 5,5
1979	77,6	+ 4,9	78,4	+ 4,8	78,7	+ 5,7	76,7	+ 4,9	77,9	+ 4,9	76,0	+ 6,5
1980	82,8	+ 6,7	83,6	+ 6,7	83,9	+ 6,6	82,0	+ 6,9	83,2	+ 6,9	81,4	+ 7,1
1981	87,4	+ 5,6	88,3	+ 5,5	87,9	+ 4,8	86,6	+ 5,7	88,0	+ 5,7	85,7	+ 5,3
1982	91,0	+ 4,1	91,7	+ 4,0	91,4	+ 3,9	90,2	+ 4,1	91,6	+ 4,1	89,7	+ 4,7
1983	94,0	+ 3,3	94,7	+ 3,3	94,3	+ 3,2	93,2	+ 3,3	94,7	+ 3,4	93,2	+ 3,9
1984	96,7	+ 2,8	97,3	+ 2,8	97,2	+ 3,0	96,0	+ 3,0	97,4	+ 2,9	96,6	+ 3,7
1985	100,0	+ 3,4	100,0	+ 2,7	100,0	+ 2,9	100,0	+ 4,2	100,0	+ 2,6	100,0	+ 3,5
1986	104,1	+ 4,1	103,5	+ 3,5	103,6	+ 3,6	104,4	+ 4,4	103,8	+ 3,8	104,2	+ 4,2
1987	108,1	+ 3,8	107,0	+ 3,4	106,8	+ 3,1	108,2	+ 3,7	107,6	+ 3,7	107,6	+ 3,3
1988	111,7	+ 3,3	110,0	+ 2,7	110,0	+ 3,0	112,4	+ 3,8	110,6	+ 2,7	112,0	+ 4,0
1989 p)	115,9	+ 3,7	112,9	+ 2,7	113,3	+ 3,0	116,7	+ 3,8	113,4	+ 2,5	116,0	+ 3,6
1990 p)	122,5	+ 5,7	118,1	+ 4,6	118,6	+ 4,7	123,5	+ 5,8	118,6	+ 4,6	121,9	+ 5,1
1991 p)	130,8	+ 6,8	125,4	+ 6,2	125,9	+ 6,1	131,5	+ 6,5	126,1	+ 6,3	128,9	+ 5,7
1991 p) 4. Vj.	132,8	+ 6,8	127,2	+ 6,4	143,5	+ 6,4	134,0	+ 6,7	128,4	+ 6,5	143,9	+ 6,0
1992 p) 1. Vj.	135,0	+ 6,7	129,2	+ 6,5	120,2	+ 6,5	134,5	+ 6,5	128,8	+ 6,4	123,5	+ 6,9
1992 p) Jan.	134,8	+ 7,0	129,0	+ 6,8	.	.	134,3	+ 6,5	128,6	+ 6,4	124,0	+ 5,4
Febr.	135,0	+ 7,0	129,2	+ 6,8	.	.	134,5	+ 6,5	128,8	+ 6,4	119,0	+ 7,8
März	135,3	+ 6,2	129,5	+ 6,0	.	.	134,7	+ 6,5	129,0	+ 6,4	127,6	+ 7,5
April	138,0	+ 5,5	132,0	+ 5,3	.	.	139,2	+ 5,5	133,3	+ 5,4	127,8	+ 5,6
Mai	138,7	+ 5,3	132,6	+ 5,1	.	.	139,6	+ 5,4	133,6	+ 5,2	...	...

\* Bei der Berechnung des Tariflohn- und -gehaltsniveaus wurden Pauschalzahlungen sowie lineare Erhöhungssätze zusammengefaßt und auf die gesamte Laufzeit der

Tarifverträge umgerechnet. — p Vorläufig.

## 10. Ausgewählte Wirtschaftszahlen für Ostdeutschland

Arbeitsmarkt															
Zeit	Beschäftigte 1)				Kurzarbeiter 3)		Arbeitslose 1)			Arbeitslosenquote in % 4)	Offene Stellen 1)	Arbeitsvermittlungen im jeweiligen Monat	Personen in beruflicher Weiterbildung 5)	Beschäftigte in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	Bezieher von Altersübergangsgeld 3)
	Verarbeitendes Gewerbe 2)	Veränderung gegen Vormonat	Bauhauptgewerbe	Veränderung gegen Vormonat	Bestand	Veränderung gegen Vormonat	Bestand	Veränderung gegen Vormonat							
	Tsd														
1991 Juni	1 763	- 73	327	- 11	1 899	- 70	843	+ 0	9,5	32	61	272	148	144	
Juli	1 548	-215	328	+ 1	1 611	- 288	1 069	+ 226	12,1	40	96	313	210	184	
Aug.	1 492	- 56	327	- 1	1 449	- 162	1 063	- 5	12,1	44	83	324	262	207	
Sept.	1 440	- 52	330	+ 3	1 333	- 115	1 029	- 34	11,7	43	87	351	313	226	
Okt.	1 354	- 86	318	- 12	1 200	- 133	1 049	+ 20	11,9	41	66	383	348	282	
Nov.	1 307	- 47	315	- 3	1 103	- 97	1 031	- 18	11,7	36	59	410	371	305	
Dez.	1 238	- 69	310	- 5	1 035	- 68	1 038	+ 7	11,8	35	48	435	390	329	
1992 Jan.	992	-246	300	- 10	521	- 514	1 343	+ 306	+ 17,0	40	61	438	394	443	
Febr.	968	- 24	301	+ 1	519	- 2	1 290	- 53	16,4	34	58	471	400	458	
März	943	- 25	303	+ 2	494	- 25	1 220	- 70	15,5	33	63	497	401	469	
April	...	...	302	- 1	466	- 28	1 196	- 24	15,2	31	61	507	404	473	
Mai	...	...	...	...	437	- 29	1 149	- 47	14,6	30	52	510	405	479	
Juni	...	...	...	...	417	- 19	1 123	- 26	14,2	32	54	509	402	486	
Produzierendes Gewerbe															
Verarbeitendes Gewerbe							Bauhauptgewerbe								
Nettoproduktion 6)				Auftragseingang		Umsatz		Nettoproduktion 6)		Auftragseingang		Umsatz		Auftragsbestand	
2. Halbjahr 1990 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2. Halbjahr 1990 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2. Halbjahr 1990 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2. Halbjahr 1990 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2. Halbjahr 1990 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2. Halbjahr 1990 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	Mio DM	Veränderung gegen Vorjahr %	2. Halbjahr 1990 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %
1991 April	60,3	.	80,3	.	54,6	.	100,6	.	115,0	.	1 948	.	.	.	.
Mai	64,1	.	68,5	.	49,5	.	102,2	.	127,5	.	2 009	.	.	.	.
Juni	65,0	.	75,7	.	53,7	.	97,9	.	161,1	.	2 062	.	83,5	.	.
Juli	64,3	- 44,4	71,8	- 47,1	53,4	- 50,8	106,6	+ 7,8	169,0	+ 120,9	2 261	.	.	.	.
Aug.	63,7	- 38,4	85,4	- 18,7	52,0	- 51,0	105,3	+ 3,9	176,7	+ 89,4	2 201	.	.	.	.
Sept.	68,5	- 30,1	71,5	- 16,4	56,8	- 40,0	114,1	+ 9,6	199,2	+ 58,9	2 375	.	.	96,2	- 18,5
Okt.	70,8	- 28,2	75,2	- 12,3	59,2	- 35,8	119,9	+ 6,9	189,4	+ 87,7	2 578	.	.	.	.
Nov.	71,4	- 27,8	78,8	- 11,8	59,4	- 38,2	113,7	+ 7,0	165,5	+ 64,5	2 689	.	.	.	.
Dez.	67,6	- 20,2	92,4	- 6,4	66,7	- 34,7	82,5	+ 8,0	159,0	+ 53,8	3 107	.	.	r) 106,9	r) + 30,4
1992 Jan.	61,8	- 11,8	93,7	+ 7,5	44,2	- 16,0	86,2	- 4,4	147,2	+ 78,6	1 301	+ 6,0	.	.	.
Febr.	60,3	- 2,7	65,0	- 2,8	47,8	- 0,2	89,1	+ 37,7	152,8	+ 109,3	1 544	+ 34,3	.	.	.
März	67,5	+ 2,7	70,9	- 23,6	53,0	- 3,5	108,5	+ 10,2	194,5	+ 88,8	2 046	+ 34,1	121,2	+ 56,0	.
April	62,1	+ 3,0	76,2	- 5,1	49,9	- 8,6	108,0	+ 7,4	189,7	+ 65,0	2 221	+ 14,0	.	.	.
Einzelhandel, Preise 7)															
Einzelhandelsumsatz 8) p)				Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)				Preisindex für die Lebenshaltung 10)							
Einzelhandel insgesamt	darunter:			Veränderung gegen Vorjahr %	1989 = 100	Juli 1990 bis Juni 1991 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	insgesamt	insgesamt ohne Mieten und Energie 11)	Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	Bekleidung, Schuhe	Mieten, Energie 11)	Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter der Haushaltsführung	Güter für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	
	Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren 9)	Einrichtungengegenstände	Fahrzeuge, Fahrzeugteile, -reifen usw.												
	3. Quartal 1990 = 100														1989 = 100
1991 April	93,2	100,6	...	...	63,2	.	105,1	.	102,6	104,7	118,1	102,4	104,3	104,3	
Mai	...	...	...	...	63,1	.	105,6	.	102,4	104,1	125,8	102,4	104,5	104,5	
Juni	...	...	...	...	63,0	.	105,9	.	103,2	103,6	125,7	102,7	104,7	104,7	
Juli	...	...	...	...	63,1	- 1,7	106,7	+ 13,8	103,8	103,0	125,7	102,6	107,4	107,4	
Aug.	...	...	...	...	63,1	± 0,0	106,8	+ 13,7	103,3	103,4	126,0	102,9	107,9	107,9	
Sept.	...	...	...	...	63,2	+ 0,6	107,1	+ 12,4	103,0	104,2	127,5	103,3	108,0	108,0	
Okt.	...	...	...	...	63,3	+ 0,6	117,3	+ 21,2	103,1	104,9	304,2	103,7	108,2	108,2	
Nov.	...	...	...	...	63,2	+ 1,1	118,0	+ 22,2	104,3	105,4	304,3	104,2	108,3	108,3	
Dez.	...	...	...	...	63,1	+ 1,6	118,0	+ 21,3	104,2	105,9	304,2	104,4	108,1	108,1	
1992 Jan.	...	...	...	...	63,4	+ 0,2	118,8	+ 15,9	104,9	105,4	304,4	104,8	109,3	109,3	
Febr.	...	...	...	...	63,5	+ 0,2	119,2	+ 15,8	105,4	105,0	304,6	105,0	109,7	109,7	
März	...	...	...	...	63,8	+ 0,9	119,8	+ 15,1	105,9	105,1	305,3	105,0	111,4	111,4	
April	...	...	...	...	63,9	+ 1,1	120,0	+ 14,2	106,2	105,2	304,8	105,3	111,8	111,8	
Mai	...	...	...	...	63,8	+ 1,1	120,6	+ 14,2	106,4	105,4	304,3	105,5	112,4	112,4	

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesanstalt für Arbeit. — 1 Stand am Monatsende. — 2 Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten; Werte für 1991 revidiert. — 3 Stand zur Monatsmitte. — 4 Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 5 Geschätzt. — 6 Index für fachliche Unternehmensteile; arbeitstäglich

bereinigt. — 7 Ab Juli 1990 Preise in DM, davor in Mark der DDR. — 8 In jeweiligen Preisen. — 9 Ohne elektrotechnische Erzeugnisse. — 10 Alle Arbeitnehmerhaushalte. — 11 Energie ohne Kraftstoffe. — p Vorläufig. — + Ab Januar 1992 berechnet auf Basis neuer Erwerbspersonenzahlen. — r Revidiert.

# 1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz (Salden)

Mio DM											
Zeit	Leistungsbilanz (Bilanz der laufenden Posten) und Kapitalbilanz										Veränderung der Netto-Auslandsaktiva der Bundesbank (Zunahme: +) 7)
	Leistungsbilanz					Kapitalbilanz (Kapitalexport: —)			Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen 5)	Ausgleichs-posten zur Auslands-position der Bundesbank 6)	
	Saldo der Leistungsbilanz	Außenhandel 1)	Ergänzungen zum Warenverkehr 2) und Transit-handel	Dienst-leistungen 3)	Über-tragungen	Saldo der Kapital-bilanz	langfristiger Kapital-verkehr	kurzfristiger Kapital-verkehr 4)			
1971	+ 3 346	+ 15 892	+ 145	— 2 380	— 10 311	+ 8 730	+ 6 293	+ 2 438	+ 4 280	— 5 370	+ 10 986
1972	+ 3 837	+ 20 278	— 240	— 4 146	— 12 056	+ 10 321	+ 15 551	— 5 231	+ 1 533	— 495	+ 15 195
1973	+ 13 403	+ 32 979	+ 559	— 6 415	— 13 720	+ 10 725	+ 12 950	— 2 224	+ 2 300	— 10 279	+ 16 149
1974	+ 27 286	+ 50 846	— 406	— 7 999	— 15 155	— 28 772	— 6 282	— 22 490	— 419	— 7 231	— 9 136
1975	+ 10 647	+ 37 276	— 1 004	— 8 325	— 17 300	— 12 560	— 18 231	+ 5 671	— 307	+ 5 480	+ 3 260
1976	+ 9 324	+ 34 469	— 638	— 6 349	— 18 157	— 1 074	— 780	— 294	+ 539	— 7 489	+ 1 301
1977	+ 9 314	+ 38 436	— 435	— 11 045	— 17 642	+ 1 579	— 12 611	+ 14 190	— 442	— 7 880	+ 2 570
1978	+ 17 883	+ 41 200	+ 774	— 5 898	— 18 193	+ 6 228	— 2 805	+ 9 033	— 4 339	— 7 586	+ 12 185
1979	— 9 925	+ 22 429	— 544	— 11 305	— 20 506	+ 9 438	+ 12 200	— 2 762	— 4 466	— 2 334	— 7 288
1980	— 25 125	+ 8 947	— 489	— 10 118	— 23 466	— 404	+ 5 807	— 6 211	— 2 365	+ 2 164	— 25 730
1981	— 8 026	+ 27 720	— 183	— 10 745	— 24 817	+ 5 756	+ 8 386	— 2 630	— 14	+ 3 561	+ 1 278
1982	+ 12 408	+ 51 277	+ 780	— 13 720	— 25 928	+ 3 150	— 14 156	+ 11 005	— 6 180	— 411	+ 2 667
1983	+ 13 540	+ 42 089	+ 3 270	— 6 614	— 25 205	— 18 435	— 6 979	— 11 456	+ 820	+ 2 430	— 1 644
1984	+ 27 940	+ 53 966	— 1 052	+ 4 748	— 29 723	— 37 491	— 19 827	— 17 663	+ 6 451	+ 2 118	— 981
1985	+ 48 327	+ 73 353	— 1 337	+ 5 402	— 29 091	— 54 564	— 12 865	— 41 699	+ 8 080	— 3 104	— 1 261
1986	+ 85 793	+ 112 619	— 1 468	+ 1 698	— 27 056	— 82 551	+ 33 416	— 115 967	+ 2 722	+ 3 150	+ 2 814
1987	+ 82 462	+ 117 735	— 1 122	— 5 045	— 29 107	— 38 997	— 21 973	— 17 024	— 2 245	— 9 303	+ 31 916
1988	+ 88 936	+ 128 045	+ 1 116	— 8 437	— 31 788	— 127 523	— 86 751	— 40 772	+ 3 911	+ 2 158	— 32 519
1989	+ 107 963	+ 134 576	— 1 263	+ 8 413	— 33 763	— 135 599	— 22 534	— 113 065	+ 8 640	— 2 564	— 21 560
1990 o)	+ 76 079	+ 105 382	— 484	+ 7 863	— 36 682	— 90 113	— 66 178	— 23 935	+ 25 010	— 5 105	+ 5 871
1991	— 32 888	+ 21 899	+ 1 791	+ 2 585	— 59 163	+ 14 406	— 27 887	+ 42 293	+ 18 801	+ 504	+ 823
1987 2. Vj.	+ 20 150	+ 28 046	— 176	— 1 118	— 6 603	— 16 392	+ 1 403	— 17 795	+ 2 026	— 283	+ 5 502
3. „	+ 14 895	+ 27 888	— 830	— 5 140	— 7 023	— 15 791	— 18 247	+ 2 456	— 610	+ 142	— 1 365
4. „	+ 26 199	+ 34 089	— 704	+ 1 813	— 8 998	— 5 319	— 22 201	+ 16 882	+ 1 845	— 9 085	+ 13 640
1988 1. Vj.	+ 16 786	+ 25 191	+ 1 322	— 2 856	— 6 871	— 22 566	— 24 512	+ 1 945	+ 2 843	— 131	— 3 068
2. „	+ 25 120	+ 34 040	— 912	— 1 227	— 6 781	— 34 071	— 26 685	— 7 386	— 1 000	+ 1 057	— 8 893
3. „	+ 17 131	+ 31 680	— 705	— 5 763	— 8 080	— 37 890	— 17 101	— 20 789	— 1 616	+ 1 926	— 20 448
4. „	+ 29 899	+ 37 134	+ 1 411	+ 1 409	— 10 056	— 32 997	— 18 454	— 14 543	+ 3 683	— 695	— 109
1989 1. Vj.	+ 31 077	+ 35 777	— 424	+ 2 903	— 7 180	— 39 644	— 31 520	— 8 124	— 500	+ 262	— 8 803
2. „	+ 28 421	+ 34 321	— 817	+ 2 879	— 7 963	— 33 541	+ 873	— 34 414	— 2 824	— 455	— 8 398
3. „	+ 22 683	+ 34 224	— 123	— 2 242	— 9 176	— 24 348	— 6 027	— 18 320	— 817	— 1 198	— 3 680
4. „	+ 25 782	+ 30 253	+ 100	+ 4 872	— 9 444	— 38 067	+ 14 140	— 52 207	+ 12 780	— 1 173	— 678
1990 1. Vj.	+ 31 666	+ 36 977	— 285	+ 2 974	— 8 001	— 37 723	— 36 878	— 845	+ 7 575	— 167	+ 1 351
2. „	+ 18 092	+ 27 834	— 675	+ 1 26	— 9 193	— 23 078	— 16 711	— 6 367	+ 8 571	— 206	+ 3 380
3. „ o)	+ 14 729	+ 25 384	+ 335	— 1 982	— 9 008	— 18 056	— 20 874	+ 2 818	+ 4 856	+ 133	+ 1 661
4. „	+ 11 591	+ 15 187	+ 140	+ 6 745	— 10 480	— 11 256	+ 8 285	— 19 541	+ 4 008	— 4 865	— 522
1991 1. Vj.	— 8 846	+ 7 127	+ 1 307	+ 5 089	— 22 369	— 4 198	— 16 426	+ 12 228	+ 5 829	+ 1 146	— 6 069
2. „	— 10 181	— 1 253	+ 1 856	— 356	— 10 428	+ 10 634	— 23 417	+ 34 051	+ 167	+ 570	+ 1 190
3. „	— 10 224	+ 5 012	+ 158	— 3 466	— 11 928	+ 13 147	— 1 387	+ 14 533	+ 563	+ 249	+ 3 734
4. „	— 3 637	+ 11 014	— 1 531	+ 1 317	— 14 437	+ 5 176	+ 13 343	— 18 519	+ 12 242	— 1 461	+ 1 968
1992 1. Vj.	— 8 882	+ 7 196	— 88	— 2 310	— 13 685	+ 14 291	— 11 617	+ 25 908	— 77	— 298	+ 5 034
1990 Juli o)	+ 4 567	+ 9 949	+ 446	— 2 544	— 3 283	— 7 265	— 3 552	— 3 712	+ 3 326	+ 61	+ 689
Aug.	+ 3 702	+ 7 405	— 290	— 816	— 2 598	— 3 523	— 7 620	+ 4 097	+ 210	+ 45	+ 435
Sept.	+ 6 460	+ 8 030	+ 179	+ 1 378	— 3 127	— 7 268	— 9 702	+ 2 434	+ 1 320	+ 26	+ 537
Okt.	+ 6 641	+ 8 358	+ 356	+ 425	— 2 498	— 5 741	— 142	— 5 599	+ 935	+ 26	+ 1 861
Nov.	+ 1 685	+ 3 290	— 141	+ 2 756	— 4 220	— 4 786	+ 5 825	— 10 611	+ 4 693	+ 194	+ 1 786
Dez.	+ 3 265	+ 3 539	— 75	+ 3 564	— 3 762	— 728	+ 2 602	— 3 330	— 1 620	— 5 086	— 4 169
1991 Jan.	— 2 399	+ 1 426	+ 353	— 198	— 3 981	— 1 620	+ 1 326	— 2 946	+ 4 513	+ 74	+ 567
Febr.	— 23	+ 2 818	+ 1 131	+ 3 830	— 7 802	+ 1 721	+ 6 980	— 5 258	— 570	+ 232	+ 1 360
März	— 6 424	+ 2 883	— 177	+ 1 457	— 10 586	— 4 299	— 24 732	+ 20 433	+ 1 887	+ 840	— 7 997
April	— 1 359	— 1 048	+ 1 440	+ 1 844	— 3 595	+ 4 372	— 9 929	+ 14 301	— 3 582	+ 92	— 477
Mai	— 4 802	— 676	— 561	+ 77	— 3 642	+ 6 896	— 3 181	+ 10 077	— 1 254	— 68	+ 771
Juni	— 4 019	+ 471	+ 977	— 2 276	— 3 191	— 634	— 10 308	+ 9 674	+ 5 003	+ 546	+ 896
Juli	— 5 638	+ 251	+ 147	— 2 508	— 3 528	+ 9 473	— 2 285	+ 11 758	— 3 405	+ 44	+ 474
Aug.	— 3 299	+ 3 124	— 918	— 945	— 4 561	+ 7 055	+ 2 106	+ 4 950	— 1 607	+ 56	+ 2 205
Sept.	— 1 287	+ 1 637	+ 929	— 13	— 3 839	— 3 382	— 1 207	— 2 175	+ 5 576	+ 148	+ 1 055
Okt.	— 3 001	+ 2 262	— 18	— 979	— 4 266	+ 552	+ 8 483	— 7 931	+ 3 038	+ 111	+ 700
Nov.	+ 1 921	+ 3 589	— 108	+ 1 771	— 3 332	— 7 161	+ 6 312	— 13 473	+ 8 585	+ 136	+ 3 480
Dez.	— 2 557	+ 5 163	— 1 405	+ 525	— 6 840	+ 1 433	— 1 452	+ 2 885	+ 619	— 1 707	— 2 212
1992 Jan.	— 6 586	+ 45	— 197	— 2 378	— 4 057	+ 9 882	+ 9 269	+ 613	— 1 639	— 45	+ 1 612
Febr.	— 1 911	+ 2 215	+ 830	+ 313	— 5 271	+ 6 879	— 9 888	+ 16 767	— 3 803	— 186	+ 978
März	— 385	+ 4 936	— 722	— 245	— 4 358	— 2 470	— 10 999	+ 8 529	+ 5 365	— 66	+ 2 444
April	— 1 924	+ 2 330	— 197	+ 311	— 4 367	+ 904	— 7 278	+ 8 182	+ 2 066	— 96	+ 951
Mai p)	.	.	+ 343	— 1 800	— 3 800	+ 6 331	— 993	+ 7 324	.	+ 173	+ 2 043

o Ab Juli 1990 einschl. Transaktionen des Gebiets der ehemaligen DDR mit dem Ausland. — 1 Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik: Einfuhr cif, Ausfuhr fob. — 2 Hauptsächlich Lagerverkehr auf inländische Rechnung und Absetzung der Rückwaren und der Lohnveredelung. — 3 Ohne die bereits im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Fracht- und Versicherungskosten. — 4 Jeweils letzter Monat vorläufig, ohne Handelskredite, deren Veränderung sich bis zu ihrer Erfassung im kurzfristigen Kapitalverkehr im Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen niederschlägt. — 5 Saldo der nicht erfaßten Posten und statistischen Ermittlungsfehler im Leistungs- und Kapitalverkehr (= Restposten). — 6 Gegenposten zu Veränderungen

der Auslandsposition der Bundesbank, die nicht auf den Leistungs- und Kapitalverkehr mit dem Ausland zurückgehen: Änderungen des DM-Wertes der auf Fremdwährung lautenden Aktiva und Passiva der Bundesbank durch Neubewertung zum Jahresende und Zuteilung von IWF-Sonderziehungsrechten; ab 1982 auch Differenzen zwischen den Transaktionswerten und den im Wochenausweis zu Bilanzkursen ausgewiesenen Veränderungen der Auslandsposition. — 7 Ab 1982 bewertet zu Bilanzkursen; vgl. Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, Januar 1982, S. 15 ff. — p Vorläufig. Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

## 2. Außenhandel (Spezialhandel) nach Ländergruppen und Ländern \*)

		Bundesrepublik Deutschland									
		Alter Gebietsstand		Ab Juli 1990 einschließlich Gebiet der ehemaligen DDR							
		1990	1991 r)	1990	1990		1991 r)	1992			Veränderung gegen Vorjahr in %
					2. Hj.	1991 r)		Jan./April p)	April p)	Mai p)	
Ländergruppe/Land	Mio DM										
Alle Länder 1)	Ausfuhr	642 785	648 363	662 047	334 261	665 813	232 721	60 420	52 160	+ 11,8	— 4,4
	Einfuhr	550 628	633 054	556 665	293 690	643 914	223 195	58 090	51 030	+ 5,5	— 7,6
	Saldo	+ 92 157	+ 15 309	+ 105 382	+ 40 571	+ 21 899	+ 9 526	+ 2 330	+ 1 130		
I. Industrialisierte westliche Länder	Ausfuhr	549 236	545 797	551 475	270 802	550 250	192 922	49 915		+ 9,3	
	Einfuhr	454 599	521 615	456 350	238 142	525 552	183 164	48 155		+ 4,8	
	Saldo	+ 94 637	+ 24 182	+ 95 125	+ 32 659	+ 24 698	+ 9 758	+ 1 760			
A. EG-Länder	Ausfuhr	350 442	357 002	351 836	172 629	359 980	129 953	33 555		+ 11,5	
	Einfuhr	286 608	332 859	287 618	151 671	335 200	116 729	31 033		+ 8,5	
	Saldo	+ 63 834	+ 24 143	+ 64 218	+ 20 958	+ 24 780	+ 13 224	+ 2 522			
darunter:											
Belgien und Luxemburg	Ausfuhr	47 756	48 161	47 957	23 966	48 626	18 153	4 570		+ 10,4	
	Einfuhr	39 749	45 653	39 864	21 052	45 892	16 017	4 271		+ 1,4	
	Saldo	+ 8 007	+ 2 508	+ 8 093	+ 2 914	+ 2 734	+ 2 136	+ 299			
Dänemark	Ausfuhr	11 937	12 215	12 047	6 042	12 406	4 309	1 106		+ 8,5	
	Einfuhr	10 986	13 102	11 064	6 242	13 384	4 641	1 234		+ 23,4	
	Saldo	+ 950	— 887	+ 983	— 200	— 978	— 332	— 128			
Frankreich	Ausfuhr	83 835	86 827	84 181	41 493	87 506	30 799	8 155		+ 11,8	
	Einfuhr	65 111	78 489	65 425	34 318	78 866	28 144	7 317		+ 4,0	
	Saldo	+ 18 724	+ 8 338	+ 18 756	+ 7 176	+ 8 640	+ 2 654	+ 838			
Großbritannien	Ausfuhr	54 794	50 481	54 950	26 638	50 773	17 990	4 578		+ 9,9	
	Einfuhr	37 042	42 394	37 119	19 734	42 704	14 877	3 934		+ 13,2	
	Saldo	+ 17 752	+ 8 087	+ 17 832	+ 6 904	+ 8 069	+ 3 113	+ 644			
Italien	Ausfuhr	59 980	60 872	60 162	28 769	61 289	22 684	5 928		+ 14,4	
	Einfuhr	51 820	59 542	51 954	27 131	59 965	20 196	5 331		+ 4,8	
	Saldo	+ 8 160	+ 1 329	+ 8 209	+ 1 638	+ 1 324	+ 2 487	+ 597			
Niederlande	Ausfuhr	54 313	55 357	54 623	27 251	56 058	19 734	5 095		+ 6,2	
	Einfuhr	55 965	62 080	56 210	29 666	62 665	21 615	5 920		+ 14,9	
	Saldo	— 1 651	— 6 722	— 1 587	— 2 415	— 6 607	— 1 882	— 825			
B. Andere europäische Industrieländer	Ausfuhr	120 568	117 369	121 320	60 196	118 638	39 289	10 255		+ 3,9	
	Einfuhr	87 864	95 603	88 510	46 639	96 901	33 673	8 600		+ 4,8	
	Saldo	+ 32 704	+ 21 765	+ 32 810	+ 13 557	+ 21 737	+ 5 616	+ 1 655			
darunter:											
Norwegen	Ausfuhr	5 534	5 289	5 599	2 800	5 370	1 838	496		+ 23,7	
	Einfuhr	7 808	8 286	7 833	4 332	8 379	3 292	885		+ 15,9	
	Saldo	— 2 275	— 2 997	— 2 234	— 1 533	— 3 010	— 1 454	— 389			
Österreich	Ausfuhr	36 841	39 162	37 033	18 726	39 539	13 493	3 605		+ 8,1	
	Einfuhr	23 941	26 486	24 187	12 670	26 909	9 509	2 461		+ 5,3	
	Saldo	+ 12 900	+ 12 676	+ 12 847	+ 6 057	+ 12 630	+ 3 984	+ 1 144			
Schweden	Ausfuhr	16 650	14 674	16 849	8 032	14 983	5 013	1 307		+ 1,4	
	Einfuhr	13 192	14 249	13 273	6 810	14 508	4 995	1 285		+ 4,6	
	Saldo	+ 3 457	+ 424	+ 3 576	+ 1 222	+ 475	+ 18	+ 22			
Schweiz	Ausfuhr	38 443	37 448	38 547	18 790	37 645	12 278	3 142		+ 0,1	
	Einfuhr	23 304	25 040	23 488	12 521	25 330	8 420	2 125		+ 4,9	
	Saldo	+ 15 139	+ 12 407	+ 15 058	+ 6 269	+ 12 315	+ 3 858	+ 1 017			
C. Außereuropäische Industrieländer	Ausfuhr	78 225	71 426	78 319	37 977	71 632	23 680	6 105		+ 7,4	
	Einfuhr	80 127	93 153	80 222	39 833	93 451	32 762	8 522		— 6,6	
	Saldo	— 1 901	— 21 727	— 1 903	— 1 856	— 21 818	— 9 082	— 2 417			
darunter:											
Japan	Ausfuhr	17 415	16 453	17 440	8 589	16 494	5 252	1 422		+ 18,3	
	Einfuhr	32 871	39 564	32 924	17 102	39 686	13 412	3 467		— 6,7	
	Saldo	— 15 456	— 23 111	— 15 485	— 8 513	— 23 192	— 8 160	— 2 045			
Kanada	Ausfuhr	4 705	4 965	4 717	2 259	4 982	1 516	372		— 0,2	
	Einfuhr	4 509	4 825	4 511	2 263	4 841	1 442	408		+ 11,6	
	Saldo	+ 196	+ 140	+ 206	— 4	+ 141	+ 74	— 36			
Vereinigte Staaten von Amerika	Ausfuhr	46 870	41 552	46 921	22 786	41 687	13 983	3 572		+ 3,1	
	Einfuhr	36 994	42 902	37 029	17 618	43 012	15 882	4 033		— 11,8	
	Saldo	+ 9 876	— 1 351	+ 9 892	+ 5 167	— 1 325	— 1 899	— 461			
II. Mittel- und osteuropäische Länder (Reformländer)	Ausfuhr	23 458	26 009	39 203	27 404	37 944	12 132	3 128		+ 21,6	
	Einfuhr	21 788	26 443	25 554	15 447	32 978	11 201	3 047		+ 18,7	
	Saldo	+ 1 669	— 434	+ 13 649	+ 11 957	+ 4 966	+ 931	+ 81			
III. OPEC-Länder 2)	Ausfuhr	18 200	21 272	18 357	9 494	21 552	7 829	2 249		+ 52,1	
	Einfuhr	14 105	15 029	14 118	8 011	15 261	5 225	1 256		+ 21,3	
	Saldo	+ 4 095	+ 6 243	+ 4 239	+ 1 483	+ 6 291	+ 2 604	+ 993			
IV. Entwicklungsländer	Ausfuhr	46 832	50 067	47 561	23 660	51 183	17 762	4 544		+ 16,0	
	Einfuhr	52 034	59 072	52 391	27 449	59 530	19 366	4 814		— 2,6	
	Saldo	— 5 202	— 9 005	— 4 830	— 3 789	— 8 347	— 1 605	— 270			
V. Staatshandelsländer in Asien	Ausfuhr	4 018	4 095	4 392	2 306	4 271	1 778	488		+ 71,4	
	Einfuhr	7 814	11 739	7 958	4 472	11 851	4 167	794		— 10,2	
	Saldo	— 3 796	— 7 644	— 3 566	— 2 166	— 7 580	— 2 389	— 306			

\* Zusammenstellung aufgrund der amtlichen Außenhandelsstatistik. Ausfuhr (fob) nach Bestimmungsländern, Einfuhr (cif) aus Ursprungsländern. Eine ausführliche Aufgliederung der Regionalstruktur des Außenhandels enthalten die Statistischen Beihefte zu den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank, Reihe 3, Zahlungsbilanzstatistik, Tabelle 2 c. — 1 Einschl. Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf sowie andere regional nicht zuordenbare Angaben. — 2 OPEC (Organization of the Petroleum

Exporting Countries): Algerien, Ecuador, Gabun, Indonesien, Irak, Iran, Katar, Kuwait, Libyen, Nigeria, Saudi-Arabien, Venezuela und Vereinigte Arabische Emirate. — r Die Angaben für „Alle Länder“ enthalten Revisionen, die in den Zahlen für die einzelnen Ländergruppen und Länder noch nicht berücksichtigt sind. — p Vorläufig. Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

### 3. Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland (Salden)

Zeit	Insgesamt 1)	Reiseverkehr	Transport	Ver- sicherungen	Kapital- erträge	Regierungsleistungen		Übrige Dienstleistungen			
						zusammen	Einnahmen von aus- ländischen militärischen Dienst- stellen 2)	zusammen	darunter:		
									Provisionen, Werbe- und Messe- kosten	Patente und Lizenzen 3)	Entgelte für unselb- ständige Arbeit
1986	+ 1 698	-25 365	+ 9 119	+ 116	+ 8 995	+19 584	+ 20 365	-10 750	- 6 987	- 2 174	- 1 586
1987	- 5 045	-27 857	+ 8 184	+ 385	+ 7 064	+19 163	+19 943	-11 984	- 7 207	- 2 331	- 1 419
1988	- 8 437	-28 949	+ 8 966	- 334	+ 9 167	+18 081	+19 127	-15 368	- 7 126	- 2 588	- 1 603
1989	+ 8 413	-28 346	+10 872	- 856	+22 080	+19 702	+20 705	-15 040	- 8 025	- 3 164	- 1 376
1990 o)	+ 7 863	-30 438	+10 608	- 1 310	+27 584	+20 094	+21 077	-18 675	- 9 003	- 2 994	- 1 389
1991	+ 2 585	-33 426	+11 260	- 1 780	+29 015	+19 989	+21 361	-22 475	- 9 189	- 3 928	- 1 541
1990 3. Vj. o)	- 1 982	-11 833	+ 2 311	- 183	+ 6 834	+ 5 153	+ 5 498	- 4 263	- 2 136	- 488	- 313
4. „	+ 6 745	- 5 472	+ 2 923	- 253	+ 9 223	+ 5 386	+ 5 651	- 5 063	- 2 308	- 748	- 380
1991 1. Vj.	+ 5 089	- 6 338	+ 2 564	- 410	+10 328	+ 5 209	+ 5 327	- 6 264	- 2 481	- 1 075	- 342
2. „	- 356	- 7 579	+ 3 026	- 483	+ 4 926	+ 5 304	+ 5 682	- 5 551	- 2 263	- 1 031	- 331
3. „	- 3 466	-13 163	+ 2 965	- 118	+ 7 026	+ 4 893	+ 5 323	- 5 068	- 2 199	- 849	- 355
4. „	+ 1 317	- 6 346	+ 2 706	- 769	+ 6 736	+ 4 583	+ 5 028	- 5 592	- 2 246	- 973	- 513
1992 1. Vj.	- 2 310	- 7 346	+ 2 165	- 664	+ 5 349	+ 4 409	+ 4 724	- 6 222	- 2 391	- 1 105	- 489
1991 Juli	- 2 508	- 4 152	+ 834	- 39	+ 1 337	+ 1 639	+ 1 773	- 2 127	- 736	- 270	- 108
Aug.	- 945	- 5 066	+ 936	- 39	+ 2 577	+ 1 690	+ 1 878	- 1 043	- 784	- 208	- 118
Sept.	- 13	- 3 945	+ 1 194	- 39	+ 3 111	+ 1 564	+ 1 673	- 1 897	- 679	- 371	- 130
Okt.	- 979	- 2 828	+ 901	- 256	+ 1 355	+ 1 607	+ 1 668	- 1 757	- 784	- 258	- 142
Nov.	+ 1 771	- 1 757	+ 853	- 256	+ 3 334	+ 1 484	+ 1 714	- 1 886	- 771	- 328	- 175
Dez.	+ 525	- 1 761	+ 952	- 256	+ 2 047	+ 1 491	+ 1 646	- 1 948	- 691	- 387	- 196
1992 Jan.	- 2 378	- 2 793	+ 652	- 100	+ 884	+ 1 501	+ 1 556	- 2 522	- 1 027	- 624	- 108
Febr.	+ 313	- 1 943	+ 823	- 100	+ 1 824	+ 1 473	+ 1 598	- 1 764	- 599	- 166	- 157
März	- 245	- 2 610	+ 689	- 464	+ 2 641	+ 1 435	+ 1 569	- 1 936	- 765	- 315	- 224
April	+ 311	- 2 869	+ 956	- 150	+ 2 948	+ 1 500	+ 1 748	- 2 075	- 617	- 297	- 120
Mai p)	- 1 800	- 3 030	+ 1 080	- 150	+ 970	+ 1 340	+ 1 488	- 2 010			

o Ab Juli 1990 einschl. Transaktionen des Gebiets der ehemaligen DDR mit dem Ausland. — 1 Ohne die im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Fracht- und Versicherungskosten, jedoch einschl. Einnahmen der deutschen Seeschifffahrt und der deutschen Versicherungsunternehmen aus Dienstleistungen beim Warenverkehr. —

2 Einnahmen aus Warenlieferungen und Dienstleistungen. — 3 Einschl. Urheber- und sonstige nicht gewerbliche Schutzrechte. — p Vorläufig. Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

### 4. Übertragungen (unentgeltliche Leistungen) an das bzw. vom Ausland (Salden)

Zeit	Insgesamt	Privat 1)				Öffentlich 1)					
		zusammen	Über- weisungen der Gast- arbeiter 2)	Unter- stützungs- zahlungen, Renten und Pensionen	sonstige Zahlungen	zusammen	Wiedergut- machungs- leistungen	Internationale Organisationen		Unter- stützungs- zahlungen, Renten und Pen- sionen 3)	sonstige Zahlungen
								zusammen	darunter: Europäische Gemein- schaften		
1986	-27 056	-10 581	- 7 450	- 2 318	- 813	-16 474	- 1 546	- 9 833	- 7 980	- 4 502	- 592
1987	-29 107	-10 267	- 7 350	- 2 226	- 691	-18 840	- 1 523	-11 801	- 9 914	- 4 693	- 823
1988	-31 788	-11 205	- 7 450	- 1 869	- 1 886	-20 583	- 1 464	-14 420	-12 278	- 4 923	+ 224
1989	-33 763	-10 706	- 7 550	- 2 082	- 1 074	-23 057	- 1 427	-15 042	-12 899	- 5 117	- 1 472
1990 o)	-36 682	-11 292	- 7 500	- 2 003	- 1 789	-25 390	- 1 395	-13 328	-11 039	- 5 498	- 5 169
1991	-59 163	-11 380	- 7 000	- 1 918	- 2 462	-47 783	- 1 388	-20 816	-18 366	- 5 807	-19 772
1990 3. Vj. o)	- 9 008	- 2 942	- 1 950	- 550	- 441	- 6 067	- 363	- 2 762	- 2 553	- 1 407	- 1 534
4. „	-10 480	- 2 715	- 1 800	- 374	- 541	- 7 765	- 347	- 3 093	- 2 508	- 1 446	- 2 879
1991 1. Vj.	-22 369	- 2 444	- 1 450	- 502	- 492	-19 925	- 336	- 4 822	- 3 932	- 1 419	-13 348
2. „	-10 428	- 2 868	- 1 850	- 459	- 559	- 7 560	- 333	- 4 100	- 3 789	- 1 416	- 1 711
3. „	-11 928	- 3 137	- 1 950	- 518	- 668	- 8 791	- 392	- 4 661	- 3 875	- 1 497	- 2 241
4. „	-14 437	- 2 931	- 1 750	- 438	- 743	-11 506	- 326	- 7 233	- 6 770	- 1 475	- 2 473
1992 1. Vj.	-13 685	- 2 757	- 1 700	- 555	- 502	-10 928	- 340	- 6 965	- 5 787	- 1 513	- 2 110
1991 Juli	- 3 528	- 1 027	- 650	- 164	- 213	- 2 501	- 110	- 1 557	- 1 341	- 519	- 314
Aug.	- 4 561	- 1 067	- 650	- 181	- 236	- 3 494	- 136	- 1 993	- 1 446	- 488	- 877
Sept.	- 3 839	- 1 043	- 650	- 174	- 219	- 2 797	- 145	- 1 111	- 1 089	- 490	- 1 050
Okt.	- 4 266	- 923	- 550	- 136	- 237	- 3 343	- 97	- 1 939	- 1 862	- 514	- 793
Nov.	- 3 332	- 871	- 500	- 169	- 202	- 2 461	- 118	- 1 422	- 1 371	- 509	- 412
Dez.	- 6 840	- 1 137	- 700	- 133	- 304	- 5 702	- 111	- 3 872	- 3 537	- 452	- 1 268
1992 Jan.	- 4 057	- 908	- 500	- 219	- 188	- 3 149	- 116	- 2 171	- 1 863	- 512	- 350
Febr.	- 5 271	- 910	- 550	- 187	- 173	- 4 361	- 112	- 2 680	- 2 038	- 500	- 1 069
März	- 4 358	- 940	- 650	- 149	- 140	- 3 418	- 113	- 2 071	- 1 885	- 501	- 733
April	- 4 367	- 891	- 550	- 189	- 152	- 3 476	- 109	- 2 207	- 2 133	- 499	- 660
Mai p)	- 3 800	- 1 000	- 600	- 140	- 260	- 2 800	- 115	- 1 584	- 1 392	- 520	- 581

o Ab Juli 1990 einschl. Transaktionen des Gebiets der ehemaligen DDR mit dem Ausland. — 1 Privat: Transaktionen zwischen privaten In- und Ausländern. Öffentlich: alle Transaktionen an denen inländische oder ausländische öffentliche Stellen beteiligt sind. — 2 Die Angaben beruhen auf Schätzungen unter Berücksichtigung der auf

Heimatreisen mitgenommenen Barbeträge. — 3 Einschl. Leistungen aus der Sozialversicherung. — p Vorläufig.

Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

## IX. Außenwirtschaft

## 5. Kapitalverkehr mit dem Ausland \*)

Mio DM

Position	1989	1990 o)	1991	1991				1992			
				1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	März	April	Mai p)
<b>I. Langfristiger Kapitalverkehr</b>											
<b>1. Gesamte deutsche Nettokapitalanlagen im Ausland (Zunahme/Kapitalausfuhr: -)</b>	- 94 988	-106 782	-92 859	-19 762	-30 249	-22 670	-20 177	-25 863	- 8 541	- 7 394	- 6 055
Direktinvestitionen	- 27 326	- 37 010	-35 737	- 6 692	- 8 254	- 8 706	-12 085	- 6 565	- 3 548	- 1 346	- 1 481
in Dividendenwerten	- 13 067	- 22 593	-17 548	- 3 026	- 4 927	- 4 571	- 5 024	- 1 683	- 645	- 977	- 788
in sonstigen Kapitalanteilen	- 7 952	- 8 076	-11 682	- 2 449	- 1 502	- 2 121	- 5 608	- 2 997	- 1 336	- 440	- 639
übrige Anlagen	- 6 307	- 6 340	- 6 508	- 1 217	- 1 826	- 2 014	- 1 452	- 1 885	- 1 567	+ 71	- 54
Wertpapiieranlagen	- 50 167	- 23 466	-26 297	- 6 006	-11 391	- 6 097	- 2 804	-17 122	- 5 077	- 5 391	- 2 461
in Dividendenwerten 1)	- 9 366	+ 1 623	-13 620	- 2 371	- 4 027	- 6 827	- 396	- 8 058	- 2 148	- 3 270	- 2 453
in festverzinslichen Wertpapieren	- 40 801	- 25 089	-12 677	- 3 635	- 7 364	+ 730	- 2 408	- 9 064	- 2 929	- 2 122	- 8
darunter:											
DM-Anleihen ausländischer Emittenten 2)	- 14 370	- 20 558	- 9 476	- 1 105	- 4 370	- 1 607	- 2 394	- 1 771	- 325	- 825	- 511
Langfristiger Kreditverkehr	- 14 189	- 43 041	-26 378	- 6 381	- 9 060	- 6 576	- 4 362	- 1 194	+ 256	- 164	- 1 893
darunter:											
Kredite der öffentlichen Hand an Entwicklungsländer 3)	- 3 897	- 3 850	- 2 929	- 597	- 755	- 433	- 1 143	- 945	- 604	- 192	- 221
Sonstige Kapitalbewegungen 4)	- 3 306	- 3 265	- 4 446	- 683	- 1 545	- 1 291	- 927	- 981	- 172	- 492	- 220
<b>2. Gesamte ausländische Nettokapitalanlagen in der Bundesrepublik (Zunahme/Kapitaleinfuhr: +)</b>	+ 72 454	+ 40 605	+64 972	+ 3 336	+ 6 832	+21 283	+33 520	+14 245	- 2 458	+ 116	+ 5 062
Direktinvestitionen	+ 13 155	+ 3 737	+ 4 844	+ 1 001	+ 1 420	+ 418	+ 2 005	+ 2 000	+ 2 041	- 204	- 93
in Dividendenwerten	+ 2 504	+ 384	- 2 073	- 162	- 138	- 1 466	- 307	+ 253	+ 26	+ 11	- 436
in sonstigen Kapitalanteilen 5)	+ 2 581	+ 4 660	+ 2 515	- 449	+ 827	+ 995	+ 1 142	+ 795	+ 792	+ 99	+ 277
übrige Anlagen	+ 8 070	- 1 307	+ 4 401	+ 1 612	+ 731	+ 889	+ 1 170	+ 951	+ 1 223	- 117	+ 66
Wertpapiieranlagen	+ 45 182	+ 17 091	+63 961	+ 2 942	+10 825	+22 037	+28 157	+ 7 296	- 6 661	- 1 487	+ 4 374
in Dividendenwerten 1)	+ 22 373	- 3 187	+ 3 611	- 2 595	+ 2 734	+ 4 210	- 738	- 1 419	- 2 554	- 1 087	+ 1 283
in festverzinslichen Wertpapieren	+ 22 809	+ 20 278	+60 350	+ 5 537	+ 8 091	+17 827	+28 895	+ 8 715	- 4 107	- 400	+ 3 091
darunter:											
Staats- und Gemeindeanleihen 6)	+ 22 486	+ 15 564	+47 053	+ 3 355	+ 4 378	+14 942	+24 377	+ 5 928	- 4 756	- 2 115	+ 2 570
Kreditverkehr	+ 14 253	+ 20 131	- 3 727	- 615	- 5 407	- 1 100	+ 3 395	+ 5 124	+ 2 336	+ 1 796	+ 795
darunter:											
Schuldscheindarlehen	- 3 587	- 664	+ 2 486	- 1 212	+ 3	+ 1 235	+ 2 460	+ 809	- 386	- 949	+ 4
Sonstige Kapitalbewegungen	- 136	- 354	- 107	+ 8	- 5	- 72	- 37	- 174	- 174	+ 11	- 14
Saldo des gesamten langfristigen Kapitalverkehrs	- 22 534	- 66 178	-27 887	-16 426	-23 417	- 1 387	+13 343	-11 617	-10 999	- 7 278	- 993
<b>II. Kurzfristiger Kapitalverkehr</b>											
<b>1. Kreditinstitute 7)</b>											
Forderungen	- 81 008	- 24 323	+19 001	+10 858	+28 559	+ 7 930	-28 345	+17 222	- 3 572	+ 4 504	+ 9 139
Verbindlichkeiten	+ 24 334	+ 24 906	+20 836	+20 382	- 3 921	- 451	+ 4 826	+17 312	+ 8 108	+ 1 578	+ 151
Saldo	- 56 674	+ 584	+39 837	+31 240	+24 638	+ 7 479	-23 519	+34 533	+ 4 537	+ 6 082	+ 9 290
<b>2. Unternehmen und Privatpersonen</b>											
<b>Finanzbeziehungen 7)</b>											
Forderungen	- 53 127	- 34 100	-11 806	-20 903	+ 133	+ 9 627	- 663	-10 304	+ 135	- 1 172	+ 1 633
Verbindlichkeiten	+ 11 797	+ 16 177	+23 796	+10 160	+12 308	+ 2 260	- 931	-10 737	- 5 084	- 765	+ 2 080
Saldo	- 41 330	- 17 924	+11 991	-10 743	+12 441	+11 887	- 1 595	-21 040	- 4 948	- 1 936	+ 3 713
<b>Handelskredite 7) 8)</b>											
Forderungen	- 14 997	- 8 048	- 9 272	- 6 280	- 7 288	+ 1 084	+ 3 212	+16 134	+ 4 703	+ 792	.
Verbindlichkeiten	+ 4 711	+ 6 610	+ 4 419	+ 1 482	+ 4 134	- 1 962	+ 765	+ 948	+ 3 605	- 1 090	.
Saldo	- 10 286	- 1 438	- 4 853	- 4 798	- 3 154	- 878	+ 3 977	+17 082	+ 8 308	- 298	.
Saldo	- 51 616	- 19 362	+ 7 138	-15 541	+ 9 287	+11 009	+ 2 382	- 3 958	+ 3 360	- 2 234	.
<b>3. Öffentliche Stellen</b>	- 4 776	- 5 157	- 4 682	- 3 471	+ 126	- 3 954	+ 2 618	- 4 667	+ 632	+ 4 334	- 5 679
Saldo des gesamten kurzfristigen Kapitalverkehrs	-113 065	- 23 935	+42 293	+12 228	+34 051	+14 533	-18 519	+25 908	+ 8 529	+ 8 182	.
<b>III. Saldo aller statistisch erfaßten Kapitalbewegungen (Nettokapitalexport: -)</b>	-135 599	- 90 113	+14 406	- 4 198	+10 634	+13 147	- 5 176	+14 291	- 2 470	+ 904	.

\* Zunahme von Forderungen und Abnahme von Verbindlichkeiten: -, Abnahme von Forderungen und Zunahme von Verbindlichkeiten: +. - 1 Einschl. Investmentzertifikate. - 2 Bei der Emission ohne Anteile ausländischer Konsortialmitglieder. - 3 In der Abgrenzung des DAC. - 4 Überwiegend privater Grundbesitz und Beteiligungen des Bundes an Internationalen Organisationen. - 5 Hauptsächlich GmbH-Anteile. - 6 Einschl. Anleihen der Bahn und Post. - 7 Die hier ausgewiesenen Transaktionswerte sind überwiegend aus Bestandsveränderungen abgeleitet. Rein statistisch bedingte Veränderungen sind - soweit möglich - ausgeschaltet. Die Transaktions-

werte der Zahlungsbilanz im kurzfristigen Kapitalverkehr können daher von den Bestandsveränderungen in den Tabellen IX, 7 und 8 abweichen. - 8 Zahlungsziele und Anzahlungen im Waren- und Dienstleistungsverkehr einschl. der nicht ausgliederbaren langfristigen Forderungen und Verbindlichkeiten. - o Ab 3. Vj. 1990 einschl. Transaktionen des Gebiets der ehemaligen DDR mit dem Ausland. - p Vorläufig.

Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

**6. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank \*)****a) Bestände lt. Wochenausweis**

Mio DM											
Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Währungsreserven und sonstige Auslandsaktiva							Auslandsverbindlichkeiten			Netto- Auslands- position (Spalte 1 abzögl. Spalte 8)
	insgesamt	Währungsreserven						insgesamt	Verbind- lichkeiten aus dem Auslands- geschäft 5)	Verbind- lichkeiten gegenüber dem EFWZ 3) im Rahmen des Euro- päischen Währungs- systems	
		zusammen	Gold	Devisen und Sorten 1)	Reserve- position im Inter- nationalen Währungs- fonds und Sonder- ziehungs- rechte 2)	Forde- rungen an den EFWZ 3) im Rahmen des Euro- päischen Währungs- systems (netto) 2)	Kredite und sonstige Forde- rungen an das Ausland 4)				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
1986	94 036	91 592	13 688	50 195	11 389	16 321	2 444	23 556	23 556	—	70 480
1987	122 630	120 192	13 688	68 280	9 273	28 953	2 437	20 234	20 234	—	102 396
1988	97 126	94 689	13 688	50 183	9 264	21 554	2 437	27 249	27 249	—	69 877
1989	99 959	97 527	13 688	58 308	8 229	17 303	2 432	51 642	51 642	—	48 317
1990	106 446	104 023	13 688	64 517	7 373	18 445	2 423	52 259	52 259	—	54 188
1991	97 345	94 754	13 688	55 424	8 314	17 329	2 592	42 335	42 335	—	55 010
1991 Juni	96 885	94 462	13 688	54 905	8 010	17 859	2 423	47 577	47 577	—	49 308
Juli	96 836	94 412	13 688	55 195	8 114	17 416	2 423	47 054	47 054	—	49 782
Aug.	97 972	95 548	13 688	56 304	8 140	17 416	2 423	45 985	45 985	—	51 987
Sept.	98 260	95 836	13 688	56 483	8 248	17 417	2 423	45 218	45 218	—	53 042
Okt.	98 770	96 346	13 688	56 757	8 155	17 747	2 423	45 027	45 027	—	53 742
Nov.	99 908	97 484	13 688	57 899	8 150	17 748	2 423	42 685	42 685	—	57 222
Dez.	97 345	94 754	13 688	55 424	8 314	17 329	2 592	42 335	42 335	—	55 010
1992 Jan.	98 171	95 579	13 688	55 840	8 357	17 695	2 592	41 549	41 549	—	56 622
Febr.	99 661	97 069	13 688	57 284	8 382	17 716	2 592	42 061	42 061	—	57 600
März	99 938	97 346	13 688	57 776	8 165	17 717	2 592	39 893	39 893	—	60 044
April	101 072	98 480	13 688	58 144	8 359	18 289	2 592	40 077	40 077	—	60 995
Mai	99 130	96 545	13 688	56 223	8 422	18 213	2 585	36 092	36 092	—	63 038
Juni	99 806	97 221	13 688	56 909	8 412	18 213	2 585	34 759	34 759	—	65 046

**b) Ergänzende Bestandsangaben zu „Reserveposition im Internationalen Währungsfonds und Sonderziehungsrechte“ sowie „Forderungen an den EFWZ im Rahmen des Europäischen Währungssystems“**

Mio DM											
Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Reserveposition im IWF und Sonderziehungsrechte						Forderungen an den EFWZ im Rahmen des Europäischen Währungssystems				
	insgesamt	Reserveposition im IWF		Sonderziehungsrechte			insgesamt	Guthaben in ECU 8)	Unter- schieds- betrag zwischen ECU-Wert und Buchwert der ein- gebrachten Reserven	sonstige Forde- rungen 9)	
		Ziehungs- rechte in der Reserve- tranche 6)	Kredite aufgrund besonderer Kreditver- einbarungen 7)	insgesamt	zugeteilt	erworben					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10		
1986	11 389	6 462	1 007	3 920	2 874	1 046	16 321	31 661	—	16 297	957
1987	9 273	5 779	388	3 106	2 716	389	28 953	39 975	—	18 027	7 005
1988	9 264	5 957	—	3 307	2 901	406	21 554	37 969	—	16 415	—
1989	8 229	5 166	—	3 063	2 701	361	17 303	32 125	—	14 823	—
1990	7 373	4 565	—	2 808	2 573	235	18 445	29 370	—	10 925	—
1991	8 314	5 408	—	2 906	2 626	280	17 329	29 129	—	11 800	—
1991 Juni	8 010	5 177	—	2 833	2 573	259	17 859	29 031	—	11 173	—
Juli	8 114	5 283	—	2 832	2 573	258	17 416	30 570	—	13 154	—
Aug.	8 140	5 272	—	2 869	2 573	295	17 416	30 571	—	13 154	—
Sept.	8 248	5 384	—	2 864	2 573	291	17 417	30 571	—	13 154	—
Okt.	8 155	5 304	—	2 851	2 573	278	17 747	29 127	—	11 380	—
Nov.	8 150	5 291	—	2 859	2 573	286	17 748	29 128	—	11 380	—
Dez.	8 314	5 408	—	2 906	2 626	280	17 329	29 129	—	11 800	—
1992 Jan.	8 357	5 469	—	2 888	2 626	263	17 695	27 109	—	9 415	—
Febr.	8 382	5 440	—	2 942	2 626	316	17 716	27 130	—	9 415	—
März	8 165	5 237	—	2 929	2 626	303	17 717	27 132	—	9 415	—
April	8 359	5 431	—	2 929	2 626	303	18 289	29 271	—	10 982	—
Mai	8 422	5 431	—	2 991	2 626	365	18 213	29 194	—	10 982	—
Juni	8 412	5 420	—	2 991	2 626	365	18 213	29 194	—	10 982	—

\* Bewertung des Goldbestandes und der Auslandsforderungen nach Par. 26 Abs. 2 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank und den Vorschriften des Handelsgesetzbuches, insbesondere Par. 253. Im Jahresverlauf Bewertung zu den Bilanzkursen des Vorjahres. — 1 Hauptsächlich US-\$-Anlagen. — 2 Aufgliederung s. Tab. b). — 3 Europäischer Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit. — 4 Hauptsächlich Kredite an die Weltbank. — 5 Einschl. der durch die Bundesbank an Ausländer abgegebenen Mobilisierungs- und Liquiditätspapiere (s. §§ 42 und 42a des Gesetzes über die

Deutsche Bundesbank). — 6 Setzt sich zusammen aus den Bareinzahlungen und den DM-Abrufen des IWF zur Finanzierung von DM-Verkäufen des Fonds (netto) an andere Länder. — 7 Einschl. sog. Wiltveven Fazilität. — 8 Aus der vorläufigen Einbringung von Gold- und Dollarreserven sowie aus Übertragung von anderen Zentralbanken. — 9 Forderungen aus der sehr kurzfristigen Finanzierung sowie aus dem kurzfristigen Währungsbestand.

Differenzen in den Summen, auch gegenüber Tab. II, 1, durch Runden der Zahlen.

## 7. Forderungen und Verbindlichkeiten inländischer Kreditinstitute gegenüber dem Ausland \*) (ohne Deutsche Bundesbank)

Mio DM																
Stand am Ende des Berichtszeitraums	Forderungen an das Ausland									Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland						
	insgesamt	kurzfristig 1)				langfristig 1)				insgesamt	kurzfristig 6)			langfristig 7) 8)		
		zu-sammen	Forderungen an		Noten und Münzen in Fremdwährung	zu-sammen	Forderungen an		ausländische Wertpapiere und Beteiligungen 5)		zu-sammen	Verbindlichkeiten gegenüber		zu-sammen	Verbindlichkeiten gegenüber	
			ausländische Banken 2) 3)	ausländische Nichtbanken 2) 4)			ausländische Banken 2)	ausländische Nichtbanken 2)				ausländische Banken 2) 6)	ausländische Nichtbanken 2)		ausländische Banken 2) 7)	ausländische Nichtbanken 2)
1987	373 901	180 320	164 728	15 102	490	193 581	76 700	89 161	27 720	202 978	106 228	77 682	28 546	96 750	67 610	29 140
1988	417 853	216 189	198 058	17 581	550	201 664	76 104	92 399	33 161	229 419	120 097	94 878	25 219	109 322	77 106	32 216
1989	513 406	292 752	270 356	21 817	579	220 654	80 397	97 766	42 491	267 212	141 230	112 376	28 854	125 982	88 055	37 927
1990	606 864	332 447	302 267	29 457	723	274 417	104 603	112 484	57 330	328 756	162 353	129 095	33 258	166 403	120 746	45 657
1991	627 082	294 921	265 385	28 797	739	332 161	135 777	127 206	69 178	345 725	182 880	147 088	35 792	162 845	109 781	53 064
1991 Mai	597 980	279 167	245 080	33 147	940	318 813	132 282	125 133	61 398	347 979	178 458	143 848	34 610	169 521	120 691	48 830
1991 Juni	613 880	290 436	254 164	35 288	984	323 444	133 753	127 210	62 481	358 606	190 034	153 519	36 515	168 572	118 308	50 264
1991 Juli	598 314	274 409	239 903	33 456	1 050	323 905	134 076	126 985	62 844	352 270	185 881	150 856	35 025	166 389	116 281	50 108
1991 Aug.	608 033	279 663	242 768	36 088	807	328 370	134 242	127 298	66 830	357 543	192 381	156 773	35 608	165 162	114 831	50 331
1991 Sept.	602 159	274 999	240 671	33 448	880	327 160	134 982	127 590	64 588	347 691	183 552	149 294	34 258	164 139	113 308	50 831
1991 Okt.	607 794	278 060	244 949	32 188	923	329 734	136 393	128 459	64 882	353 944	188 747	152 792	35 955	165 197	112 929	52 288
1991 Nov.	622 170	288 405	254 987	32 685	733	333 765	136 766	129 033	67 966	353 102	186 644	149 440	37 204	166 458	112 921	53 537
1991 Dez.	627 082	294 921	265 385	28 797	739	332 161	135 777	127 206	69 178	345 725	182 880	147 088	35 792	162 845	109 781	53 064
1992 Jan.	620 526	284 888	253 177	31 099	712	335 538	136 649	128 750	70 139	353 613	189 207	150 293	38 914	164 406	110 536	53 870
1992 Febr.	622 186	279 384	246 678	31 973	733	342 802	137 548	130 363	74 891	361 351	193 492	153 156	40 336	167 859	111 229	56 630
1992 März	625 386	282 892	250 323	31 787	782	342 494	135 972	131 928	74 594	372 689	201 782	161 115	40 667	170 907	110 603	60 304
1992 April	625 623	279 222	245 894	32 474	854	346 401	134 541	134 324	77 536	378 233	204 347	161 853	42 494	173 886	113 144	60 742
1992 Mai p)	615 474	267 884	234 224	32 764	896	347 590	134 610	134 892	78 088	378 189	203 024	160 709	42 315	175 165	113 218	61 947

\* Ohne Auslandsforderungen und -verbindlichkeiten der Auslandsfilialen inländischer Kreditinstitute. Von November 1989 bis Juni 1990 einschl. Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Geschäftspartnern in der ehemaligen DDR; ab Juni 1990 sind die Auslandsforderungen und -verbindlichkeiten der Kreditinstitute im Gebiet der ehemaligen DDR enthalten. Statistisch bedingte Zu- und Abgänge sind nicht ausgeschaltet. Ferner sind solche langfristigen Auslandsaktiva von Kreditinstituten, deren Veränderungen in der Zahlungsbilanz dem öffentlichen Kapitalverkehr zugerechnet werden, in den Forderungen enthalten; die Bestandsveränderungen sind insoweit mit den in der Tab. IX, 5 ausgewiesenen Zahlen nicht vergleichbar. Forderungen und Verbindlichkeiten in Fremdwährung sind zu Mittelkursen am Meldestichtag umgerechnet. — 1 Im Februar 1991 wurden rd. 24 Mrd DM kurzfristige Forderungen aus dem früheren

Verrechnungsabkommen mit den RGW-Staaten nach dessen Auflösung in langfristige Forderungen umgewandelt. — 2 Einschl. der jeweils zugehörigen Internationalen Organisationen. — 3 Für täglich fällige DM-Forderungen wird aus buchungstechnischen Gründen jeweils der Stand vom letzten Jahresende übernommen. — 4 Einschl. ausländischer Schatzwechsel und unverzinslicher Schatzanweisungen. — 5 Einschl. des Betriebskapitals der Auslandsfilialen inländischer Kreditinstitute. — 6 Einschl. der (nicht zu bilanzierenden) Verpflichtungen aus Pensionsgeschäften; sie sind mangels detaillierter Unterlagen dem ausländischen Bankensektor zugeordnet. — 7 Einschl. des Betriebskapitals der Zweigstellen ausländischer Banken. — 8 Ohne die im Auslandsbesitz befindlichen Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf. — p Vorläufig.

## 8. Forderungen und Verbindlichkeiten inländischer Unternehmen gegenüber dem Ausland \*) (ohne Kreditinstitute)

Mio DM																		
Stand am Ende des Berichtszeitraums	Forderungen an das Ausland									Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland								
	insgesamt	aus kurzfristigen Finanzbeziehungen				aus langfristigen Finanzbeziehungen				aus Handelskrediten	insgesamt	aus kurzfristigen Finanzbeziehungen			aus langfristigen Finanzbeziehungen			
		zu-sammen	Forderungen an		zu-sammen	Forderungen an		zu-sammen	Verbindlichkeiten gegenüber			zu-sammen	Verbindlichkeiten gegenüber		aus Handelskrediten			
			ausländische Banken	ausländische Nichtbanken 1)		ausländische Banken	ausländische Nichtbanken		ausländische Banken 2)				ausländische Nichtbanken 1)	ausländische Banken		ausländische Nichtbanken		
1987	203 344	64 569	42 204	22 365	20 482	1 740	18 742	118 293	172 607	52 743	34 106	18 637	44 571	15 580	28 991	75 293		
1988	222 223	69 158	44 437	24 721	20 838	1 862	18 976	132 227	186 419	51 700	32 916	18 784	51 676	15 799	35 877	83 043		
1989	270 392	103 116	64 745	38 371	25 407	2 214	23 193	141 869	206 712	62 576	35 486	27 090	55 362	15 313	40 049	88 774		
1990	297 583	124 377	82 538	41 839	26 661	2 739	23 922	146 545	236 591	78 270	41 419	36 851	61 911	18 339	43 572	96 410		
1991	306 747	130 639	87 628	43 011	28 135	3 026	25 109	147 973	271 684	101 546	56 519	45 027	69 309	19 112	50 197	100 829		
1991 Mai	326 659	149 489	102 956	46 533	26 938	3 262	23 676	150 232	257 594	92 813	52 919	39 894	65 895	18 948	46 947	98 886		
1991 Juni	327 043	145 936	97 959	47 977	27 276	3 102	24 174	153 831	266 729	98 070	54 568	43 502	66 633	18 900	47 733	102 026		
1991 Juli	326 618	147 465	101 889	45 576	28 101	3 319	24 782	151 052	267 865	100 163	54 531	45 632	67 580	19 614	47 966	100 122		
1991 Aug.	317 520	140 590	96 564	44 026	28 479	3 331	25 148	148 451	265 804	101 733	57 338	44 395	67 521	19 114	48 407	96 550		
1991 Sept.	317 635	136 316	90 794	45 522	28 698	3 106	25 592	152 621	268 923	101 618	57 272	44 346	67 241	18 960	48 281	100 064		
1991 Okt.	327 974	146 176	101 085	45 091	28 261	3 001	25 260	153 537	273 878	103 945	57 819	46 126	67 681	18 753	48 928	102 252		
1991 Nov.	326 539	144 214	98 821	45 393	28 281	3 021	25 260	154 044	271 418	101 990	57 503	44 487	68 397	19 377	49 020	101 031		
1991 Dez.	306 747	130 639	87 628	43 011	28 135	3 026	25 109	147 973	271 684	101 546	56 519	45 027	69 309	19 112	50 197	100 829		
1992 Jan.	315 770	139 643	96 901	42 742	28 620	3 059	25 561	147 507	265 861	97 396	55 862	41 534	70 948	19 055	51 893	97 517		
1992 Febr.	318 683	141 477	99 776	41 701	27 310	2 786	24 524	149 896	266 533	97 329	53 497	43 832	71 032	19 104	51 928	98 172		
1992 März	322 361	141 851	98 635	43 216	26 768	2 662	24 106	153 742	266 227	92 424	48 384	44 040	72 026	19 210	52 816	101 777		
1992 April	326 294	144 232	100 910	43 322	26 674	2 651	24 023	155 388	265 340	91 658	45 062	46 596	72 995	19 724	53 271	100 687		
1992 Mai p)	322 361	143 122	100 347	42 775	26 605	2 624	23 981			93 687	46 305	47 382	73 020	19 246	53 774			

\* Einschl. Auslandsforderungen und -verbindlichkeiten inländischer Privatpersonen. Ab Juli 1990 sind die Auslandsforderungen und -verbindlichkeiten von Unternehmen und Privatpersonen im Gebiet der ehemaligen DDR enthalten. Statistisch bedingte Zu- und Abgänge sind nicht ausgeschaltet; die Bestandsveränderungen sind insoweit

mit den in der Tabelle IX, 5 ausgewiesenen Zahlen nicht vergleichbar. — 1 Einschl. Salden auf Verrechnungskonten. — 2 Einschl. Indossamentsverbindlichkeiten aus im Ausland diskontierten Wechseln. — p Vorläufig.

## 9. Durchschnitte der amtlichen Devisenkurse an der Frankfurter Börse \*)

### Kassa-Mittelkurs in DM

		Telegrafische Auszahlung								
Zeit		Amsterdam	Brüssel	Dublin	Helsinki	Kopenhagen	Lissabon	London	Madrid	Mailand/Rom
		100 hfl	100 bfrs	1 Ir£	100 Fmk	100 dkr	100 Esc	1 £	100 Ptas	1 000 Lit
<b>Durchschnitt im Jahr</b>										
1987		88,744	4,813	2,671	40,890	26,275	1,275	2,941	1,457	1,3862
1988		88,850	4,777	2,675	41,956	26,089	1,219	3,124	1,508	1,3495
1989		88,648	4,772	2,665	43,836	25,717	1,194	3,081	1,588	1,3707
1990		88,755	4,837	2,673	1) 42,245	26,120	1,133	2,877	1,586	1,3487
1991		88,742	4,857	2,671	41,087	25,932	1,149	2,926	1,597	1,3377
<b>Durchschnitt im Monat</b>										
1990 Nov.		88,663	4,849	2,677	41,760	26,090	1,136	2,920	1,581	1,3304
Dez.		88,641	4,832	2,662	41,413	25,944	1,128	2,880	1,566	1,3262
1991 Jan.		88,704	4,854	2,668	41,451	25,975	1,123	2,919	1,587	1,3302
Febr.		88,733	4,857	2,661	41,205	25,991	1,137	2,909	1,599	1,3324
März		88,718	4,855	2,665	41,809	26,042	1,146	2,930	1,609	1,3408
April		88,755	4,863	2,674	42,649	26,122	1,152	2,979	1,621	1,3497
Mai		88,757	4,861	2,677	42,509	26,134	1,151	2,963	1,616	1,3471
Juni		88,770	4,859	2,675	42,227	25,956	1,142	2,939	1,604	1,3452
Juli		88,766	4,858	2,675	41,699	25,862	1,159	2,947	1,597	1,3431
Aug.		88,738	4,858	2,674	41,207	25,866	1,167	2,936	1,602	1,3377
Sept.		88,741	4,855	2,673	41,075	25,905	1,165	2,926	1,594	1,3376
Okt.		88,749	4,857	2,674	41,047	25,890	1,163	2,911	1,587	1,3376
Nov.		88,744	4,855	2,671	38,979	25,752	1,147	2,886	1,582	1,3281
Dez.		88,737	4,854	2,663	36,839	25,695	1,127	2,856	1,567	1,3224
1992 Jan.		88,800	4,856	2,662	36,738	25,765	1,155	2,856	1,579	1,3268
Febr.		88,862	4,859	2,669	36,820	25,800	1,162	2,877	1,592	1,3312
März		88,841	4,860	2,668	36,660	25,775	1,161	2,864	1,585	1,3309
April		88,836	4,860	2,666	36,624	25,809	1,171	2,895	1,588	1,3283
Mai		88,834	4,860	2,672	36,816	25,894	1,201	2,936	1,600	1,3286
Juni		88,769	4,859	2,670	36,714	25,967	1,203	2,917	1,590	1,3227
<b>Abstand des Geld- bzw. Briefkurses vom Mittelkurs in D-Mark</b>										
		0,110	0,010	0,007	0,100	0,060	0,010	0,007	0,005	0,0050

		Telegrafische Auszahlung							
Zeit		Montreal	New York	Oslo	Paris	Stockholm	Tokyo	Wien	Zürich
		1 kan\$	1 US-\$	100 nkr	100 FF	100 skr	100 ¥	100 S	100 sfr
<b>Durchschnitt im Jahr</b>									
1987		1,3565	1,7982	26,687	29,900	28,341	1,2436	14,217	120,588
1988		1,4307	1,7584	26,942	29,482	28,650	1,3707	14,222	120,060
1989		1,5889	1,8813	27,230	29,473	29,169	1,3658	14,209	115,042
1990		1,3845	1,6161	25,817	29,680	2) 27,289	1,1183	14,212	116,501
1991		1,4501	1,6612	25,580	29,409	27,421	1,2346	14,211	115,740
<b>Durchschnitt im Monat</b>									
1990 Nov.		1,2773	1,4870	25,609	29,707	26,717	1,1524	14,217	118,246
Dez.		1,2855	1,4920	25,489	29,441	26,573	1,1173	14,213	116,963
1991 Jan.		1,3064	1,5100	25,568	29,439	26,790	1,1292	14,213	118,706
Febr.		1,2815	1,4799	25,559	29,379	26,733	1,1354	14,214	116,857
März		1,3849	1,6022	25,618	29,381	27,239	1,1695	14,214	115,705
April		1,4764	1,7031	25,715	29,590	27,837	1,2430	14,210	118,241
Mai		1,4914	1,7153	25,674	29,491	27,922	1,2424	14,211	118,006
Juni		1,5596	1,7843	25,618	29,476	27,739	1,2766	14,210	116,545
Juli		1,5570	1,7887	25,642	29,466	27,637	1,2976	14,209	115,402
Aug.		1,5232	1,7452	25,596	29,425	27,545	1,2756	14,211	114,747
Sept.		1,4930	1,6981	25,556	29,380	27,476	1,2619	14,211	114,359
Okt.		1,4988	1,6915	25,539	29,333	27,447	1,2947	14,211	114,308
Nov.		1,4376	1,6250	25,466	29,264	27,360	1,2536	14,208	113,009
Dez.		1,3717	1,5695	25,390	29,265	27,336	1,2245	14,207	112,902
1992 Jan.		1,3639	1,5774	25,440	29,319	27,467	1,2597	14,211	112,543
Febr.		1,3694	1,6197	25,509	29,380	27,553	1,2694	14,212	111,194
März		1,3929	1,6611	25,490	29,458	27,572	1,2502	14,211	110,160
April		1,3867	1,6483	25,525	29,570	27,630	1,2351	14,209	108,702
Mai		1,3515	1,6206	25,630	29,747	27,763	1,2401	14,210	108,757
Juni		1,3151	1,5740	25,581	29,711	27,700	1,2404	14,208	110,359
<b>Abstand des Geld- bzw. Briefkurses vom Mittelkurs in D-Mark</b>									
		0,0040	0,0040	0,060	0,080	0,080	0,0015	0,020	0,100

\* Errechnet aus den täglichen Notierungen. Angaben über Durchschnittskurse für frühere Jahre, über Tageskurse sowie über die Kursentwicklung des US-Dollar im Tagesverlauf finden sich in den Statistischen Beiheften zu den Monatsberichten der

Deutschen Bundesbank, Reihe 5, Die Währungen der Welt. — 1 Vom 30. 1. bis 5. 3. 90 Notierung ausgesetzt. — 2 Vom 26. 1. bis 16. 2. 90 Notierung ausgesetzt.

## IX. Außenwirtschaft

## 10. Entwicklung des Außenwerts der D-Mark und fremder Währungen \*)

Ende 1972 = 100 1)

Durchschnitt im Jahr bzw. im Monat	Außenwert der D-Mark 2)																
	gegenüber dem US-Dollar	gegenüber den Währungen der EG-Länder										gegenüber den sonstigen Währungen					
		am Wechselkursmechanismus des EWS beteiligte Währungen										Griechische Drachme	Japanischer Yen	Schweizer Franken	Österreichischer Schilling	Schwedische Krone	Finnmark
		Französischer Franc	Italienische Lira	Pfund Sterling	Holländischer Gulden	Belgischer und Luxemburgischer Franc	Spanische Peseta	Dänische Krone	Irisches Pfund	Portugiesischer Escudo							
1973	121,7	105,3	121,7	116,4	104,0	105,1	109,4	104,7	116,4	108,1	121,5	106,7	99,7	101,3	109,8	112,7	
1974	124,7	117,1	139,4	125,0	103,1	108,2	111,4	108,6	125,0	115,2	126,6	117,9	96,6	99,9	114,8	114,4	
1975	131,3	109,8	147,1	138,8	102,1	107,5	116,7	107,8	138,8	122,2	141,5	126,3	88,1	97,9	113,0	117,3	
1976	128,1	119,7	183,3	167,4	104,3	110,2	132,9	110,8	167,4	141,6	157,8	123,2	83,3	98,5	115,9	120,4	
1977	138,9	133,3	210,7	186,6	105,0	111,0	163,9	119,5	186,6	195,1	171,5	120,8	86,8	98,4	129,5	136,5	
1978	160,7	141,4	234,4	196,4	107,0	112,7	190,6	126,7	196,4	258,9	196,2	109,4	74,6	100,0	150,7	161,0	
1979	175,9	146,2	251,3	194,7	108,7	115,0	183,1	132,6	201,5	315,2	216,8	125,2	76,2	100,9	156,6	166,7	
1980	177,6	146,5	261,0	179,2	108,6	115,7	197,2	143,2	202,4	325,3	251,2	130,5	77,4	98,5	155,9	161,0	
1981	143,1	151,4	278,5	166,2	109,6	118,1	204,1	145,5	207,8	321,9	262,9	102,1	73,0	97,5	150,0	149,9	
1982	132,9	170,4	308,7	178,3	109,3	135,2	226,0	158,4	219,4	387,1	295,0	107,2	70,1	97,2	173,1	155,8	
1983	126,5	187,8	329,4	195,5	111,0	143,9	280,4	165,3	238,0	511,6	369,6	97,4	69,0	97,3	201,2	171,4	
1984	113,6	193,4	342,1	199,6	112,0	146,0	282,4	168,0	245,2	609,8	425,0	87,4	69,3	97,2	194,8	165,9	
1985	110,3	192,3	360,4	200,0	112,0	145,1	289,7	166,3	242,8	690,6	510,4	84,8	70,0	97,2	196,1	165,7	
1986	149,0	201,2	380,7	238,5	112,0	148,0	322,8	172,2	260,6	816,8	694,2	81,1	69,5	97,2	220,1	183,9	
1987	179,5	210,7	399,9	257,2	111,9	149,4	343,3	175,7	283,0	928,0	809,9	84,2	69,6	97,3	236,3	192,3	
1988	183,8	213,7	410,7	242,2	111,8	150,5	331,5	177,0	282,7	970,4	867,8	76,4	69,9	97,3	233,8	187,4	
1989	171,6	213,7	404,5	246,0	112,0	150,7	314,8	179,5	283,7	990,8	928,6	76,8	73,0	97,3	229,7	179,4	
1990	199,9	212,3	411,0	263,1	111,9	148,7	315,3	176,8	282,9	1 043,5	1 055,3	93,7	72,1	97,3	245,3	186,1	
1991	194,9	214,2	414,3	258,5	111,9	148,0	313,0	178,0	283,1	1 030,0	1 179,9	85,0	72,5	97,3	244,2	191,7	
1988 Mai	190,3	213,3	411,9	238,8	111,3	150,2	330,6	176,8	282,8	965,4	861,3	77,1	69,9	97,2	233,4	186,7	
1988 Juni	183,5	212,5	411,5	241,9	111,7	150,4	330,4	175,5	281,9	965,4	860,0	75,9	69,8	97,3	232,4	186,5	
1988 Juli	174,8	212,3	410,5	240,4	112,0	150,5	331,0	175,5	281,4	963,8	860,5	75,5	69,7	97,3	230,3	186,7	
1988 Aug.	170,7	213,2	410,2	236,0	112,1	150,6	328,6	176,5	281,6	962,2	862,1	74,1	70,4	97,2	229,7	185,8	
1988 Sept.	172,6	214,3	413,3	240,5	112,1	150,8	332,5	177,3	281,9	975,7	870,9	75,3	70,9	97,3	230,9	186,1	
1988 Okt.	176,9	214,9	412,9	239,2	112,0	150,7	330,1	177,9	282,5	976,5	878,3	74,1	71,0	97,2	230,7	185,9	
1988 Nov.	184,2	215,2	411,9	239,0	112,0	150,7	328,8	178,1	282,8	983,0	889,7	73,7	70,4	97,3	233,0	186,1	
1988 Dez.	183,6	215,2	408,8	235,8	112,1	150,7	323,5	178,3	282,6	979,8	894,2	73,6	70,7	97,3	231,9	185,0	
1989 Jan.	176,1	214,7	406,5	232,4	112,1	150,6	313,0	178,8	282,5	970,9	892,3	72,6	71,4	97,2	228,7	182,1	
1989 Febr.	174,0	214,5	405,7	232,8	112,1	150,7	312,2	179,6	283,3	970,9	897,3	72,1	71,4	97,3	228,4	182,2	
1989 März	172,8	213,5	407,0	236,3	112,1	150,6	311,2	180,0	283,3	974,9	904,9	73,1	72,2	97,3	228,9	180,9	
1989 April	172,3	213,0	406,5	237,7	112,0	150,5	310,4	179,6	283,4	977,3	914,4	73,9	73,9	97,3	227,8	176,1	
1989 Mai	165,2	213,1	403,2	238,3	112,0	150,5	312,4	179,7	282,7	977,3	913,9	74,1	74,4	97,3	226,0	175,0	
1989 Juni	162,7	213,7	401,7	245,9	111,9	150,6	319,8	179,7	283,1	985,5	923,3	76,1	72,5	97,3	225,9	175,7	
1989 Juli	170,1	213,6	401,0	246,1	112,0	150,6	314,0	179,4	283,0	990,4	928,7	77,6	72,3	97,3	228,6	177,2	
1989 Aug.	167,3	212,8	398,1	245,9	112,0	150,4	312,8	179,4	283,3	988,8	926,2	76,7	72,3	97,3	227,2	177,1	
1989 Sept.	165,0	212,7	398,8	246,6	112,0	150,5	312,8	179,4	283,4	990,4	930,4	77,8	72,6	97,4	226,6	177,6	
1989 Okt.	172,6	213,8	406,6	255,1	112,1	151,1	318,0	179,9	284,1	1 008,2	954,1	79,7	73,3	97,4	231,3	180,0	
1989 Nov.	176,0	214,2	407,0	262,6	112,1	150,9	318,4	179,3	285,3	1 018,6	968,0	82,1	74,2	97,4	235,0	182,7	
1989 Dez.	185,1	215,2	411,6	272,2	112,1	151,2	322,9	179,4	286,8	1 036,4	990,0	86,3	75,6	97,4	241,9	186,0	
1990 Jan.	190,5	214,4	413,4	270,6	112,0	150,7	324,1	179,0	285,9	1 042,8	1 003,2	89,7	75,2	97,3	244,2	186,0	
1990 Febr.	192,3	213,9	411,2	266,0	112,0	150,2	322,9	178,1	285,1	1 041,9	1 012,6	90,9	74,5	97,4	243,6	6) 185,7	
1990 März	189,1	212,6	408,7	273,0	111,8	149,3	320,6	176,8	283,7	1 044,7	1 023,8	94,0	74,4	97,3	242,0	185,7	
1990 April	190,9	211,6	407,0	273,6	111,8	148,7	316,9	176,1	282,0	1 046,5	1 043,1	98,2	74,0	97,3	242,7	185,9	
1990 Mai	193,9	212,1	407,2	271,0	111,7	148,4	312,4	175,9	282,0	1 044,7	1 057,5	96,7	71,6	97,3	243,8	185,6	
1990 Juni	191,4	211,9	406,8	262,6	111,8	147,8	308,5	175,7	282,0	1 038,3	1 051,1	95,6	71,0	97,3	242,1	184,6	
1990 Juli	196,5	211,3	406,0	255,1	111,9	148,0	306,5	175,7	281,9	1 038,3	1 051,9	95,2	71,3	97,3	242,9	183,9	
1990 Aug.	205,2	211,4	408,4	253,4	111,9	147,8	308,7	176,5	281,8	1 044,7	1 058,8	98,2	70,0	97,3	246,3	185,3	
1990 Sept.	205,3	211,0	413,7	256,2	111,9	147,9	313,6	176,3	281,7	1 047,4	1 064,3	92,5	69,9	97,3	245,9	185,7	
1990 Okt.	211,5	211,0	415,2	254,8	112,0	148,0	313,6	176,2	282,0	1 042,8	1 078,8	88,9	70,6	97,3	247,8	186,5	
1990 Nov.	216,7	212,0	416,6	258,9	112,0	148,3	316,1	177,0	282,4	1 041,0	1 100,5	90,8	71,0	97,3	250,6	188,2	
1990 Dez.	216,0	214,0	417,9	262,5	112,0	148,8	319,2	178,0	284,0	1 048,4	1 118,2	93,6	71,7	97,3	252,0	188,8	
1991 Jan.	213,4	214,0	416,6	259,0	112,0	148,1	314,9	177,7	283,4	1 053,0	1 137,0	92,7	70,7	97,3	249,9	189,6	
1991 Febr.	217,8	214,4	415,9	259,9	111,9	148,0	312,6	177,6	284,1	1 040,1	1 151,2	92,2	71,8	97,3	250,5	190,7	
1991 März	201,1	214,4	413,3	258,0	111,9	148,1	310,6	177,3	283,7	1 031,9	1 159,0	89,5	72,5	97,3	245,8	188,0	
1991 April	189,2	212,9	410,6	253,8	111,9	147,9	308,3	176,7	282,7	1 026,5	1 164,7	84,2	71,0	97,3	240,5	184,3	
1991 Mai	187,9	213,6	411,4	255,1	111,9	147,9	309,3	176,7	282,4	1 027,4	1 174,9	84,2	71,1	97,3	239,8	184,9	
1991 Juni	180,6	213,7	412,0	257,2	111,9	148,0	311,6	177,9	282,6	1 035,5	1 174,1	82,0	72,0	97,3	241,4	186,1	
1991 Juli	180,2	213,8	412,6	256,5	111,9	148,0	313,0	178,5	282,6	1 020,3	1 175,5	80,6	72,7	97,3	242,3	188,5	
1991 Aug.	184,6	214,1	414,3	257,5	111,9	148,0	312,0	178,5	282,7	1 013,3	1 185,5	82,0	73,1	97,3	243,1	190,7	
1991 Sept.	189,8	214,4	414,3	258,4	111,9	148,1	313,6	178,2	282,8	1 015,1	1 191,8	82,9	73,4	97,3	243,7	191,4	
1991 Okt.	190,5	214,7	414,3	259,7	111,9	148,0	314,9	178,3	282,7	1 016,8	1 197,5	80,8	73,4	97,3	243,9	191,5	
1991 Nov.	198,3	215,3	417,3	262,0	111,9	148,1	315,9	179,3	283,0	1 031,0	1 216,2	83,5	74,3	97,3	244,7	201,6	
1991 Dez.	205,3	215,2	419,1	264,7	111,9	148,1	319,0	179,7	283,9	1 049,3	1 231,7	85,4	74,3	97,3	249,9	213,4	
1992 Jan.	204,3	214,9	417,7	264,7	111,8	148,1	316,5	179,2	284,0	1 023,9	1 240,1	83,1	74,6	97,3	243,8	213,9	
1992 Febr.	199,0	214,4	416,3	262,8	111,8	148,0	314,0	178,9	283,3	1 017,7	1 240,7	82,4	75,5	97,3	243,0	214,6	
1992 März	194,0	213,8	416,4	264,0	111,8	148,0	315,3	179,1	283,4	1 018,6	1 242,0	83,7	76,2	97,3	242,8	214,4	
1992 April	195,5	213,0	417,2	261,1	111,8	148,0	314,7	178,9	283,6	1 009,9	1 255,8	84,7	77,2	97,3	242,3	214,6	
1992 Mai	198,8	211,8	417,1	257,5	111,8	148,0	312,4	178,3	282,9	984,7	1 272,7	84,4	77,2	97,3	241,2	213,5	
1992 Juni	204,7	212,0	419,0	259,2	111,9	148,0											

Gewogener Außenwert ausgewählter fremder Währungen 5)																Durchschnitt im Jahr bzw. im Monat
Kanadi- scher Dollar	Norwe- gische Krone	gegen- über den Wäh- rungen der am EWS be- teiligten Länder 3)	gegen- über den Wäh- rungen der EG- Länder	ins- gesamt (gegen- über 18 Indu- stri- ländern) 4)	Realer Außen- wert der D-Mark (gemes- sen an den Ver- braucher- preisen) 4)	US- Dollar	Franzö- sischer Franc	Italie- nische Lira	Pfund Sterling	Hollän- discher Gulden	Belgi- scher und Luxem- burgi- scher Franc	Japani- scher Yen	Schwei- zer Franken	Öster- reichi- scher Schil- ling	Schwe- dische Krone	
122,2	104,6	110,6	110,7	110,7	109,4	91,2	103,6	88,5	94,0	103,6	102,4	107,4	108,4	104,5	98,9	1973
122,5	103,6	119,1	119,2	117,0	108,3	93,6	97,1	80,0	90,9	109,0	104,0	100,5	117,6	109,7	98,2	1974
134,1	103,0	121,0	121,3	119,2	103,5	93,5	106,6	76,5	83,3	112,1	106,0	96,9	131,3	113,0	102,1	1975
126,9	105,1	136,2	136,4	126,4	103,7	97,0	103,1	63,6	71,6	114,8	108,6	101,4	145,8	116,4	103,6	1976
148,5	111,3	149,8	150,0	136,2	105,2	95,2	97,9	58,2	67,7	120,4	114,3	112,0	148,2	121,7	99,0	1977
184,3	126,6	159,7	160,1	143,3	105,8	85,5	96,5	54,3	67,7	123,2	117,5	137,2	180,3	122,6	89,2	1978
207,1	134,0	164,3	164,9	150,6	106,1	84,5	97,0	52,5	71,8	125,3	119,0	127,0	183,1	125,1	89,4	1979
208,4	131,9	164,4	165,3	151,5	100,2	84,9	97,5	50,7	79,0	125,6	118,4	122,1	180,9	129,0	90,0	1980
172,3	123,2	166,8	167,8	143,1	90,6	93,0	90,0	44,9	80,1	119,2	111,7	138,6	183,9	126,4	88,2	1981
164,7	128,8	182,7	183,8	150,4	92,0	103,2	82,9	41,8	76,8	124,9	101,2	130,7	198,2	130,4	79,1	1982
156,6	138,7	198,0	199,5	155,9	92,5	106,6	77,2	40,2	71,3	126,9	98,0	144,0	206,2	132,9	69,5	1983
147,7	139,0	203,1	205,0	153,8	88,0	113,8	73,9	38,1	68,3	124,6	95,9	152,8	203,0	132,1	70,7	1984
151,4	141,8	205,4	207,8	154,0	85,5	117,5	74,7	36,0	68,0	124,5	96,5	156,1	201,1	132,5	70,1	1985
208,0	165,8	219,4	222,6	168,2	90,7	94,7	76,9	36,8	62,0	133,8	101,2	196,5	216,8	138,3	68,1	1986
239,2	181,9	228,9	232,6	178,9	94,0	83,3	77,1	37,0	60,8	140,5	105,0	211,8	227,0	142,7	67,1	1987
227,4	180,0	228,6	232,5	177,4	91,4	77,7	75,5	35,7	64,4	139,7	103,6	234,7	224,4	142,0	67,1	1988
204,1	178,2	228,2	232,3	175,7	89,0	81,3	74,7	35,9	62,5	138,3	102,7	225,3	212,6	141,4	67,5	1989
234,4	187,9	230,9	235,4	185,5	91,8	77,5	78,8	37,0	61,6	144,1	108,1	201,2	225,5	145,7	66,4	1990
224,5	189,6	230,9	235,7	183,1	89,6	76,2	77,1	36,3	61,8	142,6	107,7	218,7	221,4	144,6	66,1	1991
236,4	177,0	227,8	231,7	178,2	92,1	75,8	75,9	35,7	65,7	140,7	104,1	236,8	225,1	142,3	67,4	1988 Mai
224,4	176,3	228,2	232,0	177,0	91,5	77,3	75,8	35,5	64,2	139,6	103,4	235,8	224,1	141,8	67,2	Juni
212,0	176,4	227,8	231,7	175,3	90,3	79,9	75,3	35,3	63,9	138,1	102,7	230,8	222,8	141,2	67,3	Juli
209,7	177,0	227,3	231,2	174,2	89,4	81,0	74,5	35,1	64,8	137,3	102,1	232,2	219,4	140,8	67,0	Aug.
212,8	179,5	228,9	232,8	175,7	89,8	81,1	74,6	35,1	63,9	138,2	102,7	230,4	219,3	141,4	67,2	Sept.
214,3	179,8	228,8	232,7	175,9	89,5	78,8	74,5	35,2	64,5	138,5	102,8	237,0	219,0	141,5	67,4	Okt.
225,1	182,1	228,7	232,6	176,9	90,2	76,4	74,7	35,5	65,0	139,1	103,3	243,7	222,0	141,8	67,1	Nov.
220,5	180,0	227,6	231,6	176,3	89,9	76,1	74,4	35,7	65,8	138,6	103,0	242,7	220,5	141,4	67,2	Dez.
210,7	176,6	226,3	230,2	174,2	89,4	78,0	73,8	35,5	65,9	137,3	102,2	240,2	216,3	140,7	67,3	1989 Jan.
207,7	175,9	226,2	230,2	173,8	89,0	78,5	73,7	35,5	65,6	137,0	102,0	240,2	215,8	140,4	67,3	Febr.
207,4	176,6	226,7	230,7	174,2	89,0	79,4	74,2	35,4	64,6	137,3	102,1	236,6	213,5	140,7	67,3	März
205,7	176,1	226,6	230,7	174,4	88,8	79,8	74,5	35,5	64,3	137,4	102,3	233,7	208,7	140,8	67,5	April
198,0	175,1	226,4	230,4	173,2	88,2	82,5	74,0	35,6	63,5	136,8	101,8	227,9	206,0	140,5	67,6	Mai
195,9	175,9	227,9	232,0	173,7	88,2	84,5	74,0	35,8	61,6	137,3	102,0	220,8	212,4	140,5	67,9	Juni
203,3	178,0	227,7	231,8	175,3	88,7	82,1	74,5	36,2	62,2	138,1	102,7	221,3	214,5	141,2	67,7	Juli
197,6	177,2	227,0	231,1	174,3	88,0	82,5	74,5	36,3	61,9	137,6	102,3	221,7	213,4	140,7	67,8	Aug.
196,0	176,9	227,2	231,3	174,3	87,7	83,9	74,5	36,2	61,6	137,5	102,2	217,2	212,7	140,7	68,0	Sept.
203,8	180,4	230,2	234,4	177,6	89,2	82,0	75,3	36,0	60,5	139,3	103,3	218,2	213,5	142,2	67,7	Okt.
206,9	182,7	231,5	235,8	179,5	90,1	81,7	75,9	36,3	59,3	140,6	104,2	214,7	212,7	143,1	67,3	Nov.
216,0	186,7	234,2	238,5	183,5	92,1	80,2	76,9	36,6	58,4	142,9	105,6	210,5	212,2	144,9	66,6	Dez.
224,1	187,5	233,8	238,2	185,0	92,9	79,6	77,7	36,7	59,3	143,8	106,5	205,7	214,9	145,7	66,5	1990 Jan.
231,2	187,2	232,5	236,9	184,9	92,8	79,6	77,9	36,9	60,5	143,7	106,7	203,8	217,0	145,5	66,6	Febr.
224,3	187,5	232,6	237,0	185,0	92,3	81,3	78,4	37,1	58,8	143,9	107,5	195,3	217,5	145,7	67,1	März
223,4	188,2	231,9	236,3	185,8	92,3	81,6	79,1	37,4	58,9	144,4	108,2	187,7	219,7	146,0	67,2	April
228,8	188,0	231,4	235,9	185,4	92,0	80,2	78,7	37,4	59,5	144,4	108,3	191,9	227,0	145,7	66,8	Mai
225,6	186,4	229,7	234,2	183,9	91,2	80,5	78,3	37,1	61,1	143,3	108,1	192,1	227,5	145,1	66,8	Juni
228,6	186,4	228,3	232,8	184,0	90,9	78,3	78,5	37,2	63,2	143,1	107,9	195,1	226,5	145,0	66,6	Juli
236,1	187,8	228,4	232,9	185,8	91,4	76,4	79,1	37,3	64,4	144,1	108,7	193,4	232,9	145,7	66,3	Aug.
238,9	187,6	229,6	234,1	185,1	90,9	75,2	79,2	36,7	63,4	143,8	108,5	205,9	232,5	145,4	66,2	Sept.
246,7	188,2	229,5	234,1	185,4	91,0	72,6	79,3	36,6	63,9	143,9	108,6	217,6	230,2	145,5	65,8	Okt.
253,5	189,4	230,8	235,4	187,3	91,6	72,0	79,6	36,8	63,5	145,0	109,2	216,4	230,7	146,3	65,6	Nov.
251,9	190,2	232,4	237,0	188,7	92,5	73,0	79,3	36,9	63,0	145,7	109,4	209,9	229,5	147,0	65,7	Dez.
247,9	189,7	231,4	236,1	187,5	91,9	73,2	78,8	36,9	63,5	145,1	109,4	210,4	231,9	146,4	65,9	1991 Jan.
252,7	189,7	231,4	236,1	188,2	92,0	72,0	78,8	37,1	63,5	145,5	109,7	213,9	228,8	146,7	66,0	Febr.
233,8	189,3	230,7	235,5	185,0	90,1	75,7	77,7	36,7	62,7	143,6	108,4	211,1	223,3	145,4	66,1	März
219,3	188,6	229,1	233,9	180,9	88,1	77,5	76,8	36,3	62,3	141,4	106,9	216,5	224,3	143,6	66,3	April
217,1	188,9	229,7	234,4	181,0	88,1	77,9	76,6	36,2	61,9	141,4	106,9	215,8	223,9	143,6	66,5	Mai
207,6	189,3	230,3	235,0	179,8	87,9	79,6	76,1	35,9	60,9	140,8	106,4	217,4	219,8	143,2	65,7	Juni
208,0	189,1	230,3	235,1	179,6	88,4	79,4	76,0	35,8	60,9	140,7	106,3	220,8	217,3	143,2	65,4	Juli
212,6	189,5	230,7	235,5	180,9	88,6	78,4	76,4	35,9	61,2	141,3	106,8	220,1	217,3	143,8	65,6	Aug.
216,9	189,7	231,0	235,8	182,1	89,2	76,9	76,6	36,1	61,4	142,0	107,2	220,9	217,6	144,2	65,8	Sept.
216,1	189,9	231,3	236,2	181,9	88,9	76,0	76,4	36,1	61,0	142,0	107,2	227,2	217,3	144,1	65,7	Okt.
225,3	190,4	232,3	237,2	184,4	90,2	74,6	77,1	36,2	61,3	143,3	108,2	225,2	217,0	145,2	66,4	Nov.
236,1	191,0	233,1	238,1	186,4	91,3	73,6	77,9	36,4	61,4	144,5	109,0	224,6	218,7	146,1	67,2	Dez.
237,4	190,6	232,6	237,6	185,5	91,1	73,3	77,7	36,4	61,1	144,2	108,7	230,4	217,2	145,7	67,3	1992 Jan.
236,5	190,1	231,9	236,8	184,4	p) 90,7	75,0	77,5	36,3	61,2	143,6	108,2	229,0	213,4	145,3	67,2	Febr.
232,5	190,2	232,0	236,9	184,2	p) 90,6	77,0	77,6	36,2	60,7	143,3	108,1	222,8	211,1	145,3	67,1	März
233,5	190,0	231,4	236,4	184,5	p) 90,6	76,7	78,0	36,2	61,5	143,4	108,1	220,8	208,5	145,5	67,3	April
239,6	189,2	230,2	235,3	184,4	p) 90,7	75,7	78,5	36,2	62,5	143,3	108,0	223,4	208,6	145,5	67,6	Mai
246,2	189,6	230,9	236,0	185,4	...	74,0	78,8	36,2	62,5	143,8	108,5	227,0	212,7	145,8	67,8	Juni

der gewogene Außenwert gegenüber den derzeit am Wechselkursmechanismus beteiligten Ländern ausgewiesen. — 4 Gewogener Außenwert gegenüber 18 Industrieländern nach Ausschaltung der unterschiedlichen Preissteigerungsraten (geometrische Mittelung). — 5 Die als gewogene geometrische Mittel errechneten Indizes

beziehen sich auf den gleichen Kreis von Ländern wie die Berechnung des Außenwerts der D-Mark. Angaben für weitere Währungen finden sich in den Statistischen Beiheften zu den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank, Reihe 5. Die Währungen der Welt. — 6 Amtliche Kursnotierung ausgesetzt. — p Vorläufig.

## Übersicht

über die während der vorangegangenen zwölf Monate in den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank behandelten Themen:

- Juli 1991 Überprüfung des Geldmengenziels 1991  
Ein Jahr deutsche Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion  
Zinsentwicklung und Zinsstruktur seit Anfang der achtziger Jahre  
Zahlungsmittel im Auslandsreiseverkehr
- August 1991 Die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute im Jahre 1990  
Entwicklung der Staatsverschuldung seit Mitte der achtziger Jahre  
Die Entwicklung der Einkommen und ihre Verteilung in Westdeutschland seit 1982
- September 1991 Die Wirtschaftslage in der Bundesrepublik Deutschland im Sommer 1991
- Oktober 1991 Die westdeutsche Wirtschaft unter dem Einfluß der ökonomischen Vereinigung Deutschlands  
Zur Bedeutung der Aktie als Finanzierungsinstrument
- November 1991 Ertragslage und Finanzierungsverhältnisse der westdeutschen Unternehmen im Jahre 1990  
Aktuelle Finanzentwicklung der Sozialversicherungen  
Zur Bedeutung der D-Mark als Fakturierungswährung im Außenhandel
- Dezember 1991 Die Wirtschaftslage in Deutschland im Herbst 1991
- Januar 1992 Neue geldpolitische Maßnahmen  
Zum Zusammenhang zwischen Geldmengen- und Preisentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland  
Die Untersuchung von Unternehmensinsolvenzen im Rahmen der Kreditwürdigkeitsprüfung durch die Deutsche Bundesbank
- Februar 1992 Die Wirtschaftslage in Deutschland um die Jahreswende 1991/92  
Die Beschlüsse von Maastricht zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion  
Zur Weitergeltung der D-Mark und ihrer späteren Ablösung durch eine europäische Einheitswährung
- März 1992 Öffentliche Finanztransfers für Ostdeutschland in den Jahren 1991 und 1992  
Finanzplatz Deutschland – Rahmenbedingungen und neuere Entwicklungen  
Die deutsche Zahlungsbilanz im Jahre 1991
- April 1992 Die Entwicklung des Geld- und Sachvermögens westdeutscher privater Haushalte in den letzten zwanzig Jahren  
Zur Geschäftsentwicklung der Realkreditinstitute seit Anfang der achtziger Jahre  
Patent- und Lizenzverkehr sowie anderer Austausch von technischem Wissen mit dem Ausland in den Jahren 1990 und 1991
- Mai 1992 Die Vermögensbildung und ihre Finanzierung in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1991  
Die Märkte für private ECU  
Das neue Bilanzierungsrecht für Kreditinstitute ab 1993 und seine Auswirkungen auf die Monatliche Bilanzstatistik
- Juni 1992 Die Wirtschaftslage in Deutschland im Frühjahr 1992

Über früher publizierte Sonderaufsätze informiert das dem Monatsbericht Januar 1992 beigelegte Verzeichnis der Sonderaufsätze.

Die Berichte erscheinen im Selbstverlag der Deutschen Bundesbank, Frankfurt am Main. Sie werden aufgrund des § 18 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank vom 26. 7. 1957 veröffentlicht.  
Die Berichte werden an Interessenten kostenlos abgegeben.

Druckerei Otto Lembeck Frankfurt am Main und Butzbach